RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

08 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Aus dem Inhalt:

Umwelt und Verkehr
Haushalte 2013
Schwerbehinderte Menschen 2013
Handwerkszählung 2011

Statistik nutzen

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Andreas Hermsdorf/pixelio.de

Hauptverursacher der umweltschädlichen Emissionen ist der Straßenverkehr, insbesondere der Pkw-Verkehr. Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs in Rheinland-Pfalz ist mit Abstand das dichteste im Ländervergleich. Auch der Pkw-Bestand ist mit 587 Pkw je 1000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner überdurchschnittlich hoch.

B e i l a g e : Faltblatt „Umwelt"

08 2014

STATISTISCHE MONATSHEFTE

67. Jahrgang

kurz + aktuell 715

Industrie ■ Baugewerbe ■ Arbeitskosten ■ Tourismus
Familien ■ Soziales ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr
Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 726

Verbraucherpreise 728

Rheinland-Pfalz in Karten: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in den Dienstleistungsbereichen am 30. Juni 2013 nach Verwaltungsbezirken 729

Struktur und Ausstattung privater Haushalte 730

Schwerbehinderte Menschen 2013 737

Umweltbelastungen durch den Straßenverkehr 743

Handwerkszählung 2011 751

Daten zur Konjunktur 761

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 793

Neuerscheinungen 809

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50–100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrie produziert im Mai weniger

Im Vergleich zum Vormonat ging die Industrieproduktion im Mai 2014 um 1,8 Prozent zurück. Einbußen gab es im Konsumgüterbereich (–4,8 Prozent) und in der Herstellung von Vorleistungsgütern (–3,6 Prozent). Die Investitionsgüterproduzenten steigerten ihren Output hingegen um 1,9 Prozent. Die drei größten Branchen des Landes entwickelten sich unterschiedlich. Während die Chemische Industrie fünf Prozent weniger Güter herstellte als im Vormonat, stieg die Produktion im Fahrzeugbau um 6,9 Prozent und im Maschinenbau um 3,5 Prozent.

Das Verarbeitende Gewerbe stellte 1,4 Prozent weniger Güter her als im Mai 2013. Der Output der Vorleistungsgüter- und Investitionsgüterproduzenten sank um 2,1 bzw. 2,3 Prozent. Lediglich im Konsumgüterbereich erhöhte sich der Güterausstoß um 0,7 Prozent. In den drei größten Branchen des Landes verlief die Entwicklung uneinheitlich. Während die Produktion in der Chemischen Industrie um vier Prozent und im Fahrzeugbau um 3,7 Prozent geringer ausfiel als im Mai 2013, steigerten die Unternehmen im Maschinenbau ihren Output um 9,2 Prozent.

Leichter Rückgang der Auftragseingänge im Mai

Die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie fiel im Mai 2014 etwas geringer aus als im Vormonat. Die preis-, kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge gingen gegenüber April 2014 um 0,7 Prozent zurück. Dies ist auf einen Rückgang der Nachfrage aus dem Inland zurückzuführen (–2,4 Prozent). Bei den Aufträgen aus dem Ausland gab es einen leichten Zuwachs um 0,6 Prozent. Einbußen mussten vor allem die Investitionsgüterproduzenten hinnehmen (–3 Prozent), während die Bestellungen von Vorleistungsgütern mit –0,3 Prozent fast unverändert blieben. Die Konsumgüterhersteller profitierten hingegen von einem kräftigen Anstieg der Nachfrage (+7,5 Prozent). In den drei größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verlief die Entwicklung uneinheitlich. Im Maschinenbau gingen mehr Aufträge ein als im Vormonat (+2,9 Prozent). Im Fahrzeugbau nahm das Bestellvolumen ab (–6,9 Prozent). Auch die Chemische Industrie verzeichnete einen leichten Nachfragerückgang (–0,9 Prozent).

Im Mai 2014 gingen bei der rheinland-pfälzischen Industrie 4,6 Prozent weniger Aufträge ein als im Mai 2013. Der Rückgang betraf das In- und Auslandsgeschäft; die Nachfrage aus dem Inland sank um 5,1 Prozent,

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2014		Jan. bis Mai 2014
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	April 2014	Mai 2013	Jan. bis Mai 2013
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-1,8 %	-1,4 %	1,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-3,6 %	-2,1 %	2,3 %
Investitionsgüterproduzenten	1,9 %	-2,3 %	-1,3 %
Konsumgüterproduzenten	-4,8 %	0,7 %	1,5 %
Chemie	-5,0 %	-4,0 %	1,8 %
Fahrzeugbau	6,9 %	-3,7 %	-8,3 %
Maschinenbau	3,5 %	9,2 %	7,2 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-0,7 %	-4,6 %	-1,5 %
Inland	-2,4 %	-5,1 %	-1,0 %
Ausland	0,6 %	-4,1 %	-1,8 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-0,3 %	-1,7 %	0 %
Investitionsgüterproduzenten	-3,0 %	-10,8 %	-3,1 %
Konsumgüterproduzenten	7,5 %	7,7 %	-2,1 %
Chemie	-0,9 %	-6,7 %	-3,7 %
Fahrzeugbau	-6,9 %	-20,8 %	-11,9 %
Maschinenbau	2,9 %	0,8 %	6,9 %

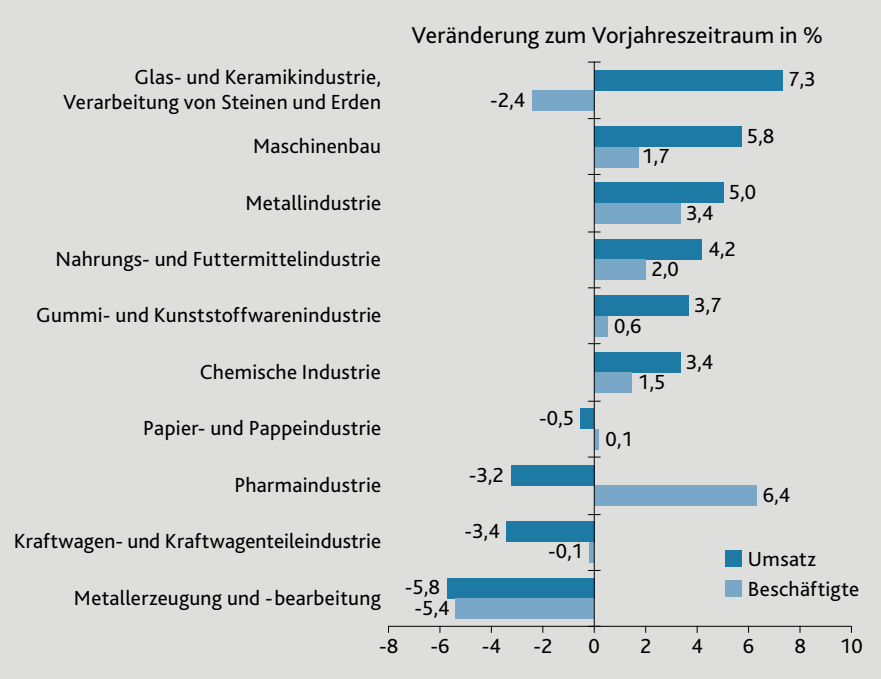
1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

aus dem Ausland kamen 4,1 Prozent weniger Aufträge. Die höchsten Einbußen verzeichnete der Investitionsgüterbereich (–11 Prozent). Auch Vorleistungsgüter wurden weniger nachgefragt (–1,7 Prozent). Im Konsumgüterbereich übertraf das Auftragsvolumen hingegen das Niveau des Vorjahresmonats um 7,7 Prozent. Von den drei größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes musste der Fahrzeugbau den größten Nachfragerückgang hinnehmen (–21 Prozent). In der Chemischen Industrie nahmen die Bestellungen ebenfalls ab (–6,7 Prozent). Im Maschinenbau gingen etwas mehr Aufträge ein als im Mai 2013 (+0,8 Prozent).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Mai 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Industrie: Weiter Zuwachs bei Umsätzen und Beschäftigung

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis Mai 2014 Umsätze in Höhe von 35,8 Milliarden Euro. Das waren 1,9 Prozent mehr als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres (Deutschland: +2,7 Prozent). Die Inlandserlöse stiegen überdurchschnittlich stark um 3,3 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent), die Auslandsumsätze zogen leicht um 0,7 Prozent an (Deutschland: +3,5 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag bei 54,3 Prozent (Deutschland: 48,2 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Mai 2014 bei 250 524 Personen, das waren knapp 2 800 bzw. 1,1 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +0,9 Prozent). Von Januar bis Mai 2014 lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz mit 161 Millionen um 2,1 Prozent über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums (Deutschland: +1,8 Prozent).

Sechs der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten von Januar bis Mai 2014 mehr Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Die Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie der Maschinenbau verzeichneten die höchsten Zuwächse (+7,3 bzw. +5,8 Prozent). Die gute Entwicklung in diesen beiden Wirtschaftszweigen wurde sowohl vom Inlandsgeschäft (+9 bzw. +5,3 Prozent) als auch vom Auslandsgeschäft gestützt (+5,1 bzw. +6 Prozent). Überdurchschnittlich hohe Umsatzzuwächse hatten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen, Nahrungs- und Futtermitteln, Gummi- und Kunststoffwaren sowie chemischen Erzeugnissen zu vermelden, die allesamt bessere In- und Auslandsgeschäfte tätigten. Eine leicht negative Umsatzentwicklung verzeichneten dagegen die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus. Die Umsätze mit pharmazeutischen Erzeugnissen, Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung lagen ebenfalls niedriger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres.

Die Zahl der Beschäftigten entwickelte sich im Mai 2014 in den wichtigsten Branchen überwiegend positiv. Die höchste Zunahme gegenüber dem Vorjahresmonat registrierten die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie die Hersteller von pharmazeutischen Er-

zeugnissen (+6,5 bzw. +6,4 Prozent), gefolgt von den Herstellern von Metallerzeugnissen (+3,4 Prozent). Auch Betriebe im Bereich der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen sowie die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+2,9 bzw. +2 Prozent) erhöhten ihren Personalstand. Einen deutlichen Rückgang der Beschäftigtenzahl meldete hingegen die Metallerzeugung und -bearbeitung (–5,4 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe niedriger als im Vormonat – Anstieg gegenüber dem Vorjahr

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Mai 2014 im Vergleich zum Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 3,6 Prozent gesunken. Für den Hochbau wurde ein Auftragsrückgang von 7,1 Prozent beobachtet. Im Tiefbau gaben die Aufträge leicht um 0,4 Prozent nach. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber war vor allem im gewerblichen Hochbau ein kräftiger Auftragseinbruch zu verzeichnen (–34 Prozent). Hier wurde die sehr starke Nachfrage im Vormonat April allerdings wesentlich durch einen Großauftrag bestimmt. Für den gewerblichen Tiefbau errechnete sich ein Minus von 15 Prozent. Deutliche Auftragszuwächse meldeten dagegen der öffentliche Tief- und Hochbau (+10,5 bzw. +7,4 Prozent) sowie der Wohnungsbau (+4,9 Prozent).

Der kalender- und saisonbereinigte baugewerbliche Umsatz verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 2,6 Prozent. Im Hochbau ging der Umsatz um 6,9 Prozent zurück, der Tiefbau registrierte dagegen eine leichte Verbesserung (+0,3 Prozent). Der gewerbliche Tiefbau sowie der Wohnungsbau konnten das Vormonatsergebnis deutlich übertreffen (+13 bzw. +7,5 Prozent). Die stärksten Umsatzeinbußen verzeichneten der öffentliche und der gewerbliche Hochbau (–18 bzw. –11 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge im Baugewerbe um 13 Prozent gestiegen. Von dem kräftigen Zuwachs profitierte vor allem der Hochbau (+16 Prozent). Im Tiefbau gab es ein Plus von zehn Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber verlief die Entwicklung allerdings sehr uneinheitlich. Der gewerbliche Hoch- und Tiefbau verzeichnete die kräftigsten Auftragssteigerungen (+32,5 bzw. +26 Prozent). Im öffentlichen Hochbau gab der Wert der Bestellungen gegenüber dem Vorjahr deutlich nach (–26,5 Prozent).

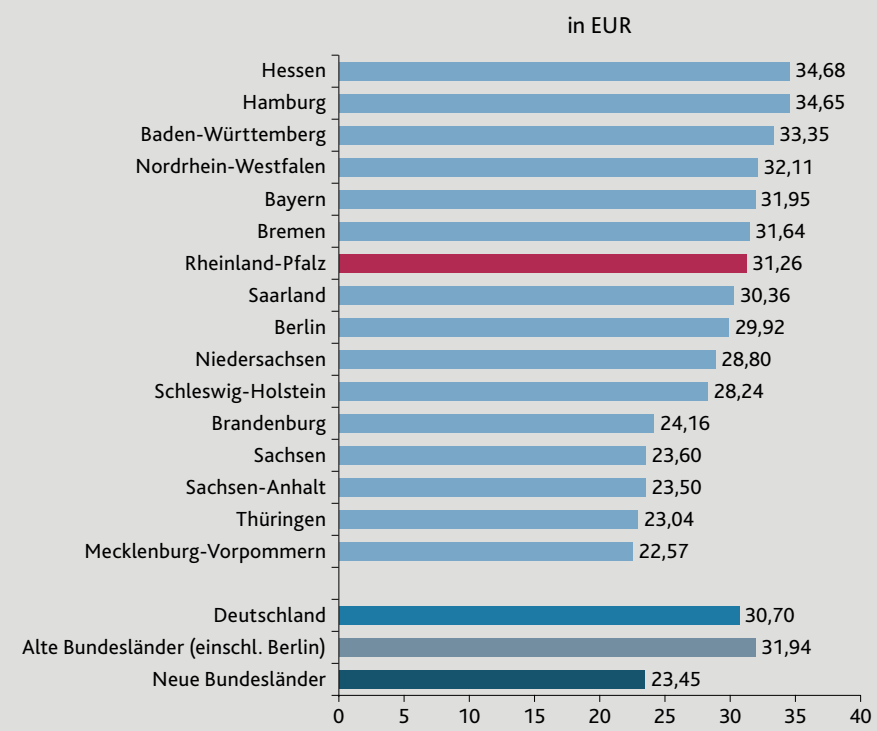
Im Vergleich zum Mai 2013 legte der baugewerbliche Umsatz kalender- und saisonbereinigt um 4,7 Prozent zu. Der Hochbau verbesserte sich um 2,3 Prozent, der Tiefbau verzeichnete ein Plus von 6,9 Prozent. Besonders hohe Zuwächse errechneten sich für den Straßenbau sowie den Wohnungsbau (+14 bzw. +13 Prozent). Vor allem im öffentlichen Hochbau sowie im gewerblichen Tiefbau lagen die Umsätze dagegen niedriger als im Vorjahr (–8,5 bzw. –5,8 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Mai 2014		Jan. bis Mai 2014
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	April 2014	Mai 2013	Jan. bis Mai 2013
Auftragseingang	-3,6 %	12,7 %	17,0 %
Hochbau insgesamt	-7,1 %	16,2 %	15,3 %
Wohnungsbau	4,9 %	12,5 %	8,3 %
gewerblicher Hochbau	-34,2 %	32,5 %	42,7 %
öffentlicher Hochbau	7,4 %	-26,5 %	-22,1 %
Tiefbau insgesamt	-0,4 %	10,1 %	18,6 %
gewerblicher Tiefbau	-15,4 %	25,8 %	34,8 %
öffentlicher Tiefbau	10,5 %	-0,6 %	10,9 %
Straßenbau	0,4 %	7,9 %	16,0 %
Baugewerblicher Umsatz	-2,6 %	4,7 %	13,3 %
Hochbau insgesamt	-6,9 %	2,3 %	13,3 %
Wohnungsbau	7,5 %	13,0 %	14,2 %
gewerblicher Hochbau	-11,1 %	-0,2 %	15,6 %
öffentlicher Hochbau	-18,0 %	-8,5 %	8,0 %
Tiefbau insgesamt	0,3 %	6,9 %	12,9 %
gewerblicher Tiefbau	12,8 %	-5,8 %	-4,1 %
öffentlicher Tiefbau	-5,0 %	4,5 %	16,2 %
Straßenbau	-1,4 %	13,6 %	18,6 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Nettoarbeitskosten je geleisteter Stunde[1] 2012 nach Bundesländern



1 Betriebsaufbereitung, einschl. Auszubildende.

Arbeitskosten bei 31,26 Euro je geleistete Arbeitsstunde

Arbeitgeber mussten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 durchschnittlich 31,26 Euro pro geleistete Arbeitsstunde aufwenden. Das waren 1,8 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt (30,70 Euro). Sechs Bundesländer wiesen höhere Arbeitskosten als Rheinland-Pfalz auf.

Insgesamt zeigt sich noch immer ein sehr ausgeprägtes Gefälle zwischen den westdeutschen (31,94 Euro pro Arbeitsstunde) und den ostdeutschen Bundesländern (23,45 Euro pro Arbeitsstunde). Am geringsten waren die Kosten mit 22,57 Euro je geleistete Arbeitsstunde in Mecklenburg-Vorpommern, am höchsten in Hessen (34,68 Euro) und in Hamburg (34,65 Euro). Im Vergleich zur Erhebung im Jahr 2008 stiegen die Arbeitskosten in Rheinland-Pfalz um 12,5 Prozent und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (+9,3 Prozent). Lediglich Sachsen verzeichnete einen noch größeren Zuwachs (+13 Prozent).

Die Arbeitskosten je Stunde variierten zwischen den Wirtschaftszweigen beträchtlich. In Rheinland-Pfalz waren sie mit 15,17 Euro im Gastgewerbe am geringsten. Mehr als dreimal so hoch lagen sie im Bereich Information und Kommunikation (49,02 Euro). Auch die Unternehmensgröße hat Einfluss auf die Arbeitskosten. Während die geleistete Arbeitsstunde in kleinen Unternehmen (zehn bis 49 Beschäftigte) durchschnittlich 22,87 Euro kostete, lag der Wert in Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten bei 37,69 Euro.

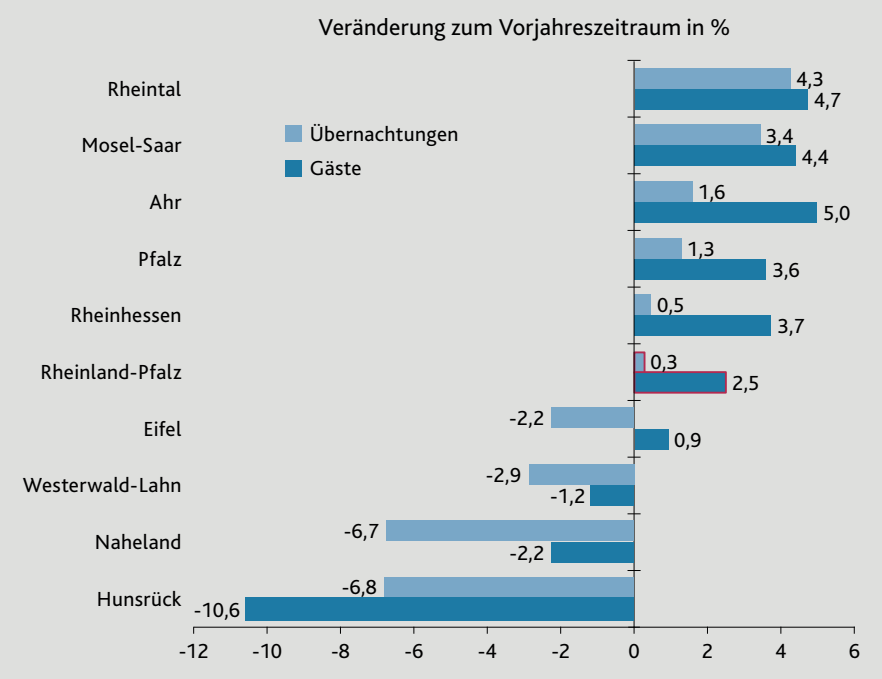
Mehr Gäste und leichtes Übernachtungsplus in den ersten fünf Monaten

Der rheinland-pfälzische Tourismus verzeichnete in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ein Gäste- und Übernachtungsplus. Bis einschließlich Mai übernachteten 2,9 Millionen Gäste im Land. Das waren 2,5 Prozent mehr als in den ersten fünf Monaten des Jahres 2013. Die Besucherinnen und Besucher blieben im Durchschnitt fast 2,6 Tage und buchten über 7,5 Millionen Übernachtungen, 0,3 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Fünf der neun Regionen verzeichneten Zuwächse beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen. In den Regionen Westerwald-Lahn, Naheland und Hunsrück waren beide Werte rückläufig. In der Eifel stiegen die Gästezahlen an, während die Übernachtungszahlen zurückgingen.

Stärker nachgefragt als im Vorjahreszeitraum waren Camping- und Reisemobilplätze, Privatquartiere, Hotels garnis und Hotels. In den Pensionen sowie in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken nahm das Gästeaufkommen zu, die Übernachtungszahlen gingen jedoch zurück. Die übrigen Betriebsarten verbuchten ein Minus bei Gästen und Übernachtungen.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis Mai 2014 nach Tourismusregionen



Mehr als 2,3 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz. Das waren 2,9 Prozent mehr als im Zeitraum Januar bis Mai 2013. Die Zahl ihrer Übernachtungen lag unverändert bei über 5,9 Millionen. Dazu kamen 594 000 Gäste (+0,2 Prozent) aus dem Ausland, die über 1,5 Millionen Übernachtungen buchten (+0,7 Prozent).

Unter den Auslandsgästen bilden die Niederländerinnen und Niederländer traditionell die mit Abstand größte Gruppe. Sie buchten von Januar bis Mai 621 000 Übernachtungen. Das waren 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Auf Rang zwei folgten Besucherinnen und Besucher aus Belgien mit 282 000 Übernachtungen (+0,6 Prozent), an dritter Stelle die Gäste aus den USA mit 117 000 Übernachtungen (–3,8 Prozent).

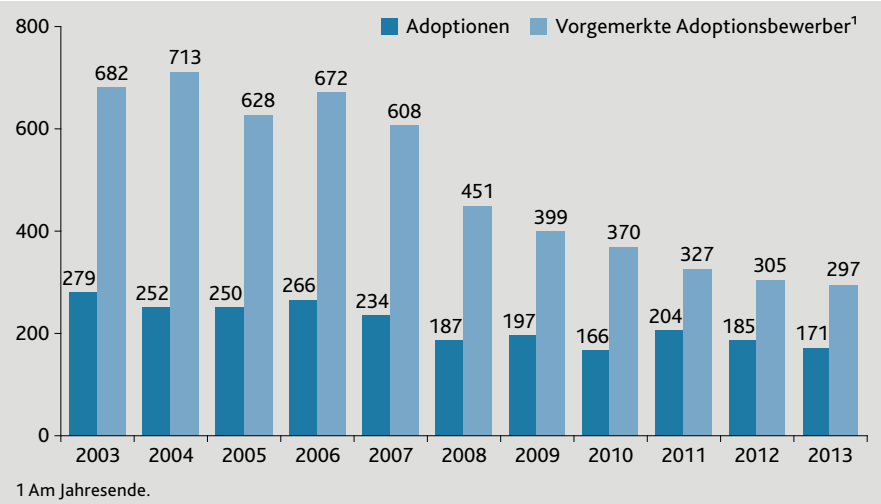
171 Adoptionen im Jahr 2013 – Viele Kinder bleiben im vertrauten Umfeld

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 171 Kinder und Jugendliche adoptiert. Das waren 14 weniger als ein Jahr zuvor. Seit Jahren ist ein deutlich rückläufiger Trend der Adoptionszahlen zu verzeichnen; so gab es im Jahr 2003 noch 279 Adoptionen, Mitte der 90er-Jahre waren es weit mehr als 400.

In 114 Fällen erfolgten die Adoptionen im vergangenen Jahr durch den Stiefvater, die Stiefmutter oder durch Verwandte und damit in einem für das Kind vertrauten Umfeld. Familienfremde Paare oder Personen adoptierten 57 Kinder.

Von den 171 Adoptierten waren 85 jünger als sechs Jahre, 58 davon hatten das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet; fünf Kinder waren noch kein Jahr alt. Rund ein Viertel der adoptierten Kinder und Jugendlichen hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Von den abgebenden Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteilen waren 97 ledig, 48 waren geschieden. Neun Kinder wurden von verheirateten Eltern zur Adoption freigegeben.

Adoptionen und Adoptionsbewerber 2003–2013

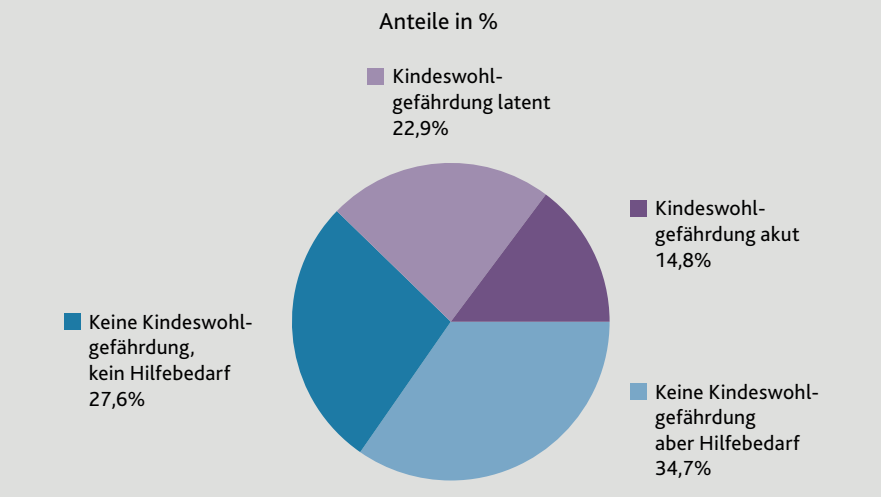


1 Am Jahresende.

Bei drei Adoptierten war das abgebende Elternteil verwitwet. In 14 Fällen war der Familienstand der abgebenden Person unbekannt.

Ende 2013 waren 24 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt; den Vermittlungsstellen lagen hingegen 297 Adoptionsbewerbungen vor. Damit kamen rechnerisch zwölf Bewerbungen auf ein zur Adoption vorgemerktes Kind. Die Zahl der Adoptionsbewerbungen geht seit Jahren zurück.

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2013 nach Ergebnis des Verfahrens



Gefährdung des Kindeswohls: Fast 2 100 Betroffene im vergangenen Jahr

Rheinland-pfälzische Jugendämter haben auf der Grundlage von Verdachtsmeldungen im Jahr 2013 insgesamt 5 539 Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung durchgeführt. Damit waren 0,8 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren von einem derartigen Verfahren betroffen.

In 2 090 Fällen, also bei weit mehr als einem Drittel der Verdachtsmeldungen, wurde im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte das tatsächliche Vorliegen einer akuten oder latenten Gefährdung des Kindeswohls erkannt. Eine Kindeswohlgefährdung liegt dann vor, wenn eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes bzw. Jugendlichen eingetreten ist oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist.

Eine akute Kindeswohlgefährdung wurde in 819 Verfahren festgestellt (15 Prozent). Kann die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Kindeswohlgefährdung aber nicht ausgeschlossen werden, so liegt eine latente Gefährdung vor. Die Einschätzung der Fachkräfte führte in 1 271 Fällen (23 Prozent) zu einem solchen Ergebnis.

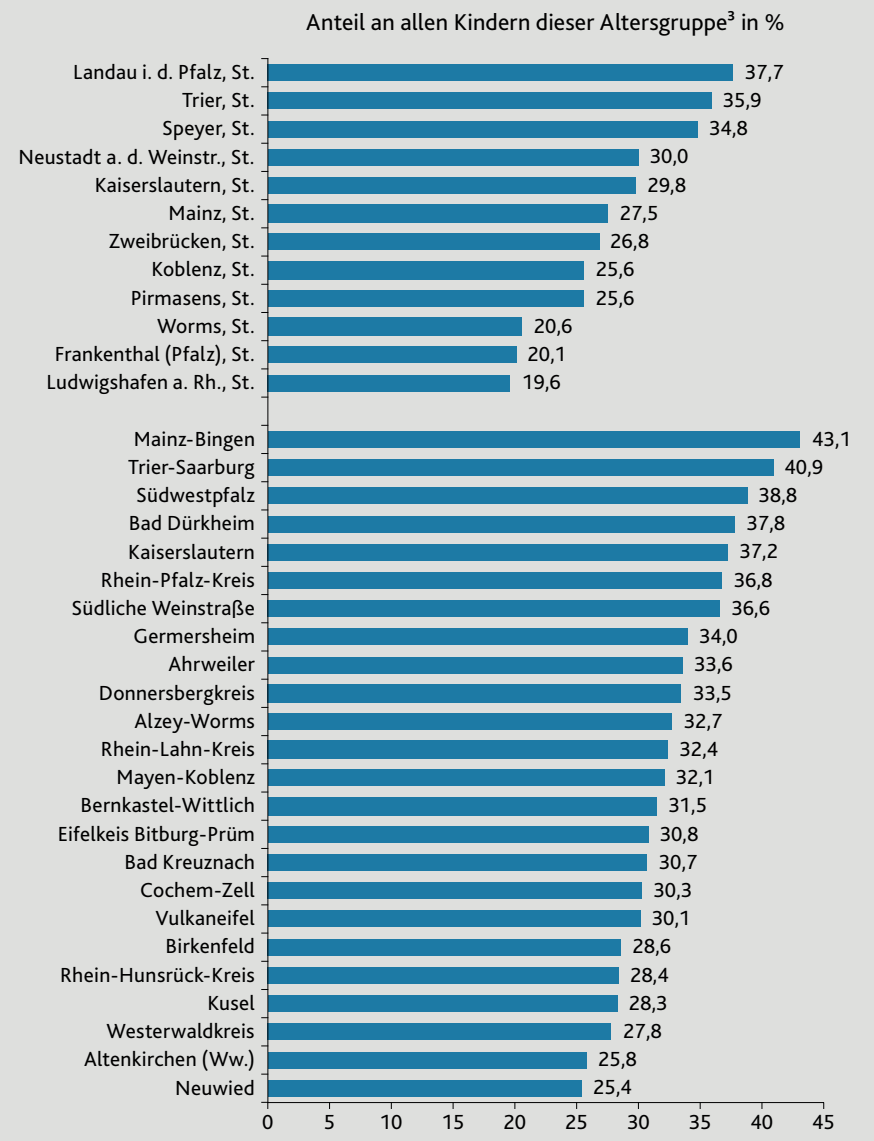
Keine Gefährdung des Kindeswohls lag bei 3 449 aller Verdachtsfälle (62 Prozent) vor. Bei weit mehr als der Hälfte dieser Verfahren (1 920 Fälle) wurde aber dennoch ein Hilfebedarf erkannt. Dieser kann beispielsweise in der Beratung und Unterstützung der Mütter und Väter bestehen. Kein weiterer Hilfebedarf bestand dagegen für 1 529 Kinder und Jugendliche.

Auf der Grundlage des Kinderschutzgesetzes sind die Jugendämter verpflichtet, eine Gefährdungseinschätzung vorzunehmen, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen vorliegen. Verdachtsmeldungen kommen häufig von Bekannten oder Nachbarn der Kinder. Dies war bei 928 der im Jahr 2013 durchgeführten Verfahren der Fall. Auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft wurden 931 Verfahren in die Wege geleitet. Auch anonyme Meldungen waren häufig Ausgangspunkt derartiger Verfahren; in 581 Fällen erreichte das Jugendamt auf diesem Weg eine Verdachtsmeldung.

Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren steigt auf über 31 Prozent

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, steigt weiter an. Nach ersten vorläufigen Zahlen für das Jahr 2014 besuchten zum Stichtag 1. März fast 30 000 Mädchen und Jungen im Alter bis zu drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und -vätern betreut. Damit wird

Betreuungsquoten[1] unter 3-Jähriger im März 2014[2] nach Verwaltungsbezirken



1 Kinder in Kindertageseinrichtungen oder öffentlich geförderter Kindertagespflege. – 2 Vorläufiges Ergebnis. – 3 Stichtag 31.12.2013.

für 31,2 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe ein Betreuungsangebot in Anspruch genommen. Gegenüber dem Jahr 2013 stieg die so genannte Betreuungsquote um drei Prozentpunkte an.

Insgesamt 27 400 Kinder unter drei Jahren – rund 2 400 mehr als im März 2013 – besuchten eine der 2 473 Kindertageseinrichtungen. Das waren 28,8 Prozent aller Kinder in diesem Alter und 2,7 Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr. Weitere 2 350 wurden von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Dies entspricht einer Quote von 2,5 Prozent.

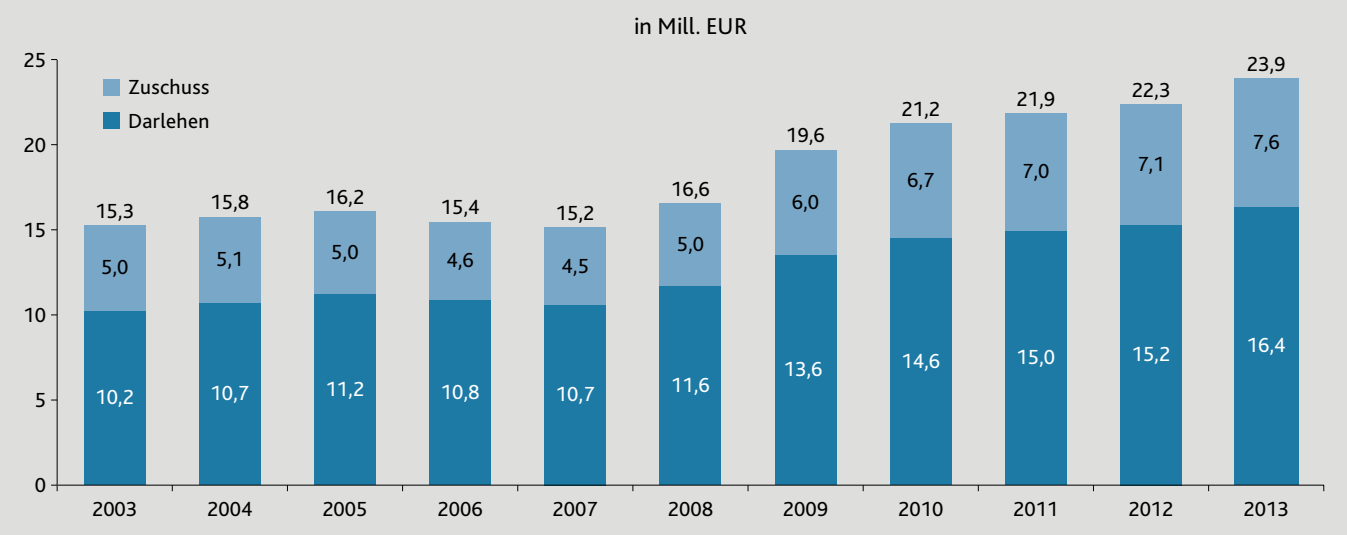
In dieser Altersgruppe sind es vor allem Zweijährige, die eine Tagesstätte besuchen oder im Rahmen der Kindertagespflege betreut werden. Im März 2014 traf dies landesweit auf fast 22 700 Kinder zu, dies sind gut 71 Prozent aller Zweijährigen. Von den Einjährigen wurden rund 6 500 bzw. 20 Prozent in einer Tageseinrichtung oder von Tagesmüttern und -vätern betreut. Bei den unter 1-Jährigen lag die Betreuungsquote hingegen nur bei zwei Prozent.

Zwischen den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen bestehen große Unterschiede. Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen liegt im Durchschnitt der zwölf kreisfreien Städte bei 26,8 Prozent und damit niedriger als der Wert für die Landkreise, der genau 33 Prozent beträgt. Die Spannweite in den kreisfreien Städten reicht von 38 Prozent in Landau bis 20 Prozent in Ludwigshafen. Bei den Landkreisen liegt Mainz-Bingen mit 43 Prozent an der Spitze, den niedrigsten Wert weist Neuwied mit 25 Prozent auf. Die größten Veränderungen binnen Jahresfrist waren im Landkreis Ahrweiler zu verzeichnen; hier nahm der Anteil der betreuten unter 3-Jährigen um gut sechs Prozentpunkte zu.

Meister-BAföG: Mehr Geförderte

In Rheinland-Pfalz erhielten im Jahr 2013 insgesamt 6 961 Personen das sogenannte „Meister-BAföG", also eine Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Das waren 2,4 Prozent mehr als im Jahr 2012. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 171 000 Personen gefördert (+1,8 Prozent).

Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgestz (AFBG) 2003–2013 nach Förderungsarten



Deutlich gestiegen auf 2 862 Personen ist die Zahl der Geförderten in Vollzeitmaßnahmen (+5,6 Prozent). Lediglich einen geringen Zuwachs gab es bei den nunmehr 4 099 Geförderten in Teilzeitausbildungen (+0,2 Prozent). Unter den Leistungsempfängerinnen und -empfängern überwogen – wie auch in den Vorjahren – die Männer (76 Prozent).

Auch die Gesamthöhe der bewilligten Leistungen nahm im Vergleich zum Vorjahr zu. Der Umfang der Förderzusagen erhöhte sich um 7,3 Prozent auf 23,9 Millionen Euro. Von dieser Summe entfielen 7,6 Millionen Euro auf Zuschüsse und 16,4 Millionen Euro auf Darlehen. Ob und in welchem Umfang die bewilligten Darlehen ausgezahlt werden, entscheiden die Förderberechtigten. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 8,1 Millionen Euro als Darlehen abgerufen.

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) existiert seit 1996. Es garantiert Personen, die sich nach einer ersten qualifizierenden Berufsausbildung weiterbilden möchten – beispielsweise im Rahmen einer Meisterfortbildung – einen gesetzlich verankerten Anspruch auf staatliche Unterstützung. Entscheidend für die Bewilligung der Förderung ist, dass die angestrebte Qualifikation über der bisherigen, aber nicht oberhalb der Meisterebene liegt. Akademische Abschlüsse werden nicht finanziert. Leistungen nach dem AFBG werden zu 78 Prozent vom Bund und zu 22 Prozent vom Land getragen.

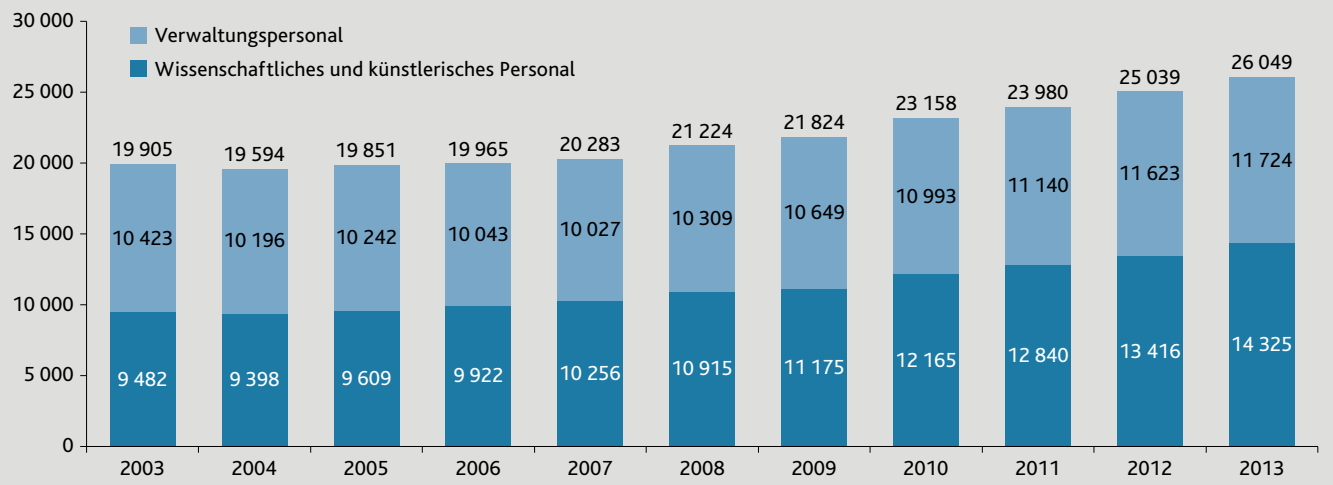
Mehr Beschäftigte an Hochschulen

Die 19 rheinland-pfälzischen Hochschulen und die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz verzeichneten im vergangenen Jahr einen erneuten Personalzuwachs. Zum Jahresende 2013 arbeiteten an diesen Einrichtungen insgesamt 14 325 wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte. Das waren 909 Personen und damit 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 39 Prozent (+0,6 Prozentpunkte).

Die größte Personalgruppe stellten mit einem Anteil von 44 Prozent die 6 328 „wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter". Ihre Zahl stieg gegenüber dem Jahr 2012 um 1,6 Prozent. Die Zahl der Professorinnen und Professoren wuchs im selben Zeitraum um ein Prozent auf 2 006 (+19 Personen).

Insgesamt 8 754 wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte arbeiteten zum Ende des Jahres 2013 hauptberuflich an den Hochschulen und der Universitätsmedizin. Davon waren 5 160 in Vollzeit (36 Prozent) und 3 594 in Teilzeit (25 Prozent) angestellt. Weitere 5 571 waren nebenberuflich (39 Prozent) tätig.

Hochschulpersonal[1] 2003–2013 nach Personalarten



1 Ohne studentische wissenschaftliche Hilfskräfte.

Zusammen entsprach die Personalkapazität der wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten umgerechnet 8 071 Vollzeitstellen. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von 2,3 Prozent. Das Verhältnis von Studierenden je (Vollzeit-)Lehrperson (ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen), die sogenannte Betreuungsrelation, veränderte sich leicht von 19,1 im Jahr 2012 auf 19 im Jahr 2013.

Neben dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren weitere 11 724 Personen in der Verwaltung oder als technisches und sonstiges Personal tätig. Ihre Zahl lag damit um 0,9 Prozent über dem Vorjahreswert (+101 Beschäftigte). Der Frauenanteil hat sich kaum verändert und betrug 70 Prozent. Mehr als die Hälfte der technischen oder sonstigen Verwaltungsbeschäftigten waren der Universitätsmedizin zugeordnet (50,5 Prozent).

Umsatz der Umweltwirtschaft legt 2012 um ein Fünftel zu

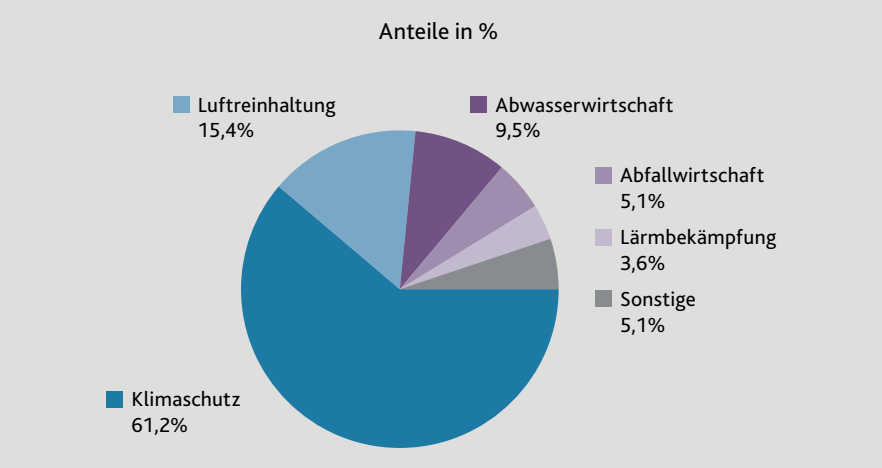
Knapp 5,6 Milliarden Euro Umsatz erzielte die rheinland-pfälzische Umweltbranche im Jahr 2012. Das waren über 20 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Umweltwirtschaft umfasst Produkte und Dienstleistungen verschiedener Wirtschaftszweige. Wäre sie ein eigener Wirtschaftszweig, würde sie mit diesem Umsatz an vierter Stelle der rheinland-pfälzischen Industriebranchen stehen, hinter der Chemischen Industrie, dem Fahrzeug- und Maschinenbau.

Über 61 Prozent des Umsatzes der Umweltbranche wurde mit Produkten und Leistungen erzielt, die dem Klimaschutz dienen (3,4 Milliarden Euro). Mit 63 Prozent bzw. 2,1 Milliarden Euro dominierten hierbei Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, wie z. B. die Herstellung von Dämmmaterialien oder die Dämmung von Gebäuden. Von größerer Bedeutung sind in diesem Segment darüber hinaus die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie (21 Prozent) – wie Fotovoltaik- oder Solarthermieanlagen – oder die Herstellung von Windkraftanlagen bzw. von deren Komponenten (elf Prozent).

Weitere 15 Prozent des Gesamtumsatzes der Umweltbranche entfielen auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung, gefolgt von Leistungen der Abwasserwirtschaft mit 9,5 Prozent. Wichtige Produkte für die Luftreinhaltung sind Filter oder Katalysatoren. Zur Abwasserwirtschaft gehören z. B. der Bau von Abwässerkanälen und -behandlungsanlagen.

Mit der Herstellung von Waren für den Umweltschutz oder der Erbringung von Bau- oder sonstigen Dienstleistungen waren 958 Betriebe befasst, die sich über viele Wirtschaftszweige erstreckten. Knapp 3,9 Milliarden Euro des Umsatzes der

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2012 nach Umweltbereichen



Umweltwirtschaft (70 Prozent) entfielen auf Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Der Dienstleistungssektor lag mit 835 Millionen bzw. 15 Prozent vor dem Baugewerbe mit 799 Millionen bzw. 14 Prozent.

Neben den Umsätzen verbesserte sich auch die Beschäftigungssituation in der Umweltwirtschaft. Die Arbeitsleistung der in der Umweltwirtschaft tätigen Personen entsprach gut 18 200 Vollzeitäquivalenten, das waren fast 14 Prozent mehr als im Jahr 2011.

Geringere Nachfrage nach neuen Pkw im ersten Halbjahr

Die Nachfrage nach neuen Pkw war in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr deutlich verhaltener als in Deutschland insgesamt. Im Land wurden 61 288 neue Pkw zugelassen, das waren 0,1 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bundesweit gab es einen Zuwachs von 2,4 Prozent. Die Zulassungen gebrauchter Pkw gingen um zwei Prozent auf 196 146 zurück (Deutschland: –1,2 Prozent).

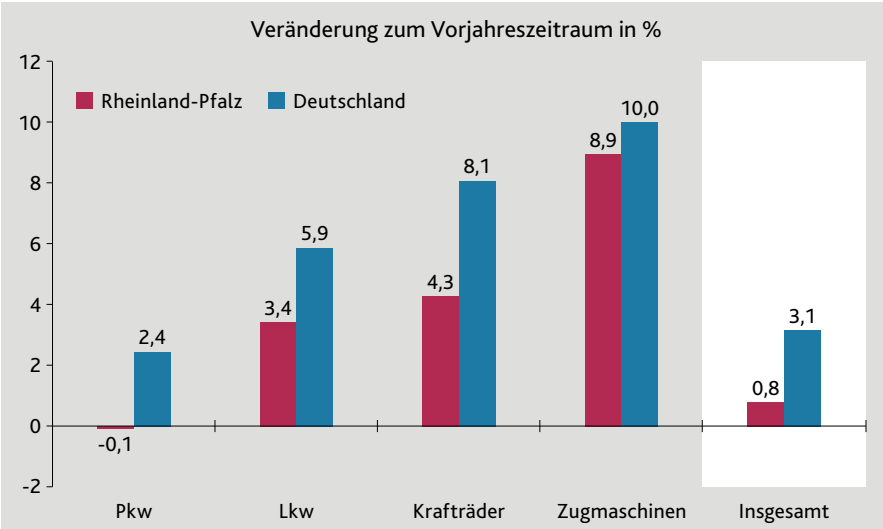
Die Neuzulassungen von Krafträdern, Lastkraftwagen und Zugmaschinen verzeichneten Zuwächse, die mit 8,9 Prozent bei den Zugmaschinen am stärksten ausfielen. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 74 103 Kraftfahrzeuge neu zugelassen, das waren 0,8 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2013 (Deutschland: +3,1 Prozent).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Besitzumschreibungen. Dem Rückgang bei der Zulassung gebrauchter Pkw stehen Zuwächse bei Krafträdern, Lastkraftwagen und Zugmaschinen gegenüber. Insgesamt wechselten 0,8 Prozent weniger gebrauchte Kraftfahrzeuge ihren Besitzer als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +0,1 Prozent).

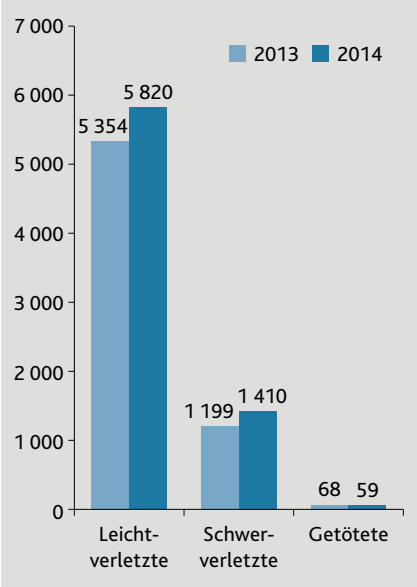
Weniger Todesopfer auf rheinland-pfälzischen Straßen – Zahl der Verletzten deutlich gestiegen

Von Januar bis Mai 2014 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 59 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, neun Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um 18 Prozent auf 1 410, die der Leichtverletzten um 8,7 Prozent auf 5 820. Insgesamt registrierte die Polizei in

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im 1. Halbjahr 2014 nach Fahrzeugarten



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2013 und 2014



den ersten vier Monaten 52 647 Straßenverkehrsunfälle, 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Darunter waren 47 045 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 2013 war dies ein Rückgang von 2,7 Prozent.

Kräftiger Anstieg der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Jahr 2013

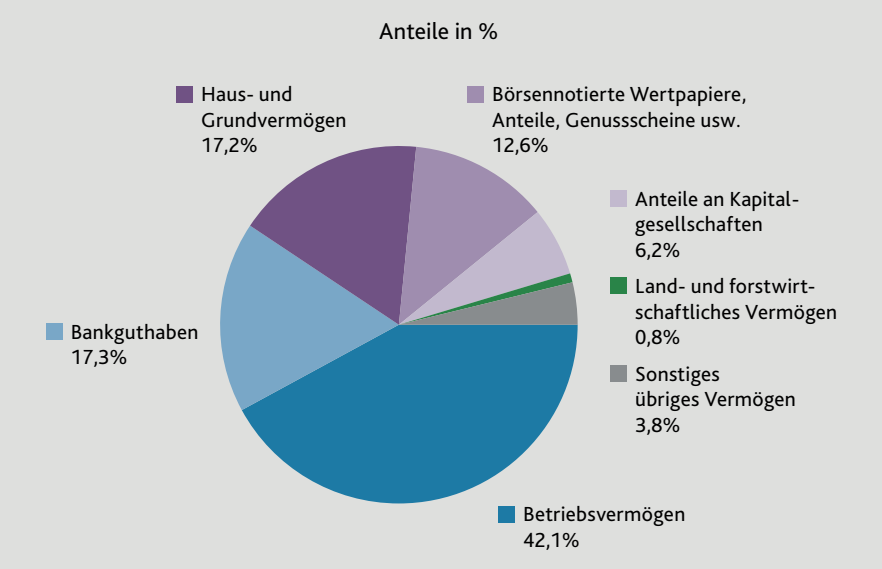
In Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2013 Erbschaft- und Schenkungsteuer in Höhe von insgesamt knapp 282 Millionen Euro festgesetzt. Das waren 77 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Anzahl der Steuerfestsetzungen ging hingegen um vier Prozent auf 6 499 zurück. Die Anzahl der steuerfreien Erbschaften und Schenkungen ist um ein Vielfaches höher, wird aber statistisch nicht erfasst.

Bei mehr als der Hälfte der Fälle bewegten sich die steuerpflichtigen Erwerbe unter Berücksichtigung der jeweiligen Freibeträge in einer Größenordnung von unter 50 000 Euro (3 600 Fälle bzw. 54 Prozent aller steuerpflichtigen Erwerbe). Der Anteil dieser Fälle an der Erbschaft- und Schenkungssteuer insgesamt lag bei lediglich 5,6 Prozent. In diesen Fällen waren durchschnittlich 3 700 Euro Steuern zu entrichten. Bei 350 Fällen wurden mehr als 500 000 Euro versteuert, das entspricht einem Anteil von 5,3 Prozent aller Steuerfestsetzungen. Das Steuervolumen betrug rund 189 Millionen Euro bzw. 67 Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Durchschnittlich errechnet sich je Fall eine festgesetzte Steuer in Höhe von 540 000 Euro.

Das per Erbschaft übertragene Vermögen hatte einen Wert von mehr als 1,5 Milliarden Euro und bestand zu fast 62 Prozent aus so genanntem übrigen Vermögen, d. h. aus Bankguthaben, börsennotierten Wertpapieren, Anteilen und Genussscheinen sowie zu knapp 30 Prozent aus Haus- und Grundvermögen.

Das per Schenkung übertragene Vermögen umfasste insgesamt knapp 2,1 Milliarden Euro und bestand zu 67 Prozent aus Betriebsvermögen. Wenn ein Betrieb zehn Jahre weitergeführt wird, bleibt die Übertragung steuerfrei.

Steuerwerte des durch Erbschaft und Schenkung übertragenen Vermögens im Festsetzungsjahr 2013



Aus der amtlichen Statistik

Statistisches Landesamt stellt neues Produkt vor: Kommunaldatenprofil – Landkreise und ihre verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden im Vergleich

Das Statistische Landesamt baut sein Regionaldatenangebot weiter aus. Präsident Jörg Berres stellte dem Statistischen Landesausschuss bei dessen Tagung in Bad Ems das „Kommunaldatenprofil" vor, das neueste Produkt aus der Reihe „Rheinland-Pfalz regional". „Wir ergänzen das bisherige Regionaldatenangebot im Internet mit übersichtlichen Vergleichen für die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden unserer Landkreise. Wichtige Strukturen und Entwicklungen werden, wie das bei unseren Veröffentlichungen üblich ist, mit Grafiken leicht verständlich dargestellt", so Berres .

Das Kommunaldatenprofil zeigt verschiedene Themenbereiche und gibt damit einen Überblick über regionale Potenziale und Strukturen. Zum Start stehen zunächst fünf Bereiche zur Verfügung. Sie informieren über Gebiet, Bevölkerung und Ergebnisse der Kommunalwahlen, über Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit und Wirtschaftskraft sowie über Bildung und Soziales. Drei weitere Themenfelder u. a. mit Daten zur Flächennutzung, zu Wohnungen, zu Betrieben von Unternehmen, zum Tourismus und zu den öffentlichen Finanzen sind in Vorbereitung. Thematisch interessante Ergebnisse, die nicht für Verbandsgemeinden vorliegen, sind für den Landkreis zusammengefasst.

Beim Kommunaldatenprofil haben Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit, ein Thema für einen Landkreis auszuwählen. Daneben besteht die Wahl sich alle Themen für einen Landkreis anzuschauen. Umgekehrt kann eine Datei mit einem Thema für alle Landkreise geöffnet werden. Die Ergebnisse werden wegen des großen Umfangs und der verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten ausschließlich als PDF-Datei angeboten.

Das Angebot finden Sie unter dem folgenden Link:
www.statistik.rlp.de/regionaldaten/regionen-im-vergleich/verbandsgemeindeebene/

Statistischer Landesausschuss
Höhere Qualität, neuer Datenbedarf und engerer Finanzrahmen

Steigende Qualitätsansprüche, geänderte Datenbedarfe und ein zunehmend engerer Finanzrahmen: Diese Herausforderungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz waren ein Thema der 48. Jahrestagung des Statistischen Landesausschusses in Bad Ems. „Die EU gibt sowohl zur Datenqualität als auch zu den Prozessen der Datenerstellung zunehmend den Rahmen vor, den die Statistikämter in den Mitgliedsstaaten und den Regionen ausfüllen müssen", erläuterte Präsident Jörg Berres. Er bezeichnete dies als Voraussetzung für eine vergleichbare Datenqualität in den EU-Mitgliedsstaaten. „Das dient letztlich denen, die auf Basis der Statistiken Entscheidungen vorbereiten, sei es in der Politik, in Verwaltungen oder in der Wirtschaft", so Berres.

Die amtliche Statistik muss immer wieder Datengrundlagen für neue Fragestellungen in Wirtschaft und Gesellschaft liefern. So führt auch der kürzlich vom Bundestag beschlossene Mindestlohn zu neuen Statistikanforderungen. Die Verdienststrukturerhebung muss entsprechend angepasst werden und künftig etwa auch Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten einbeziehen. Als weiteres aktuelles Aufgabenfeld wurde der Energiesektor genannt, für den sich neue Datenbedarfe unter anderem für die Energiebilanzen der Länder ergeben.

Die zusätzlichen Aufgaben auch der zurückliegenden Jahre konnten und können nur durch die Optimierung von Prozessen – vor allem im Verbund der Statistischen Ämter – erreicht werden. „Wir bewältigen ein wachsendes Arbeitspensum heute mit einem Personalbestand, der knapp 300 Vollzeitarbeitskräften entspricht. Vor zehn Jahren waren es noch 70 mehr", so Berres. Für die Zukunft müsse ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung qualifizierter Nachwuchskräfte gelegt werden.

Auf der Angebotsseite baut das Statistische Landesamt sein Regionaldatenspektrum weiter aus. Der Statistische Landesausschuss begrüßte das „Kommunaldatenprofil", das neueste Produkt aus der Reihe „Rheinland-Pfalz regional". Das bisherige Angebot wird mit übersichtlichen Vergleichen für die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden ergänzt; die Kommunaldatenprofile sind wegen ihres Umfangs ausschließlich als Download im Internet verfügbar.

Ferner stehen mit der Veröffentlichung endgültiger Bevölkerungszahlen sowie kleinräumiger Ergebnisse zur Demografie, zu Haushalten und Familien sowie zum Wohnungsbestand und zur Wohnsituation aus dem Zensus 2011 belastbare Strukturdaten auf der Ebene der Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise zur Verfügung. Rund ein Drittel der Verbandsgemeinden bzw. der verbandsfreien Gemeinden haben zudem untergemeindliche Auswertungen beim Statistischen Landesamt in Auftrag gegeben.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Landesbeauftragten für den Datenschutz, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber-, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes.

Verbraucherpreise im Juli 2014

Im Juli 2014 lagen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz 0,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Das ist der niedrigste Wert seit mehr als vier Jahren.

Einen Einfluss auf diese Entwicklung hatten die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte (–3,4 Prozent). So waren Diesel (–4,5 Prozent), Superbenzin (–1,6 Prozent) und Heizöl (– 6,7 Prozent) günstiger als im Juli 2013. Demgegenüber stiegen die Strompreise im gleichen Zeitraum um 3,9 Prozent. Ohne Berücksichtigung von Kraftstoffen und Heizöl hätte die Teuerung ein Prozent betragen.

Im Vorjahresvergleich sanken auch die Preise für Nahrungsmittel (–0,4 Prozent). Zwar wurden Molkereiprodukte und Eier in der Summe gesehen merklich teurer (+8,4 Prozent). Für Gemüse (–9,9 Prozent), Speiseöle und Speisefette (–6,7 Prozent) sowie für Obst (–6,1 Prozent) mussten die Verbraucher allerdings deutlich weniger bezahlen als noch vor einem Jahr. Beispielsweise waren Möhren 29 Prozent und Paprika 27 Prozent billiger als im Juli 2013.

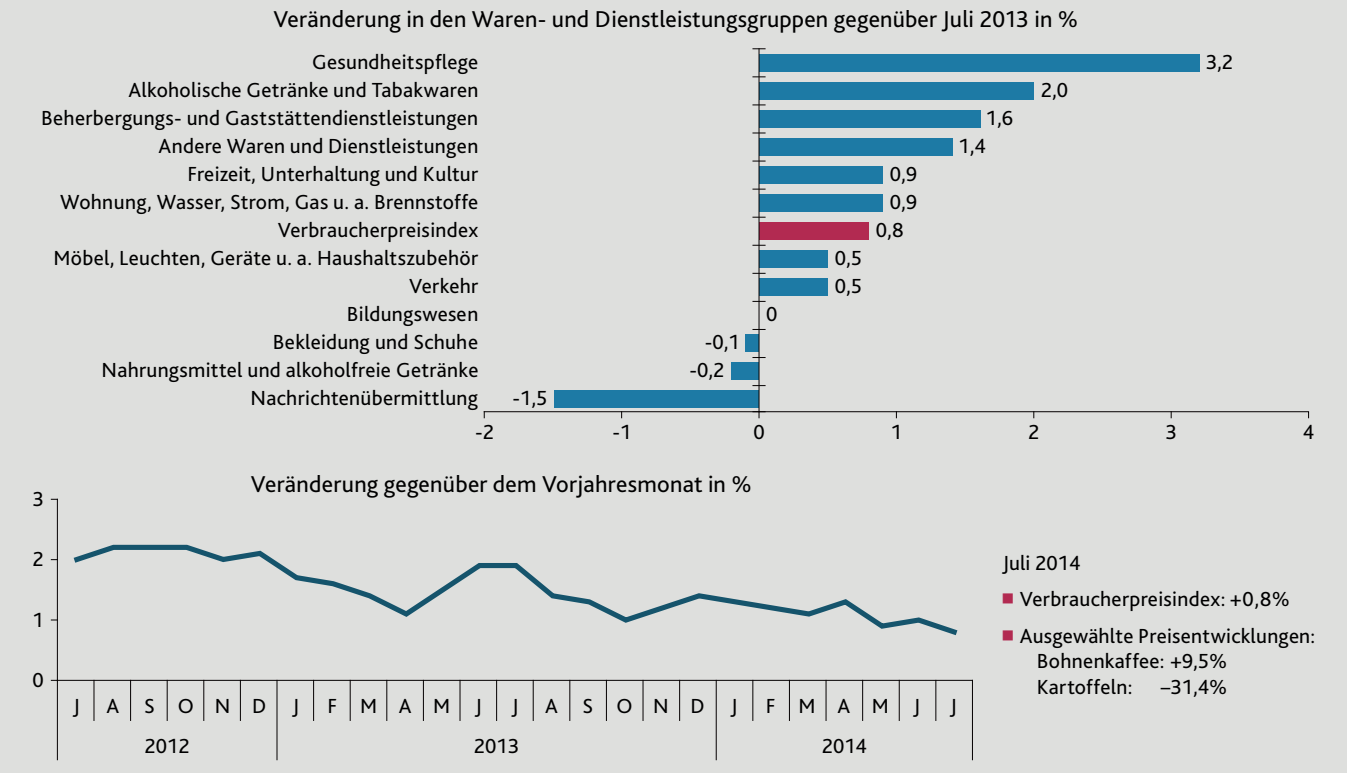
Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,2 Prozent. Preissenkungen gab es insbesondere bei Bekleidung und Schuhen (–2,4 Prozent). Ebenfalls günstiger waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (–0,4 Prozent) sowie Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör (–0,4 Prozent). Deutliche saisonbedingte Preissteigerungen gab es im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+2,8 Prozent; darunter Pauschalreisen: +12 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Juli 2014

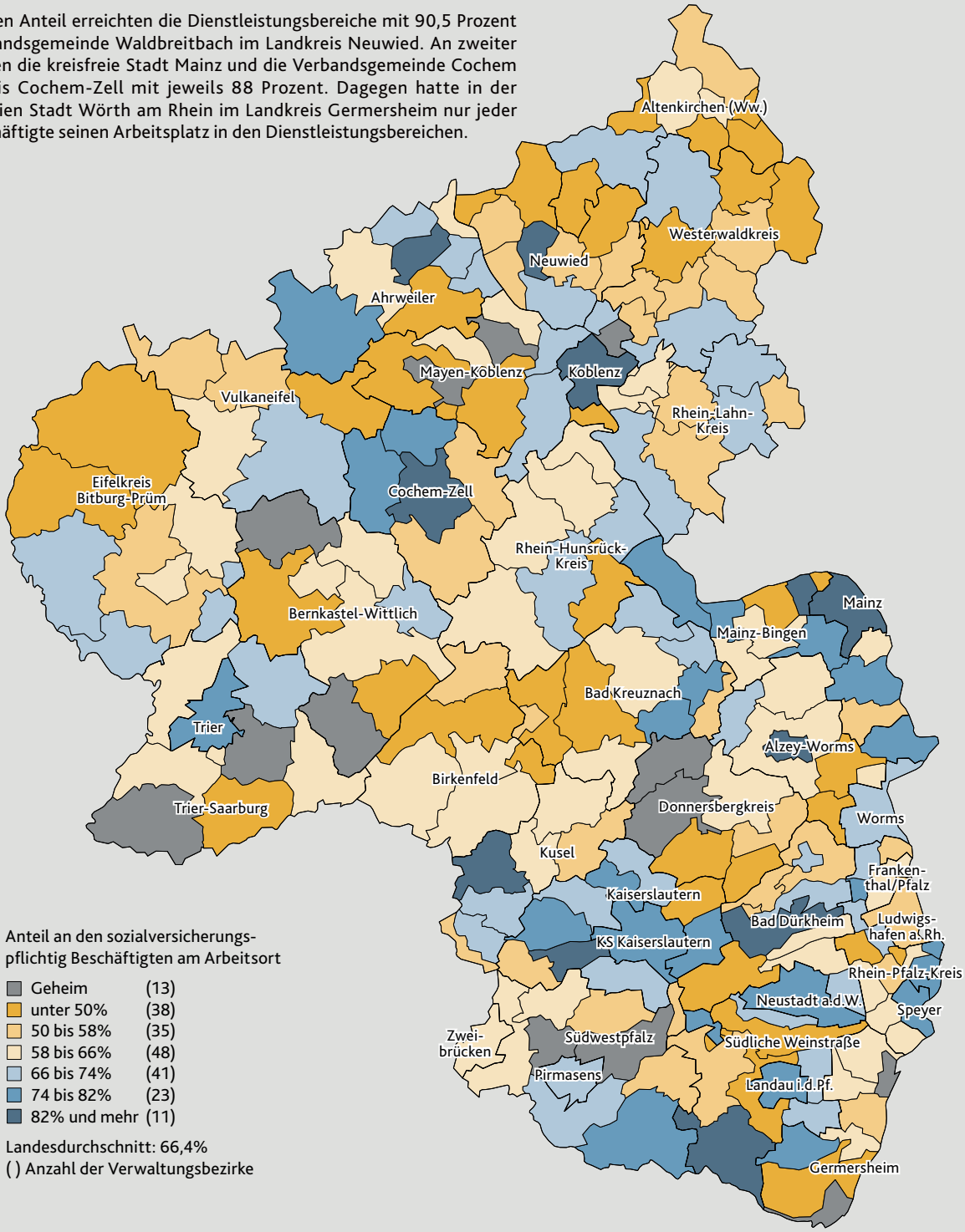


Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in den Dienstleistungsbereichen am 30. Juni 2013 nach Verwaltungsbezirken

Zwei Drittel der Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen

Fast 67 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz hatten 2013 ihren Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen.

Den höchsten Anteil erreichten die Dienstleistungsbereiche mit 90,5 Prozent in der Verbandsgemeinde Waldbreitbach im Landkreis Neuwied. An zweiter Stelle folgten die kreisfreie Stadt Mainz und die Verbandsgemeinde Cochem im Landkreis Cochem-Zell mit jeweils 88 Prozent. Dagegen hatte in der verbandsfreien Stadt Wörth am Rhein im Landkreis Germersheim nur jeder fünfte Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen.



Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

Geheim	(13)
unter 50%	(38)
50 bis 58%	(35)
58 bis 66%	(48)
66 bis 74%	(41)
74 bis 82%	(23)
82% und mehr	(11)

Landesdurchschnitt: 66,4%
( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke

Struktur und Ausstattung privater Haushalte

Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013

Von Merle Hattenhauer

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liefert Informationen zum Lebensstandard, zur Wohnsituation sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. Im Jahr 2013 fand sie zum elften Mal statt. Die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS ist mit einem Stichprobenumfang von deutschlandweit rund 60 000 privaten Haushalten die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union. In diesem Beitrag werden die ersten Ergebnisse dargestellt.

EVS bietet repräsentatives Bild der Lebensverhältnisse der Bevölkerung

Über 3 200 Haushalte befragt

Im fünfjährigen Rhythmus führen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durch. Die erste EVS fand im Jahr 1963, die erste gesamtdeutsche EVS im Jahr 1993 statt. Ziel dieser freiwilligen Haushaltserhebung ist es, möglichst umfassende Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Haushalte, ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, ihre Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern sowie Einnahmen und Ausgaben zu gewinnen. Die Erhebung liefert wertvolle Ergebnisse für Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft.

EVS ist wichtige Informationsquelle

Informationen über die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern sind beispielsweise unerlässlich für die sachgerechte staatliche Konjunktur- und Strukturpolitik sowie die Produktions- und Absatzplanung von Unternehmen. Auch bilden sie eine wichtige Datengrundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundes- und Landesregierungen. Die Ergebnisse zum privaten Konsum werden darüber hinaus für die Ermittlung der Regelbedarfssätze der sozialen Sicherungssysteme sowie für die Ermittlung des statistischen Warenkorbs, d. h. des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik, verwendet. Zudem werden die Ergebnisse in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Schätzungen (Aggregate des Bruttoinlandprodukts) genutzt.

Quotenstichprobe auf Basis des Mikrozensus

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist eine Quotenstichprobe, d. h. eine bewusste Auswahl der Haushalte nach bestimmten vorgegebenen Merkmalen. Dafür werden nach einem Quotenplan private Haushalte für die freiwillige Teilnahme an der Erhebung gewonnen. Der Quotenplan der EVS differenziert die Grundgesamtheit der Haushalte nach den Quotierungsmerkmalen Haushaltstyp, soziale Stellung und monatliches Haushaltsnettoeinkommen. Grundlage für die Bestimmung des Quotenplans sind die Ergebnisse des Mikrozensus über die Verteilung der Haushalte hinsichtlich der Quotierungsmerkmale. Auf diese Weise wird erreicht, dass alle sozialen Gruppen in der Stichprobe in den gleichen Häufigkeiten vertreten sind wie im Mikrozensus. Die EVS kann damit ein repräsentatives Bild über die Lebensverhältnisse der privaten Haushalte liefern.

EVS besteht aus vier Erhebungsteilen

„Allgemeine Angaben" mit wichtigen Basisdaten

Die Erhebung umfasst vier Erhebungsteile. Mit dem Erhebungsteil „Allgemeine Angaben" werden zum Stichtag 1. Januar des Berichtsjahres Informationen über die Mitglieder des teilnehmenden Haushalts erfragt. So werden etwa die soziodemografischen Angaben, Bildungsabschlüsse, die soziale Stellung, abgeschlossene Versicherungen sowie der überwiegende Lebensunterhalt und das persönliche monatliche Nettoeinkommen für die einzelnen Haushaltsmitglieder erfasst. Außerdem werden Angaben zum Wohngebäude, zur Wohnfläche, zur Art der Beheizung sowie ggf. zur Nutzung von Zweit- oder Freizeitwohnungen erhoben, um die Wohnsituation des Haushalts zu ermitteln. Darüber hinaus wird in den „Allgemeinen Angaben" auch die Ausstattung des Haushalts mit langlebigen funktionsfähigen Gebrauchsgütern erfragt.

„Geld- und Sachvermögen" erhebt Vermögenssituation

Im Erhebungsteil „Geld- und Sachvermögen" machen die teilnehmenden Haushalte zum Stichtag 1. Januar des Berichtsjahres differenzierte Angaben zum Immobilienbesitz, zu Geldvermögen auf Giro- und Sparkonten, zu Zinserträgen, Bausparverträgen und Wertpapierbesitz sowie zu Dividenden aus Aktienbesitz und Ausschüttungen aus Investmentfonds. Außerdem wird die Höhe von Krediten und Rückzahlungsbeträgen sowie von weiteren Verbindlichkeiten wie zum Beispiel von offenen Rechnungen erfasst. Weiterhin machen die Haushalte Angaben zu eventuell erhaltenen Schenkungen sowie zu privaten Lebens- und Rentenversicherungen.

„Haushaltsbuch" zur Erfassung von Einnahmen und Ausgaben

Zur Ermittlung der Einnahmen und Ausgaben werden die teilnehmenden Haushalte auf die vier Quartale des Berichtsjahres verteilt. Im jeweiligen Quartal führen die Haushalte dann im „Haushaltsbuch" für jeden Monat ihre Einnahmen und Ausgaben auf. So werden beispielsweise Erwerbseinkommen, Renten und Pensionen sowie öffentliche Zahlungen erfasst. Zudem machen die Haushalte Angaben über Höhe und Art ihrer Ausgaben. Auf diese Weise werden unter den Ausgabearten alle Konsumsegmente abgebildet.

„Feinaufzeichnungen" für bestimmte Warengruppen

Im Erhebungsteil „Feinaufzeichnungsheft" führen 20 Prozent der Haushalte einen Monat lang ihre Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert auf. Mit den differenzierten Angaben werden fachlich tiefgegliederte Ergebnisse über die Verbrauchsbedeutung einzelner Warengruppen gewonnen.

Im vorliegenden Beitrag werden – nach einem einleitenden Überblick über methodische Aspekte – die Ergebnisse des ersten Erhebungsteils, „Allgemeine Angaben" dargestellt. Diese basieren auf einer speziellen Hochrechnung, welche die Ergebnisse auf Landesebene optimiert. Die vom Statistischen Bundesamt für Rheinland-Pfalz veröffentlichten Ergebnisse basieren dagegen auf einer für die Bundesebene angepassten Hochrechnung, sodass es zu geringfügigen Abweichungen kommen kann.

Welche soziodemografischen Strukturen finden sich in rheinland-pfälzischen Haushalten?

Ein erstes Ergebnis betrifft die Struktur der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz. Der für das Jahr 2008 festzustellende Zuwachs an Ein- und Zweipersonenhaushalten (+3 Prozentpunkte gegenüber 2003) hat sich nach den Ergebnissen der EVS 2013 fortgesetzt (+2,1 Prozentpunkte gegenüber 2008).

Steigender Anteil kleinerer Haushalte

Während der Anteil der Einpersonenhaushalte mit 35,5 Prozent im Vergleich zur letzten EVS im Jahr 2008 nahezu unverändert blieb – er lag damals bei rund 36 Prozent – hat sich der Anteil der Zweipersonenhaushalte von 34 Prozent im Jahr 2008 auf knapp 37 Prozent im Jahr 2013 erhöht.

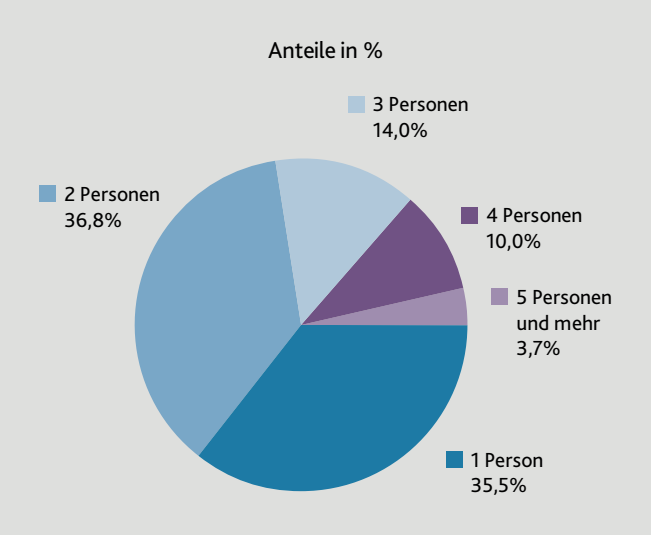
In 72 Prozent der Haushalte leben nur eine oder zwei Personen

Insgesamt lag der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten bei gut 72 Prozent. Nur noch 3,7 Prozent der Haushalte bestehen heute aus fünf oder mehr Personen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße blieb mit 2,1 Personen gegenüber 2008 unverändert.

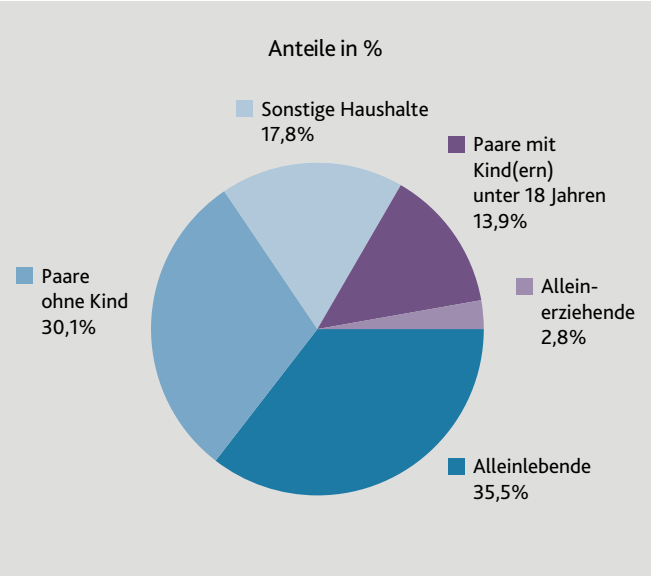
Leichte Veränderungen zeigen sich auch bei den verschiedenen Haushaltstypen. Die Alleinlebenden stellen mit insgesamt rund 35,5 Prozent den am häufigsten vorkommenden Haushaltstyp.

Gegenüber 2008 hat sich damit der Anteil der Singlehaushalte kaum verändert. Dagegen ist der Anteil der Paare ohne Kind bzw. Kinder im Vergleich zur EVS 2008 mit nunmehr gut 30 Prozent leicht gestiegen. Haushalte von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren

G 1 Private Haushalte 2013 nach Haushaltsgröße



G 2 Private Haushalte 2013 nach Haushaltstyp



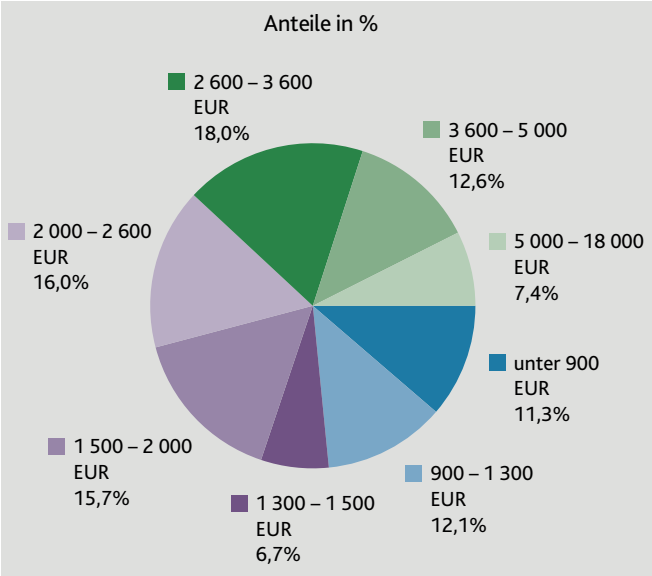
stellen 14 Prozent aller Haushalte; dies sind knapp zwei Prozentpunkte weniger als 2008. Haushalte von Alleinerziehenden machen 2,8 Prozent aller Haushalte aus.

62 Prozent der Haushalte mit Bezugsperson zwischen 35 und 65 Jahren

Die EVS liefert auch Informationen zum Alter der Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -bezieher der Haushalte. In zwölf Prozent der Haushalte war die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher jünger als 35 Jahre. Im Jahr 2013 hatten 14 Prozent der Haushalte eine Haupteinkommensbezieherin bzw. einen Haupteinkommensbezieher im Alter zwischen 35 und 45 Jahren, bei knapp 25 Prozent der Haushalte war sie bzw. er zwischen 45 und 55 Jahre alt. In gut 23 Prozent der Fälle war sie bzw. er zwischen 55 und 65 Jahre alt, in knapp 26 Prozent der Haushalte älter als 65 Jahre.

Zum 1. Januar 2013 verfügten 23 Prozent der Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1 300 Euro. Zwischen 1 300 und 2 600 Euro im Monat hatten 39 Prozent der Haushalte und weiteren 38 Prozent standen im Monat mehr als 2 600 Euro zur Verfügung. In die höchste Einkommenskategorie mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 5 000 bis 18 000 Euro fielen 7,4 Prozent der Haushalte. Haushalte mit einem Einkommen von über 18 000 Euro werden in der EVS nicht erfasst.

G 3 Private Haushalte 2013 nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik nimmt weiter zu

Als statistisches Maß für den Ausstattungsgrad der privaten Haushalte dient der Anteil derjenigen Haushalte, die ein bestimmtes Gut besitzen.

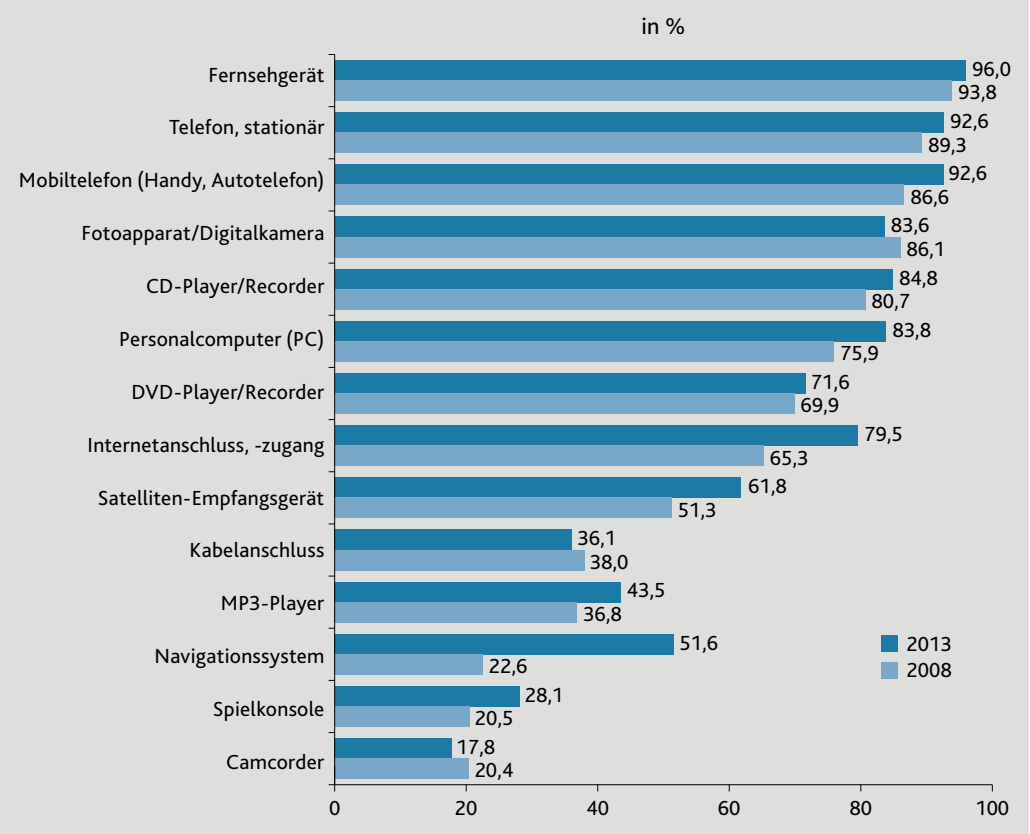
Im Bereich der Unterhaltungselektronik ist bei einer Reihe von Gütern eine relativ rasche Zunahme ihrer Verbreitung festzustellen. Umfang und Geschwindigkeit der Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien spiegeln sich dabei in der Ausstattung der Haushalte mit diesen Gütern wider.

96 Prozent der Haushalte besitzen mindestens ein Fernsehgerät

Der Versorgungsgrad der Haushalte mit mindestens einem Fernseher lag 2013 in Rheinland-Pfalz bei 96 Prozent, d. h., dass 96 von 100 Haushalten einen oder mehrere Fernseher besaßen (2008: 94 Prozent). Wie schon in den Jahren zuvor kann damit annähernd von einer Vollversorgung die Rede sein.

Deutlich zugenommen hat im Vergleich zu 2008 die Ausstattung der privaten Haushalte mit einem Pay-TV-Decoder. Verfügten im Jahr 2008 lediglich fünf Prozent der Haushalte über einen Decoder für den Empfang des Bezahl-Fernsehens, so waren es 2013 bereits 19 Prozent. Zugleich hat sich auch die Ausstattung der Haushalte mit Satelliten-Empfang auf knapp 62 Prozent erhöht (2008: 51 Prozent). Leicht rückläufig war mit 36 Prozent dagegen die Ausstattung mit Kabelanschluss (2008: 38 Prozent).

G 4 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Unterhaltungselektronik 2008 und 2013



Laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 stand in 72 Prozent der Haushalte mindestens ein DVD-Player. Im Vergleich zum Jahr 2008 hat sich der Wert damit leicht erhöht (2008: 70 Prozent).

Mobiltelefon hat den Festnetzanschluss eingeholt

Fast alle privaten Haushalte waren mit mindestens einem Telefon ausgestattet. Dabei waren Mobiltelefone in ebenso vielen Haushalten vertreten wie Festnetztelefone (jeweils 93 Prozent). Die Ausstattung mit Mobiltelefonen hat sich damit gegenüber 2008 (87 Prozent) erneut erhöht.

Drei von vier Haushalte sind mit Digitalkamera ausgestattet

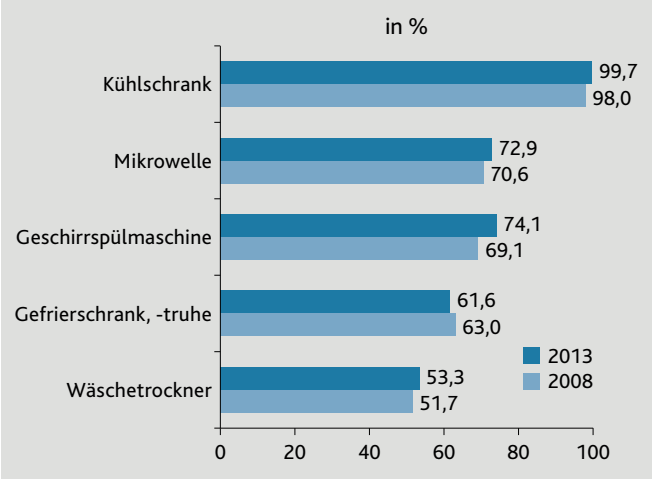
Das digitale Zeitalter hat auch Eingang in die privaten Haushalte gefunden. So besaßen 2013 knapp 74 Prozent der Haushalte eine Digitalkamera (2008: 59 Prozent), aber nur knapp 36 Prozent einen analogen Fotoapparat (2008: 65 Prozent).

Erhöht hat sich auch die Ausstattung der Haushalte mit Spielkonsolen. Besaßen 2008 noch 20,5 Prozent der Haushalte ein solches Gerät, so waren es 2013 bereits gut 28 Prozent.

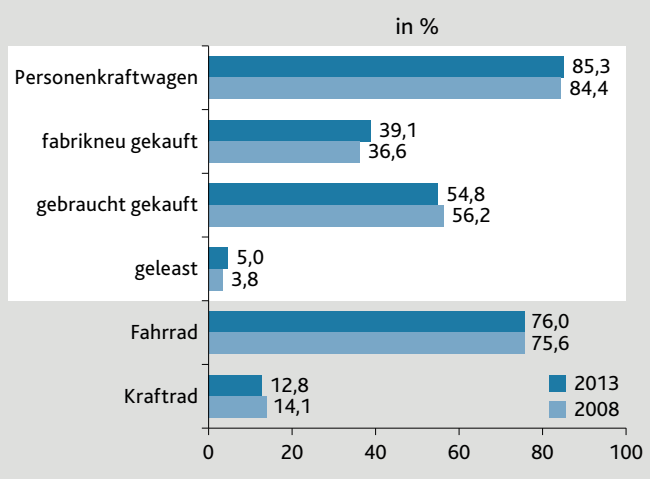
Fast zwei von drei Haushalten verfügen über einen mobilen Computer

Weiter verbessert hat sich auch der Ausstattungsgrad mit Computern. Im Jahr 2008 stand in 76 Prozent der Haushalte mindestens ein Computer, im Jahr 2013 waren es schon 84 Prozent. Ein deutlicher Anstieg war dabei bei mobilen Geräten zu verzeichnen. So verfügte 2008 gut ein Drittel der Haushalte über einen Laptop oder Tablet-Computer, im Jahr 2013 waren es schon knapp zwei Drittel. Dagegen war die Ausstattung mit stationären Computern mit 57 Prozent im Fünfjahresvergleich rückläufig (2008: 64 Prozent).

G 5 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten 2008 und 2013



G 6 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fahrzeugen 2008 und 2013



80 Prozent der Haushalte verfügen über Internetzugang

Schneller noch als Computer haben sich Internetanschlüsse verbreitetet. Im Jahr 2013 hatten 79,5 Prozent der Haushalte einen Internetzugang. Fünf Jahre zuvor waren es erst 65 Prozent.

Ausstattung der Haushalte mit „weißer Ware" sowie PKWs nur wenig verändert

Den zum Teil deutlichen Zuwächsen bei digitaler und mobiler Elektronik steht lediglich ein moderater Anstieg bei Haushaltsgroßgeräten, der sogenannten „weißen Ware", gegenüber. Zur Standardausstattung der Haushalte gehört ein Kühlschrank (fast 100 Prozent, 2008: 98 Prozent). Auch bei anderen Geräten zur Unterstützung der Haushaltsführung, wie Mikrowellen (73 Prozent, 2008: 71 Prozent), Geschirrspülmaschinen (74 Prozent, 2008: 69 Prozent), Wäschetrocknern (53 Prozent, 2008: 52 Prozent) und Gefrierschränken (62 Prozent, 2008: 63 Prozent) waren 2013 in der Regel nur noch geringe Zuwächse zu verzeichnen.

In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz sind viele Haushalte aus privaten oder beruflichen Gründen in besonderem Maße auf ein Auto angewiesen. Im Jahr 2013 besaßen 85 Prozent der rheinland-pfälzischen Privathaushalte einen Pkw. Der Anteil derer, die mit einem gebrauchten Pkw ausgestattet sind, liegt fast unverändert bei 55 Prozent (2008: 56 Prozent), der Anteil der Haushalte mit Neuwagen bei 39 Prozent (2008: 37 Prozent). Geleaste Fahrzeuge stehen fünf Prozent der Haushalte zur Verfügung. Deutlich erhöht hat sich der Anteil derjenigen Haushalte, die über ein Navigationsgerät verfügen (52 Prozent, 2008: 23 Prozent).

85 Prozent der Haushalte haben Pkw

Deutliche Unterschiede im Ausstattungsgrad zwischen den Haushalten

Bei den meisten Gebrauchsgütern zeigen sich erhebliche Ausstattungsunterschiede, wenn die Haushalte nach Alter der Haupteinkommensbezieherin bzw. des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltsgröße, Haushaltstyp und Nettoeinkommen differenziert werden. Lediglich bei einigen „klassischen" Ausstattungsgütern – wie etwa Fernsehgeräten, Telefonen und Kühlschränken – sind über alle Bevölkerungsgruppen hinweg nahezu gleich hohe Ausstattungsgrade festzustellen.

Internetzugang häufiger in Haushalten mit jungen Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -beziehern

Deutliche altersspezifische Unterschiede zeigen sich hingegen in der Verfügbarkeit der meisten Güter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Unterhaltungselektronik. So betrug z. B. der Ausstattungsgrad mit Computern unter den Haushalten von 25- bis 35-jährigen Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -beziehern 97 Prozent. Dagegen stand nur in 86 Prozent der Haushalte von 55- bis 65-jährigen Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -beziehern ein Computer zur Verfügung. Mit dem Internet verbunden waren 95 Prozent der Haushalte mit jungen Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -beziehern und 74 Prozent der Haushalte mit älteren Haupteinkommensbezieherinnen bzw. -beziehern.

Ausstattungsgrad steigt mit Einkommen

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nehmen die Ausstattungsgrade fast ausnahmslos zu. Besonders ausgeprägt sind die Ausstattungsunterschiede zwischen den Haushalten von Niedrigeinkommensbezieherinnen und -beziehern und jenen von Gutverdienenden. Anfang 2013 hatten beispielsweise 60 Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro einen Computer, die Haushalte mit einem Einkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro dagegen besaßen fast ausnahmslos einen Computer (99 Prozent). Verfügten lediglich 51 Prozent der Haushalte der untersten Einkommensgruppe über einen Internetanschluss, so waren es 98 Prozent der Haushalte der höchsten Einkommensgruppe.

Außerdem wird die Ausstattung eines Haushalts in starkem Maße durch die Zahl der Haushaltsmitglieder und die Personenzusammensetzung, also dem jeweiligen Haushaltstyp, bestimmt.

Fast durchweg bleibt die Ausstattung der Haushalte der Alleinlebenden deutlich hinter der von Mehrpersonenhaushalten und insbesondere von Familienhaushalten zurück. Generell nimmt mit zunehmender Personenzahl der Ausstattungsgrad bei den meisten Gebrauchsgütern kontinuierlich zu. Mit zunehmender Personenzahl werden technische Haushaltshilfen immer stärker in Anspruch genommen, um bestimmte Hausarbeiten zu erledigen. Dies soll exemplarisch anhand der Geschirrspülmaschine verdeutlicht werden: Der Ausstattungsgrad von Einpersonenhaushalten liegt mit 52 Prozent deutlich unter dem Durchschnittswert für alle Haushalte (74 Prozent). Dagegen stehen 96 Prozent der Haushalte mit fünf und mehr Personen eine Geschirrspülmaschine zur Verfügung.

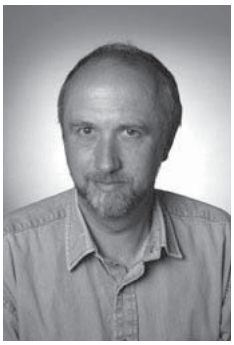
Versorgungsgrad von Mehrpersonenhaushalten höher

Fazit

Die Ausstattung der rund 1,9 Millionen privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz mit Gebrauchsgütern hat sich in den letzten Jahren im Bereich der Unterhaltungselektronik wesentlich verbessert, während sie im Bereich der Haushaltsgeräte weitgehend unverändert blieb. Vor allem im Bereich der Unterhaltungselektronik und bei den Informations- und Kommunikationstechnologien vollzogen sich deutliche Ausstattungsschübe in den Haushalten. Inzwischen gehören viele langlebige Gebrauchsgüter, die noch vor einigen Jahren weniger verbreitet waren (z. B. Mobiltelefone oder Computer), für viele Haushalte zur normalen Ausstattung. Im Gegensatz dazu hat sich die Ausstattung mit Haushaltsgroßgeräten und Pkws kaum verändert.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), leitet das Referat „Mikrozensus, Haushaltserhebungen,“.

Schwerbehinderte Menschen 2013



Von Günter Ickler

In Rheinland-Pfalz leben rund 310 300 schwerbehinderte Menschen, das sind fast acht Prozent der Bevölkerung. Betroffen sind überwiegend ältere Personen – mehr als die Hälfte sind älter als 65 Jahre. Außerdem sind mehr Männer als Frauen schwerbehindert.

Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde. Der folgende Beitrag stellt die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik aus dem Jahr 2013 dar.

Rund 310 300 schwerbehinderte Menschen

Statistik berücksichtigt nicht alle Behinderten

Am Ende des Jahres 2013 lebten in Rheinland-Pfalz 310 300 schwerbehinderte Menschen, das sind knapp acht Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es aber auch behinderte Menschen, die nicht den Grad der Schwerbehinderung erreichen oder aber keinen Antrag auf Ausstellung eines Ausweises gestellt haben und somit nicht registriert sind.

SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

Als behindert gelten nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) Personen, die in ihrer körperlichen Funktion, geistigen Fähigkeit oder seelischen Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.

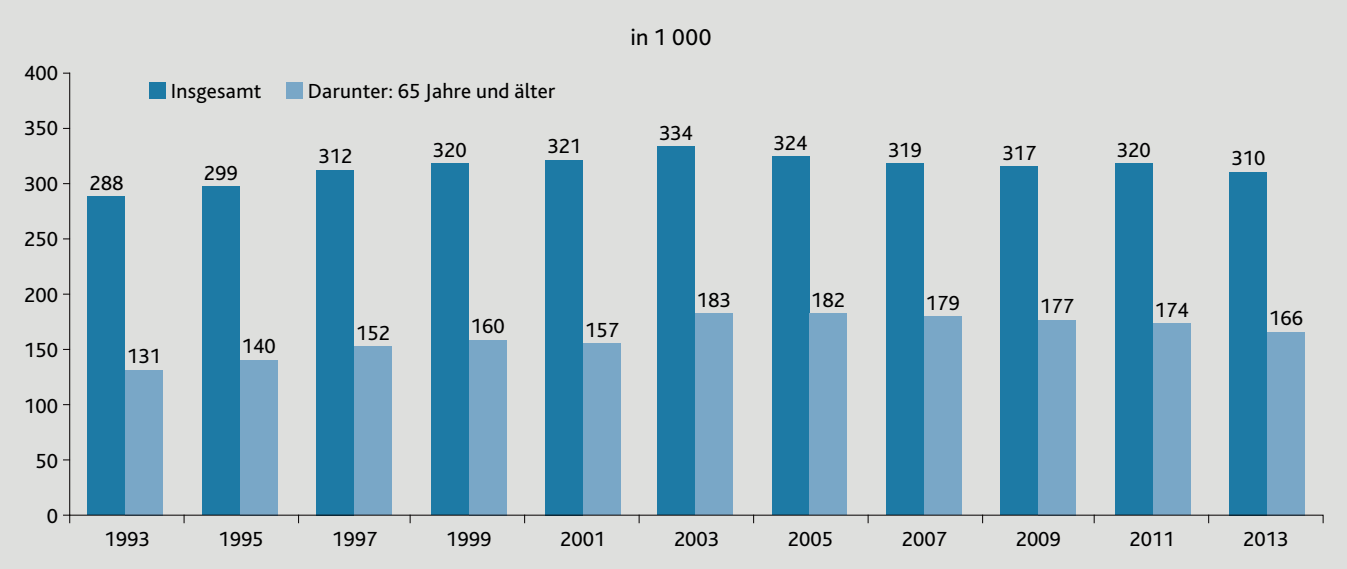
Unterteilung nach Grad der Behinderung

Die Auswirkungen auf die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft werden als Grad der Behinderung (GdB) – nach Zehnergraden von 20 bis 100 abgestuft – festgestellt. Personen, deren Grad der Behinderung mindestens 50 beträgt, gelten als schwerbehindert. In diesen Fällen stellen die Versorgungsämter auf Antrag einen Schwerbehindertenausweis aus.

Behinderte ohne Ausweis statistisch nicht erfasst

Gegenstand der Schwerbehindertenstatistik sind alle behinderten Menschen, die im Besitz eines Schwerbehindertenausweises sind. Sie beruht auf den Daten der Versorgungsämter und wird alle zwei Jahre aktualisiert. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich auf den 31. Dezember 2013.

G 1 Schwerbehinderte 1993–2013



Die Schwerbehindertenstatistik ist die wichtigste Quelle der amtlichen Statistik über Menschen mit Behinderungen. Sie stellt die Behinderten nach wesentlichen Merkmalen, wie Alter und Geschlecht sowie Art und Grad der Behinderung dar. Ergänzend hierzu ermöglichen die Haushaltsbefragungen im Rahmen des Mikrozensus eine Beschreibung der Lebenslagen behinderter Menschen in deren Familien-, Haushalts- und Erwerbstätigkeitszusammenhang. Entsprechende Daten werden auf Stichprobenbasis alle vier Jahre erhoben. Die Auswertung der Angaben aus dem Jahr 2013 steht bevor.

Datengrundlage

Angaben über Schwerbehinderte stellt in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zur Verfügung. Die Auskunftsverpflichtung ergibt sich aus § 131 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX). Die Daten erhält das Statistische Landesamt zum jeweiligen Stichtag der Erhebung in anonymisierter Form. Zuvor wird ein Abgleich der Zahlen mit den Dateien der Meldebehörden vorgenommen, um den Datenbestand um solche Fälle zu bereinigen, in denen Schwerbehinderte verstorben oder nicht mehr in Rheinland-Pfalz gemeldet sind, ohne dass dies dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zur Kenntnis gelangt ist.

Die Statistik wird alle zwei Jahre zum Stichtag 31. Dezember durchgeführt.

Die Zahl der schwerbehinderten Menschen ist von 1993 bis 2003 deutlich gestiegen, ging danach aber wieder etwas zurück. Anfang der 90er-Jahre gab es in Rheinland-Pfalz noch weniger als 290 000 Schwerbehinderte. Im Verlauf der letzten zehn Jahre war der höchste Wert mit 334 400 im Jahr 2003 zu verzeichnen. Inwieweit der aktuell relativ niedrige Wert als Trend für eine rückläufige Entwicklung zu werten ist, bleibt abzuwarten.

Mehr Schwerbehinderte durch demografischen Wandel?

Da überwiegend ältere Menschen schwerbehindert sind, muss die Beurteilung des zeitlichen Verlaufs der Zahl der Behinderten auch vor dem Hintergrund von Altersstrukturveränderungen der Bevölkerung erfolgen. So wird allein die Tatsache, dass es immer mehr Ältere gibt, zu einer wachsenden Zahl schwerbehinderter Menschen führen.

Altersstandardisierung zeigt rückläufigen Trend

Das Verfahren der Altersstandardisierung ermöglicht ein Herausrechnen der Veränderungen in der Altersstruktur, indem die Zahl der Schwerbehinderten – nach Alter und Geschlecht differenziert – auf eine einheitliche so genannte Standardbevölkerung bezogen wird.

Als Ergebnis zeigt sich in der Tat ein klarer Rückgang der Behindertenraten. Gab es im Jahr 2003 noch fast 6 300 Schwerbehinderte je 100 000 Personen der Standardbevölkerung, so ist dieser Wert bis 2013 kontinuierlich auf 5 400 gesunken.

Geändertes Antragsverhalten?

Es ist schwer einzuschätzen, worauf diese Entwicklung zurückzuführen ist. Gibt es tatsächlich weniger Behinderungen oder sind die Versorgungsämter bei der Ausstellung der Bescheinigungen zurückhaltender? Unter Umständen stellen aber auch Betroffene weniger häufig einen Antrag auf Ausstellung eines Ausweises, als dies früher der Fall war.

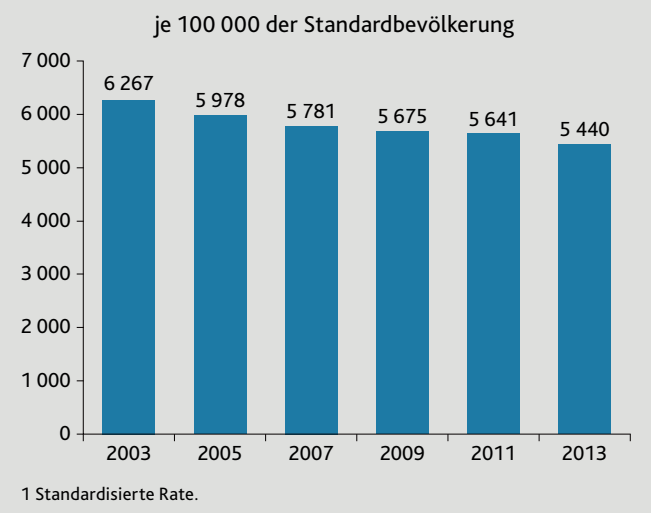
Überwiegend körperliche Behinderungen

Behinderung kann unterschiedliche Ursachen haben

Überwiegend sind es die Folgen von Erkrankungen, zum Beispiel Herz-Kreislauferkrankungen oder Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparats, die zu einer Behinderung führen. Neben Krankheiten und Unfällen können die Ursachen einer Behinderung auch angeboren oder Folgen von Kriegs- oder Wehrdienstbeschädigungen sein.

Bei Vorliegen mehrerer Behinderungen werden diese in der Reihenfolge der Schwere erfasst und derjenigen Behinderungsart zugeordnet, die mit den stärksten Beeinträchtigungen verbunden ist. Für einen schwerbehinderten Menschen können bis zu drei Behinderungen nach Art und Ursache erfasst werden.

G 2 Schwerbehinderte 2003–2013[1]



1 Standardisierte Rate.

55 Kategorien der Behinderung

Die Art der Behinderung wird anhand von insgesamt 55 Kategorien erfasst, die in einer Zusammenfassung nach neun Gruppen dargestellt werden können. Die Einteilung orientiert sich in erster Linie nicht an der ursächlichen Krankheitsdiagnose (z. B. Multiple Sklerose), sondern an der Erscheinungsform der Behinderung und der durch sie bestimmten Funktionseinschränkung (z. B. funktionelle Veränderung an den Gliedmaßen).

Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule: 99 100 Menschen

Häufigster Grund für die Anerkennung als Schwerbehinderter sind mit 99 100 Fällen bzw. einem Anteil von fast einem Drittel Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes.

Beeinträchtigung innerer Organe: 57 100 Menschen

Die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen stellt mit insgesamt 57 100 Fällen bzw. einem Anteil von 18 Prozent die zweithäufigste Art der Schwerbehinderung dar. Den größten Anteil hatten hierunter die Beeinträchtigungen der Funktion von Herz und Kreislauf. Nahezu 15 000 Behindertenausweise gab es Ende 2013 aus diesem Grund. Beeinträchtigungen der Atmungsorgane lagen in mehr als 8 000 Fällen und der Verdauungsorgane in fast 9 000 Fällen vor.

G 3 Schwerbehinderte 2013 nach Art der schwersten Behinderung

Hirnorganische oder geistige Störungen: 43 500 Menschen

Schwerbehinderungen, die ihre Ursache in einer hirnorganischen Schädigung oder einer psychischen Erkrankung haben, betrafen Ende 2013 rund 43 500 Menschen.

Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen: 41 800 Menschen

Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen gab es fast ebenso häufig (41 800 Personen). Andere Arten der Behinderung waren weitaus seltener.

Drei Viertel körperliche Behinderungen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass drei Viertel aller Behinderungen (234 100 Fälle) körperliche Behinderungen sind. Auf zerebrale Störungen entfallen sechs Prozent (18 400 Fälle). Geistige oder seelische Störungen wurden bei knapp acht Prozent (24 300) der schwerbehinderten Menschen diagnostiziert. Elf Prozent der Fälle (33 500) betrafen sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen.

Ältere Menschen sind häufiger schwerbehindert

Eine Differenzierung nach dem Alter zeigt, dass überwiegend ältere Menschen betroffen sind. So waren bei der Erhebung Ende 2013 mehr als 53 Prozent der Schwerbehinderten 65 Jahre oder älter. Nahezu ein Drittel der Schwerbehinderten war sogar schon 75 Jahre oder älter.

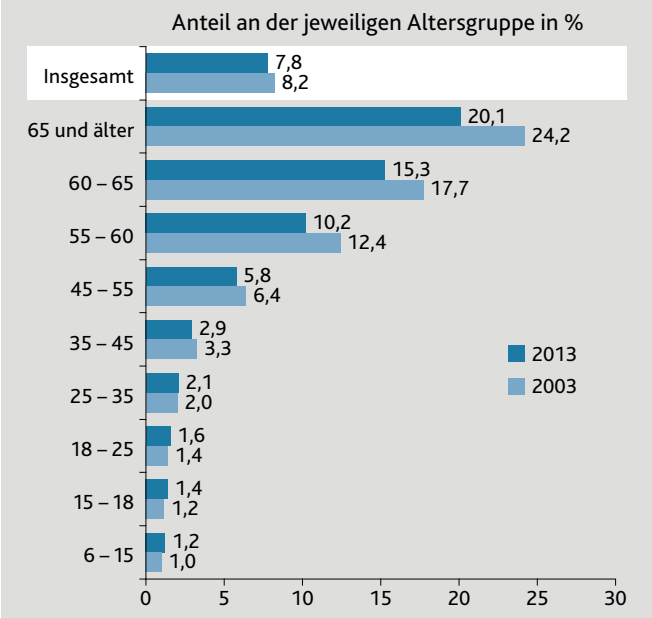
53 Prozent sind 65 Jahre oder älter

In der langfristigen Entwicklung zeigt sich insbesondere ein deutlicher Rückgang von schwerbehinderten Menschen in einem Alter von 35 bis 45 Jahren, sowie bei den 65- bis 70-Jährigen. Diese Entwicklung ist aber – zumindest teilweise – demografisch bedingt; die altersspezifische Bevölkerung weist ähnliche Tendenzen auf.

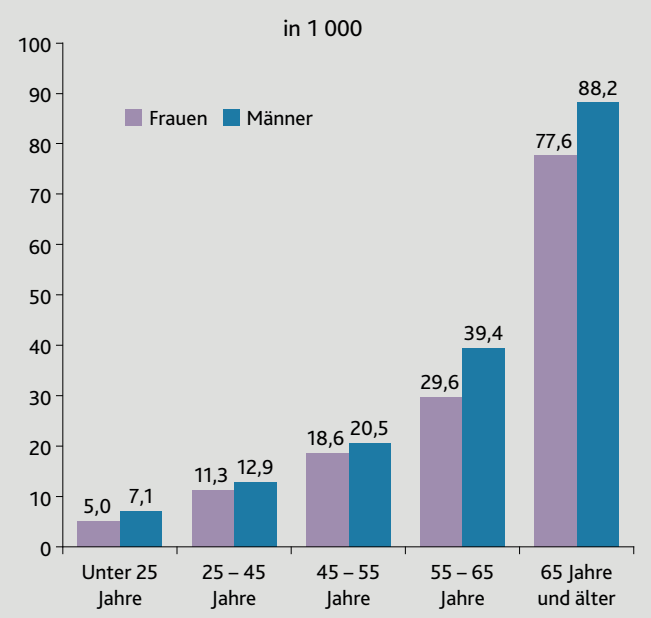
Quoten mit Bezug zur Bevölkerung

Die große Abhängigkeit vom Lebensalter wird auch durch eine Betrachtung altersspezifischer Schwerbehindertenquoten belegt. In der Altersgruppe der Menschen, die 65 Jahre oder älter sind, liegt der Anteil an der Bevölkerung des gleichen Alters bei 20 Prozent. Bei den 60- bis 65-Jährigen beträgt die Quote 15 Prozent und bei den 55- bis 60-Jährigen zehn Prozent. In allen anderen Altersgruppen ist sie wesentlich niedriger.

G 4 Schwerbehindertenquoten 2003 und 2013 nach Alter



G 5 Schwerbehinderte 2013 nach Alter und Geschlecht



Mehr junge Menschen mit Schwerbehindertenausweis

Der Vergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2003 zeigt für fast alle Altersgruppen rückläufige Trends. Die jeweiligen Anteile an der Bevölkerung gleichen Alters sind besonders deutlich in der Altersgruppe „65 und älter" gesunken, in geringerem Maße aber auch bei den 55- bis 60-Jährigen und den 60- bis 65-Jährigen. Bei den 6- bis 35-Jährigen haben die Quoten dagegen leicht zugenommen.

Männer sind wesentlich öfter schwerbehindert

Ein Viertel der älteren Männer ist schwerbehindert

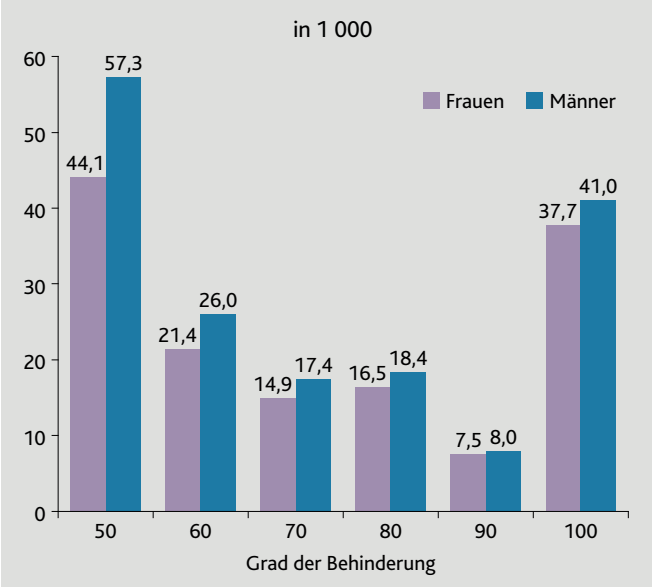
Eine Unterscheidung nach dem Geschlecht zeigt deutliche Unterschiede. Mit 168 100 Personen ist die Zahl der schwerbehinderten Männer größer als die der Frauen (142 200). Besonders ausgeprägte Unterschiede offenbaren sich bei einer weiteren Differenzierung nach dem Alter. So ist in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen der Anteil der Männer mit 57 Prozent besonders groß; bei den über 65-Jährigen liegt ihr Anteil mit 53 Prozent deutlich niedriger. Wird jedoch berücksichtigt, dass es in der Bevölkerung wesentlich mehr über 65-jährige Frauen als Männer gibt, so wird der Unterschied zwischen den Geschlechtern in dieser Altersgruppe wieder deutlicher: Danach haben 24,5 Prozent der Männer, aber nur 17 Prozent der Frauen in diesem Alter einen Schwerbehindertenausweis.

Mehr als ein Viertel der Schwerbehinderten sind hochgradig behindert

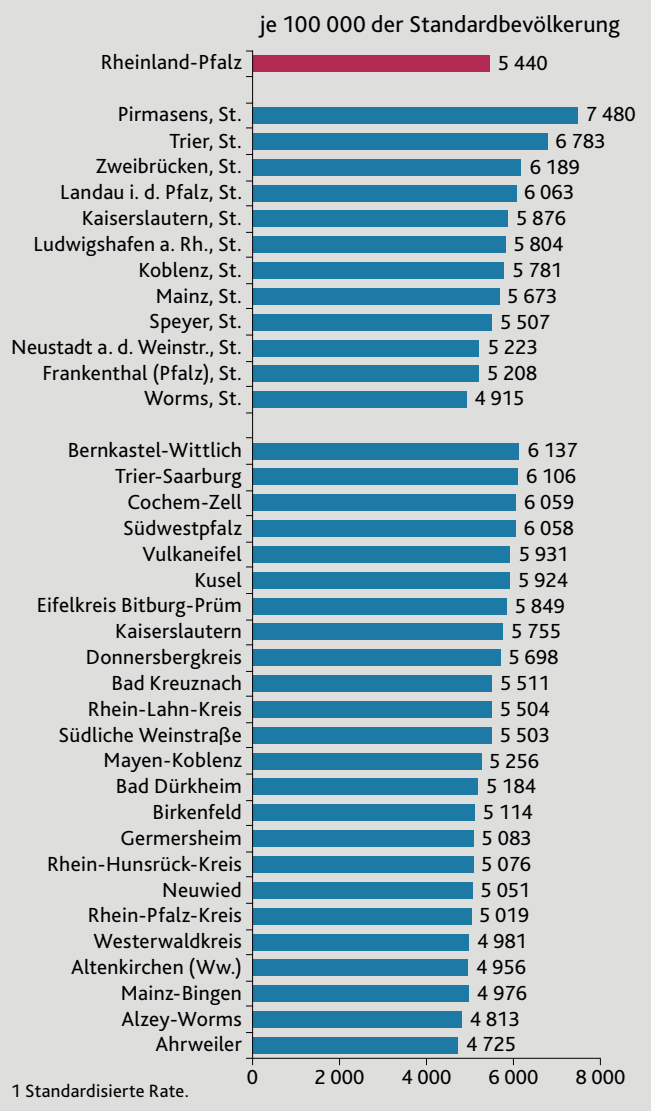
Niedrigster und höchster Grad der Behinderung sind am häufigsten

Eine Differenzierung nach dem Behinderungsgrad zeigt Folgendes: Die meisten schwerbehinderten Menschen weisen den für die Ausstellung eines Behindertenausweises erforderlichen niedrigsten Grad der Behinderung von 50 auf. Mit 33 Prozent hatte 2013 knapp ein Drittel der Behinderten diesen Behinderungsgrad. Besonders auffällig ist hier der geschlechtsspezifische Unterschied: Mit 57 300 Männern gegenüber 44 100 Frauen ist das männliche Geschlecht

G 6 Schwerbehinderte 2013 nach Grad der Behinderung und Geschlecht



G 7 Schwerbehinderte 2013 nach Verwaltungsbezirken[1]



1 Standardisierte Rate.

weit stärker vertreten. Etwas mehr als ein Viertel aller Schwerbehinderten hatte den höchsten Grad der Behinderung (100); auch hier gab es mehr Männer (41 000) als Frauen (37 700).

Altersstandardisierung ermöglicht Regionalvergleich

Regionale Unterschiede in der absoluten Zahl der Schwerbehinderten sind in erster Linie auf unterschiedliche Bevölkerungsumfänge und Altersstrukturen zurückzuführen. Daher muss eine Analyse auf Kreisebene sinnvollerweise bei altersstandardisierten Raten ansetzen.

Höchste Schwerbehindertenrate in Pirmasens und Trier

Im Landesdurchschnitt errechnen sich für das Jahr 2013 insgesamt 5 400 Schwerbehinderte je 100 000 Personen der Standardbevölkerung. Die Bandbreite auf Kreisebene erstreckt sich auf einen Bereich von 4 700 im Landkreis Ahrweiler bis zu 7 500 in der Stadt Pirmasens. Mit knapp 6 800 weist auch Trier einen relativ hohen Wert auf. Die Ergebnisse für die kreisfreien Städte liegen größtenteils über dem Landesdurchschnitt.

Insgesamt gesehen ist festzustellen, dass die regionalen Unterschiede nicht sehr stark ausgeprägt sind. Lediglich die Werte für Pirmasens und Trier ragen heraus.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

Umweltbelastungen durch den Straßenverkehr

Die statistische Erfassung nachhaltiger Mobilität

Von Dr. Ninja Mariette Lehnert

Beim Thema Nachhaltigkeit geht es um einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen unter sicheren und fairen sozialen Rahmenbedingungen. Zu einer nachhaltigen Entwicklung gehört auch der Bereich „Mobilität". Einer der Hauptverursacher von Umweltbelastungen ist der Straßenverkehr. Insbesondere Luftschadstoffe, aber auch die Bodenversiegelung durch die Straßeninfrastruktur oder die Lärmbelastungen für Anwohnerinnen und Anwohner stark befahrener Straßen gehören zu den Umweltproblemen des Straßenverkehrs. Die Umweltbelastungen führen volkswirtschaftlich zu Kosten. Diese Kosten können jedoch nicht immer genau erfasst werden. Verschiedene Teilaspekte nachhaltiger Mobilität lassen sich dennoch abbilden.

Nachhaltige Mobilität

Externe Effekte des Verkehrs

Aus volkswirtschaftlicher Sicht handelt es sich bei den Umweltauswirkungen des Verkehrs um sogenannte externe Effekte. Dies bedeutet, dass die Verursacher von Luftverschmutzung, Lärm oder anderen Schädigungen nur ihre privaten Kosten berücksichtigen. Dazu zählen bei der individuellen Entscheidung für den Pkw beispielsweise die Kraftstoff- und Unterhaltskosten für das Fahrzeug, selten aber die schädigende Wirkung der Abgase auf die menschliche Gesundheit oder auf Umgebung und Natur. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten die der Volkswirtschaft insgesamt zur Last fallen, z. B. durch Umweltschutzmaßnahmen oder medizinische Behandlungen. Umweltpolitische Instrumente wie Ökosteuern oder Schadstoffgrenzwerte sollen dazu beitragen, solche Umweltbelastungen zu verringern. Eine verursachergerechte Zuordnung der durch die Beanspruchung der Umwelt entstehenden Kosten ist kaum möglich. Die Kosten der Umweltschädigung treten vor allem in Form von externen Kosten auf und müssen von der Gesellschaft getragen werden. Eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Mobilität bedeutet, dass sich diese volkswirtschaftliche Belastung verringert.

Im Wesentlichen lassen sich vier verschiedene Schädigungskategorien unterscheiden:

- Schädigungen durch den Natur- und Landschaftsverbrauch,
- lokale Schäden durch Luftverschmutzung (z. B. durch die Feinstaubbelastung in Städten),
- globale Schäden durch Treibhausgase sowie
- Beeinträchtigungen durch Lärm.

Bewertungsunsicherheiten bei der Höhe der Kosten

Versuche, solche Schäden in Euro zu bewerten, unterliegen hohen Bewertungsunsicherheiten und führen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Verschiedene Analysen für Deutschland schätzen die externen Kosten des Straßenverkehrs auf 20 bis über 180 Milliarden Euro, bezogen jeweils auf ein Jahr.[1] Diese große Spannweite kommt durch unterschiedliche Methoden und Annahmen über die Höhe der Schäden zustande. Insbesondere die Bewertung von Schäden durch Treibhausgase ist problematisch, weil sich die Kosten des Klimawandels nur schwer beziffern lassen, häufig zukunftsbezogen sind und keine genauen Ursache-Wirkungs-Beziehungen bekannt sind. Für Rheinland-Pfalz gibt es keine Schätzungen der externen Kosten.

Informationsquellen zu Verkehr und Umwelt

Im Folgenden werden verschiedene statistische Kenngrößen zur nachhaltigen Mobilität zusammengestellt. In Rheinland-Pfalz informiert zudem der statistische Indikatorenbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes über Aspekte zur Mobilität.[2] Auch der Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder veröffentlicht regelmäßig statistische Informationen zur Umwelt. Ein Teilbereich davon beschäftigt sich mit der Mobilität.[3]

Verkehrsträgerwahl beeinflusst Umweltbelastung

Verkehrsverlagerung und Verkehrsvermeidung

Hauptverursacher der umweltschädlichen Emissionen ist der Straßenverkehr, insbesondere der Pkw-Verkehr. Eine Möglichkeit zur Verminderung der Umweltbelastungen des Verkehrs ist deshalb die Verkehrsverlagerung, beispielsweise durch den Umstieg vom Pkw auf weniger umweltschädliche Verkehrsträger im öffentlichen Personennahverkehr. Die alternative Strategie wäre die Verkehrsvermeidung. Dies würde bedeuten, so weit wie möglich auf Fahrten zu verzichten – z. B. durch den verstärkten Einsatz von Videokonferenzen und den Verzicht auf Reisen. Weil der persönliche Kontakt oder die Anwesenheit vor Ort oft als notwendig erachtet wird bzw. zumindest bedeutend ist, lässt sich die Strategie Verkehrsvermeidung in vielen Fällen nicht umsetzen. Der Umstieg auf weniger umweltschädliche Verkehrsträger ist dagegen eher möglich.

Technischer Fortschritt kann Belastung verringern

Zusätzlich ist eine Verringerung der Umweltbelastungen im Verkehr auch durch technischen Fortschritt erreichbar. Beispielsweise können Filtersysteme wie der Rußpartikelfilter bei Dieselfahrzeugen oder neue Antriebs- bzw. Hybridtechnologien die Abgasemissionen deutlich reduzieren. Dem technischen Fortschritt kann jedoch das Nutzerverhalten bei der Wahl des Fahrzeugmodells und bei der Fahrweise entgegenstehen. Beispielsweise sind mit steigender Fahrgeschwindigkeit ein überproportional wachsender Kraftstoffverbrauch und eine dementsprechende Erhöhung des Schadstoffausstoßes verbunden. Darüber hinaus nimmt die Lärmbelastung zu.

1 Siehe Puls, T.: Externe Kosten des Straßenverkehrs in Deutschland. Aufdatierung für 2010. Köln 2013.

2 Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes inklusive des Indikatorenberichts des Statistischen Landesamtes ist über die Homepage des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) abrufbar: www.mwkel.rlp.de.

3 Unter: www.ugrdl.de.

Individuelle Nutzenabwägung

Bei der Verkehrsträgerwahl (z. B. Straße/Pkw, Schiene/Eisenbahn) ist zu beachten, dass die jeweiligen Vor- und Nachteile der Verkehrsträger individuell unterschiedlich gewichtet werden. Im Personenverkehr punktet der Pkw häufig durch Aspekte wie zeitliche Flexibilität oder die private Atmosphäre, während bei öffentlichen Verkehrsmitteln, beispielsweise dem Zug, die Möglichkeit geschätzt wird, während der Fahrt zu Lesen oder zu Arbeiten.

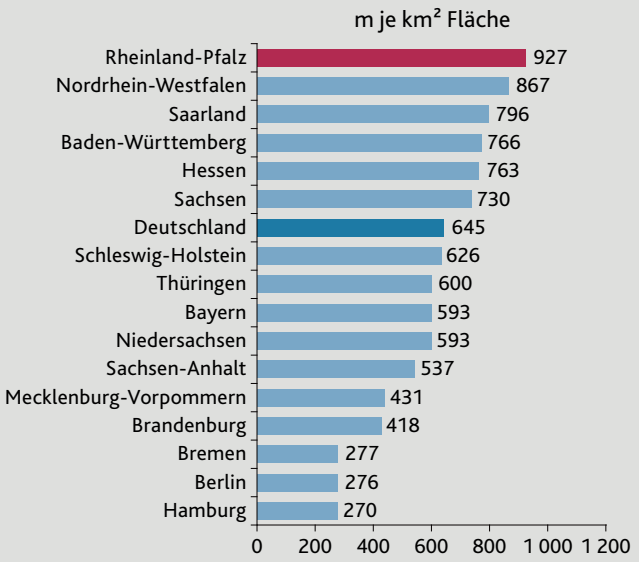
Pkw meistgenutztes Verkehrsmittel

Insgesamt überwiegen offensichtlich die Vorteile des Pkws: Für etwa 80 Prozent der zurückgelegten Kilometer im Personenverkehr wird in Deutschland der Pkw genutzt. Trotz der mit dem Straßenverkehr verbundenen Umweltprobleme ist der Pkw damit das mit Abstand meist genutzte Verkehrsmittel. Das Fahrrad ist – auch für Kurzstrecken – häufig keine Alternative zum Pkw. Nach einer deutschlandweiten Befragung von 2008 gaben 37 Prozent der Deutschen an, das Fahrrad nie oder fast nie zu benutzen. In Rheinland-Pfalz waren es 47 Prozent. Noch höher war dieser Prozentsatz nur in Thüringen und im Saarland.[4]

Dichtestes Straßennetz im Ländervergleich

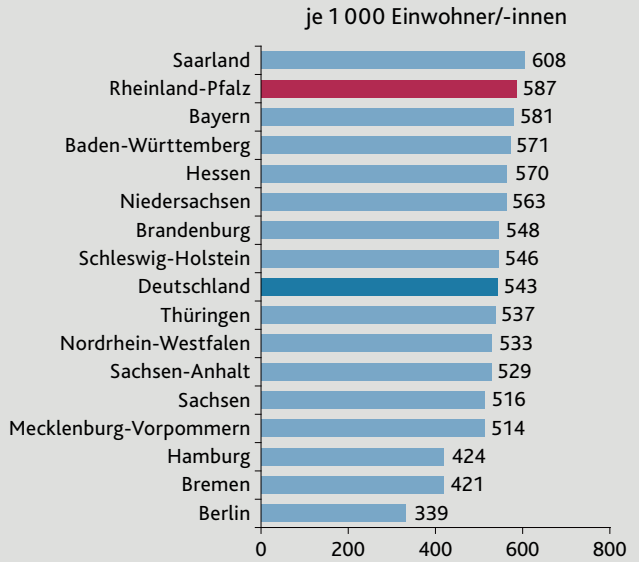
Rheinland-Pfalz liegt bei einer Betrachtung der Straßendichte an der Spitze der Bundesländer. Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs ist mit 927 Metern je Quadratkilometer Fläche mit Abstand das dichteste im Ländervergleich. Nordrhein-Westfalen folgt mit 867 Metern je Quadratkilometer Fläche. Die Straßen in Rheinland-Pfalz haben eine Gesamtlänge von 18 400 Kilometern. Trotz der dichten Straßeninfrastruktur lag der Anteil der versiegelten Fläche an der Gesamtfläche des Landes 2012 mit 6,3 Prozent noch im Mittelfeld der Flächenländer. Dies gilt ebenfalls für den Grad der Landschaftszerschneidung. Der Anteil der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume über 100 Quadratkilometer lag 2010 bei gut 22 Prozent.

G 1 Straßendichte[1] 2013 nach Bundesländern



1 Des überörtlichen Verkehrs.
Quelle: Statistisches Bundesamt

G 2 Pkw-Bestand 2014 nach Bundesländern



Quelle: Kraftfahrzeugbundesamt

4 Eine umfassende Erhebung zur Mobilität fand zuletzt 2008 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung statt. Informationen hierzu unter: www.mobilitaet-in-deutschland.de (abgerufen am 30. Juni 2014).

Zweithöchste Pkw-Dichte: 587 Pkw je 1 000 Einwohner

Aufgrund seiner geografischen Lage ist das Land besonders dem Durchgangsverkehr ausgesetzt, weist aber auch selbst einen sehr hohen Pkw-Bestand auf (587 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner am 1. Januar 2014). Nur im Saarland gibt es eine noch höhere Pkw-Dichte (608 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner).

Anteil der über die Straße beförderten Güter: 85 Prozent

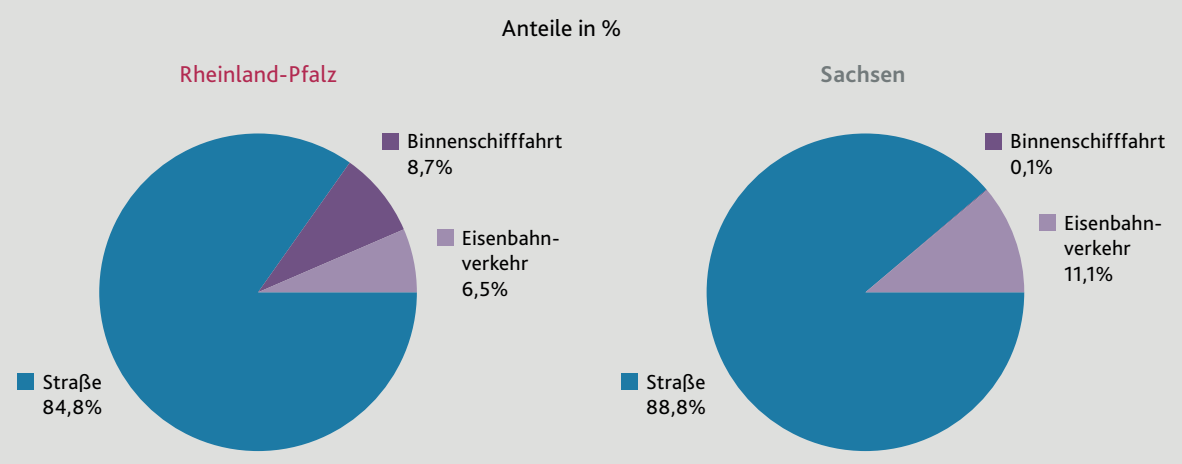
Auch im Gütertransport ist die Straße der dominierende Verkehrsträger. Der Anteil der mit Lastkraftwagen beförderten Gütertonnen von und nach sowie innerhalb von Rheinland-Pfalz lag 2012 bei 85 Prozent (ohne Berücksichtigung der zurückgelegten Streckenlängen). Mit diesem hohen Anteil unterscheidet sich Rheinland-Pfalz wenig von den meisten Flächenländern. Mit neun Prozent macht sich jedoch auch die Binnenschifffahrt deutlich bemerkbar – im Gegensatz zu Sachsen, das aufgrund seiner ähnlichen Flächengröße und Bevölkerungszahl hier als Vergleichsland für Rheinland-Pfalz herangezogen wird.[5] Die Elbe hat für den sächsischen Gütertransport keine nennenswerte Bedeutung. In Sachsen erfolgt allerdings ein größerer Teil der Gütertransporte über den Schienenweg (elf Prozent; Rheinland-Pfalz: 6,5 Prozent). Der Rhein als Hauptverkehrsader der Binnenschifffahrt ist für Nordrhein-Westfalen noch bedeutender als für Rheinland-Pfalz (Anteil der Binnenschifffahrt: 13 Prozent). Nordrhein-Westfalen weist zudem einen höheren Schienenverkehrsanteil auf (zwölf Prozent).

Straßenverkehr hauptverantwortlich für verkehrsbedingte Emissionen

Euronormen für Pkw: 23 Prozent erfüllen Euro 5, 0,6 Prozent Euro 6

Bei den verkehrsbedingten Emissionen des Straßenverkehrs kommt dem Pkw-Verkehr eine wesentliche Rolle zu. Der Anteil der Pkw am gesamten Kraftfahrzeugbestand lag zu Anfang des Jahres bei 82 Prozent. Neu zugelassene Kraftfahrzeuge müssen die EU-weit geltenden Grenzwerte für Schadstoffemissionen erfüllen. Aktuell gilt für Pkw noch die Schadstoffnorm Euro 5. Ab Sep-

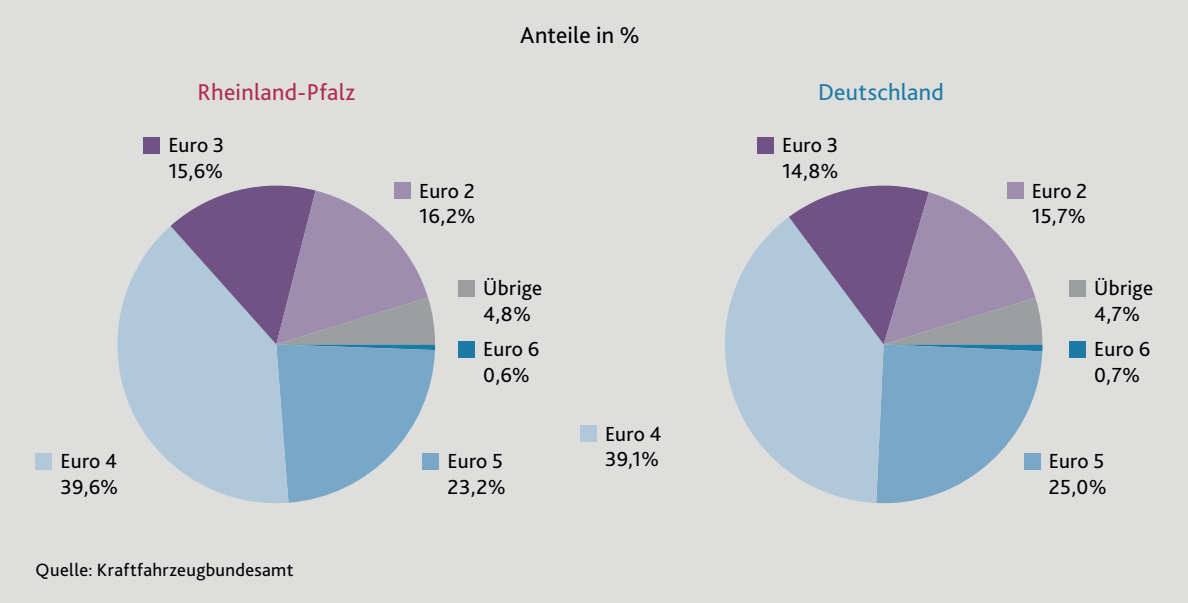
G 3 Verkehrsaufkommen[1] der Verkehrsträger Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt im Güterverkehr in Rheinland-Pfalz und in Sachsen 2012



1 Beförderte Gütermenge, hier ohne Durchgangsverkehr.
Quelle: Statistisches Bundesamt: Verkehr im Überblick. Fachserie 8 Reihe 1.2 (Verkehrsverpflechtungen der Länder).

5 Ein Vergleich mit dem Bund ist auf Grundlage der verwendeten Daten und dieser Berechnungsmethodik nicht möglich.

G 4 Pkw-Bestand in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Emissionsgruppen



Quelle: Kraftfahrzeugbundesamt

tember 2014 tritt die Schadstoffnorm Euro 6 in Kraft. Sie muss ein Jahr später von allen Neuzulassungen erreicht werden und enthält für Dieselfahrzeuge Verschärfungen der Grenzwerte. Dies gilt insbesondere für den Ausstoß von Stickstoffoxiden. Verkehrsbedingte Stickstoffoxide sind insbesondere für die sommerliche Ozonbildung und die Feinstaubbelastung der Luft mitverantwortlich. Am 1. Januar 2014 erfüllten 0,6 Prozent der Pkw in Rheinland-Pfalz bereits die Grenzwerte für Euro 6 (Deutschland: 0,7 Prozent). Euro 5 erfüllten 23 Prozent des Pkw-Bestandes (Deutschland: 25 Prozent).

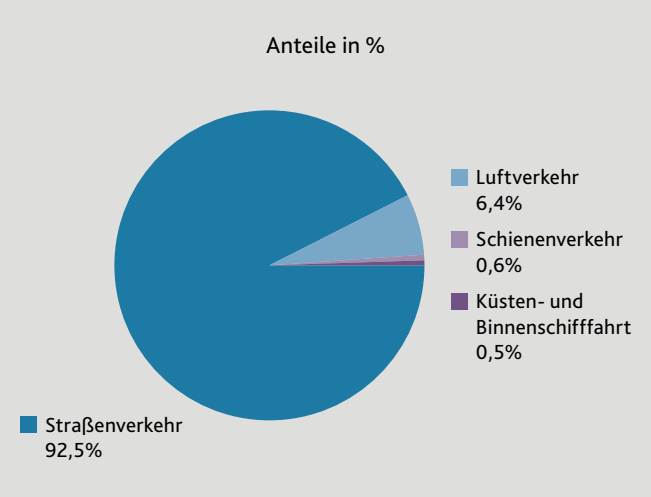
Anteil des Verkehrs an den gesamten Kohlendioxidemissionen 2011: 36 Prozent

Der Verkehrsbereich ist nach der CO_2-Quellenbilanz der größte Emittent des Treibhausgases Kohlendioxid (CO_2). Sein Anteil an den gesamten Kohlendioxidemissionen lag 2011 bei 36 Prozent.

Der Straßenverkehr war 2011 für die Emission von 8,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid verantwortlich. Dies entspricht 93 Prozent der gesamten verkehrsbedingten Kohlendioxidemissionen. Der Schienenverkehr und die Schifffahrt fielen dagegen mit insgesamt 1,1 Prozent kaum ins Gewicht. Zu nennen ist jedoch der Luftverkehr. Er hatte 2011 einen Anteil von 6,4 Prozent an den gesamten Kohlendioxidemissionen des Verkehrs. Zwischen 2001 und 2007 stiegen die Emissionen des Luftverkehrs um 520 Prozent. Dies ist

Straßenverkehr verursacht 93 Prozent der verkehrsbedingten Kohlendioxidemissionen

G 5 Kohlendioxidemissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) des Verkehrs 2011 nach Verkehrsträgern



vor allem auf den zivilen Ausbau und das steigendende Beförderungsaufkommen des Flughafens Frankfurt-Hahn zurückzuführen. Seit 2008 hat der Flughafen mit sinkendenden Fluggastzahlen zu kämpfen. Diese bestimmen das gesamte Beförderungsaufkommen aus Personen- und Gütertransporten in Frankfurt-Hahn maßgeblich. Durch den geringeren Passagierverkehr sanken der Verbrauch an Kerosin und damit auch die Kohlendioxidemissionen des Luftverkehrs. Seit dem Höchststand von 2007 betrug die Verringerung der Emissionen elf Prozent.

Verringerung der verkehrsbedingten Kohlendioxidemissionen 2001 bis 2011 um drei 3 Prozent

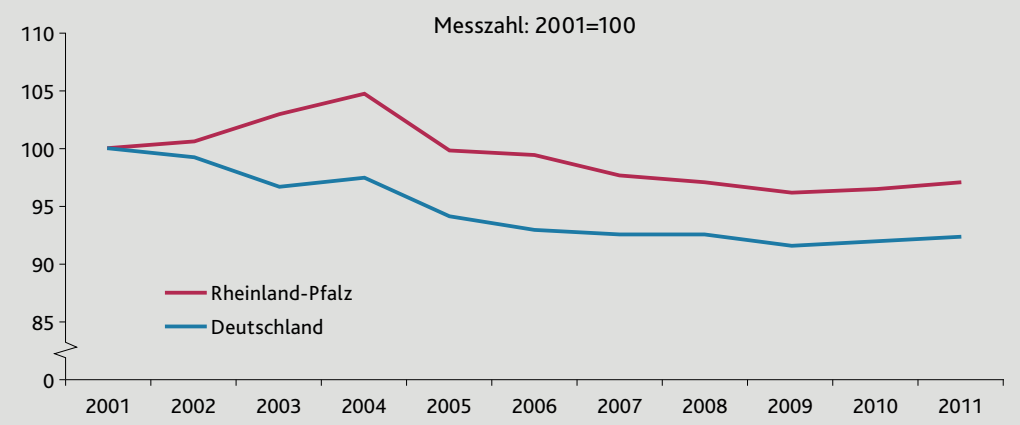
Die gesamten verkehrsbedingten Kohlendioxidemissionen sanken im Betrachtungszeitraum um 2,3 Prozent (Deutschland: –7,5 Prozent). Der extrem starke Anstieg der Emissionen im Luftverkehr geht durch das Übergewicht des Straßenverkehrs in der Gesamtbetrachtung unter.

Die Emissionen stiegen in Rheinland-Pfalz zu Anfang des Betrachtungszeitraums. Ab 2005 kam es zu einer ähnlichen Entwicklung wie in Deutschland. Es gab 2005 eine deutliche Reduktion gegenüber 2004 (–4,8 Prozent; Deutschland: –3,4 Prozent) und auch danach waren die Emissionen bis 2009 tendenziell rückläufig. Die bessere allgemeine wirtschaftliche Entwicklung nach dem Tiefpunkt 2009 führte 2010 und 2011 allerdings wieder zu einem Anstieg der Emissionen. Dieser blieb jedoch in beiden Jahren zusammen unter ein Prozent (0,9 Prozent; Deutschland: +1 Prozent).

Mittelrheintal besonders stark durch Lärmemissionen des Schienenverkehrs belastet

Über die Lärmemissionen des Verkehrs sind keine genauen flächendeckenden Informationen verfügbar. Insbesondere das Mittelrheintal ist vor allem durch den Schienengüterverkehr massiv von Lärmbelastungen betroffen. Eine weitere Quelle für gesundheitsbeeinträchtigende Lärmbelastungen ist der Fluglärm, welcher in Rheinhessen seit Ende 2011 durch die neue Landebahn Nordwest am Flughafen Frankfurt am Main stark zugenommen hat. Aber auch die Anwohnerinnen und Anwohner stark befahrener Straßen sind von Lärmemissionen betroffen. Nach den Kriterien für Lärmbelastung der EU-Umgebungslärmrichtlinie waren 2009 in Rheinland-Pfalz 1,5 Prozent der Bevölkerung einer Lärmbelastung über 65 Dezibel ausgesetzt – unabhängig von der Ursache des Lärms. Von einem Lärmpegel in der Nacht

G 6 Kohlendioxidemissionen des Verkehrs in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2001–2011



Quellen: Rheinland-Pfalz: Verursacherbilanz; Deutschland: Umweltbundesamt 2012: Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen.

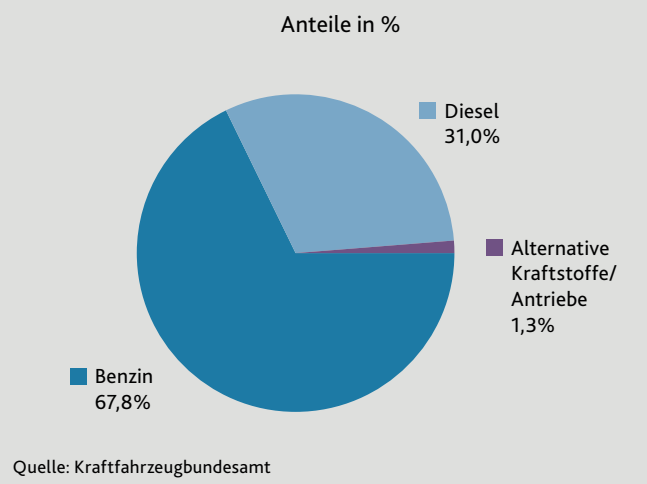
über 55 Dezibel waren 2,5 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer betroffen. Die Lärmbelastung ist nach dieser Berechnung im Vergleich der Flächenländer eher weniger stark ausgeprägt. Die Zahl der Analysegebiete ist jedoch bei der zugrunde liegenden Erhebung begrenzt gewesen, weshalb zukünftige Untersuchungen zu abweichenden Ergebnissen kommen könnten.[6]

Konventionelle Pkw weiterhin bedeutend

Anteil alternativer Kraftstoffe und Antriebe am Pkw-Bestand: 1,3 Prozent

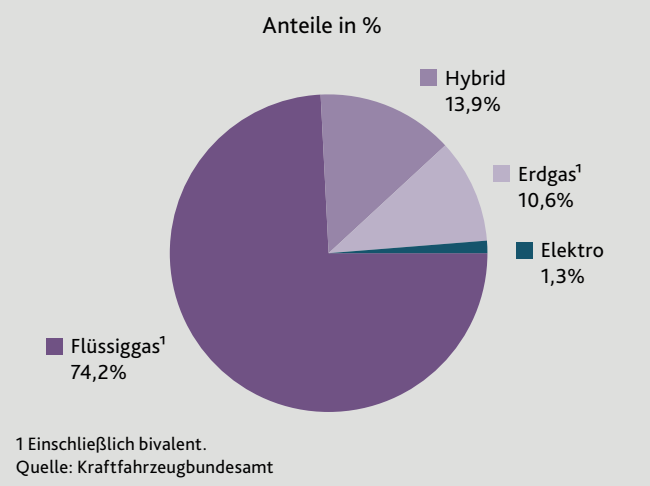
Neue Technologien mit geringeren Emissionswerten stellen möglicherweise eine Alternative zum klassischen benzin- oder dieselbetriebenen Pkw dar. Neben Flüssiggas- und Erdgasfahrzeugen werden auch reine Elektroautos sowie verschiedene Hybridformen statistisch erfasst. Hinsichtlich der direkten, d. h. im Betrieb der Fahrzeuge auftretenden, Schadstoffemissionen weisen sie meist bessere Werte auf als konventionelle Pkw. Beim Elektromotor sind zudem die Antriebsgeräusche sehr gering. Inwiefern sich diese Technologien im Alltag durchsetzen können, ist am Pkw-Bestand bisher nicht erkennbar. Der Anteil alternativer Kraftstoffe und Antriebe am Pkw-Bestand beträgt derzeit erst 1,3 Prozent (Deutschland: 1,5 Prozent). Einen Großteil davon machen Pkw aus, die mit Flüssiggas (74 Prozent) oder Erdgas (elf Prozent) betrieben werden bzw. bivalent sind, sich also meist noch klassisch betanken lassen. In Rheinland-Pfalz gab es zu Anfang des Jahres 374 Elektroautos (Deutschland: 12 156). Gemessen am gesamten Pkw-Bestand ist dies nur ein verschwindend geringer Anteil von 0,02 Prozent (Deutschland: 0,03 Prozent). Zählt man Hybridautos dazu, ergibt sich ein Anteil am gesamten Pkw-Bestand von 0,2 Prozent (Deutschland: ebenfalls 0,2 Prozent).

G 7 Pkw-Bestand 2014 nach Kraftstoffarten



Quelle: Kraftfahrzeugbundesamt

G 8 Bestand an Pkw mit alternativen Kraftstoffen/ Antrieben 2014



1 Einschließlich bivalent.
Quelle: Kraftfahrzeugbundesamt

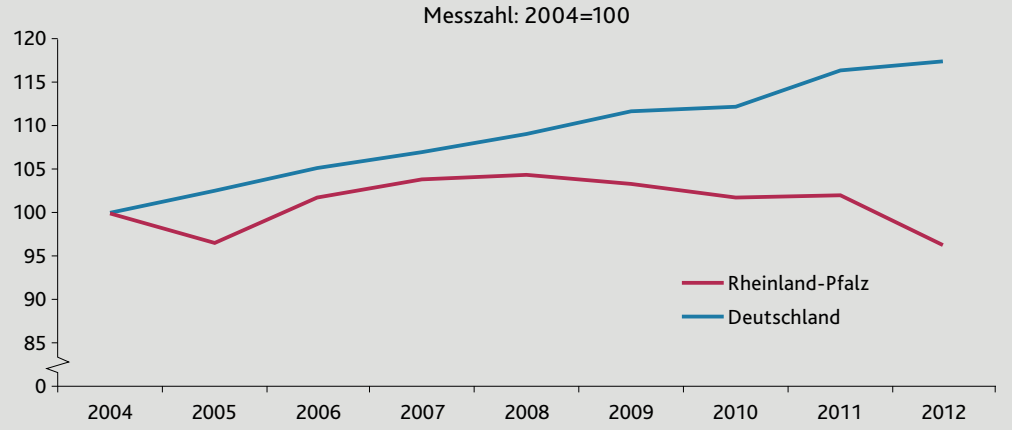
Sinkende Beförderungsleistung im öffentlichen Personennahverkehr

Auch der Personennahverkehr spiegelt noch keine Abkehr vom klassischen Pkw wider. Im öffentlichen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen ist die Beförderungsleistung je Einwohner zwischen 2004 und 2012 um 3,7 Prozent gesunken (Deutschland: +18 Prozent).[7]

6 Siehe Länderinitiative Kernindikatoren: Unter: URL: http://www.lanuv.nrw.de/liki-newsletter/index.php (abgerufen am 02.07.2014).

7 Erfasst werden alle Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Jahr 2009 befördert haben. Sie decken über 90 Prozent der Beförderungsleistung mit Bussen und Bahnen ab.

G 9 Beförderungsleistung des öffentlichen Personennahverkehrs je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2012



Statistik des Schienennahverkehrs und des gewerblichen Straßenpersonenverkehrs.

Eine Verkehrsverlagerung zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs hat somit in Rheinland-Pfalz nicht stattgefunden.

Busverkehr 2012: –16 Prozent

Typischerweise nutzen viele Schülerinnen und Schüler den öffentlichen Nahverkehr. Einer der Gründe für die geringer werdende Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs könnten sinkende Schülerzahlen sein. Zwischen den Schuljahren 2004/2005 und 2011/2012 verringerte sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen um etwa zehn Prozent. Der Einbruch bei der Beförderungsleistung 2012 (–5,7 Prozent) wurde durch den Busverkehr verursacht (–16 Prozent). Der Personennahverkehr mit Eisenbahnen stieg dagegen um 6,4 Prozent.

Fazit

In Rheinland-Pfalz ist der wichtigste Verkehrsträger für den Gütertransport die Straße und auch beim Personentransport ist der Pkw weiterhin das Hauptverkehrsmittel. In keinem anderen Bundesland gibt es ein dichteres Straßennetz. Bei einem sehr hohen Pkw-Bestand und abnehmenden Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr insgesamt ist aktuell kein Trend zur Verkehrsverlagerung ablesbar. Die Eisenbahn hat als Verkehrsmittel jedoch an Bedeutung gewonnen.

Dr. Ninja Mariette Lehnert ist Referentin im Referat „Analysen“.

Handwerkszählung 2011

Von Rainer Klein und Simone Emmerichs

Im Jahr 2011 waren in Rheinland-Pfalz rund 30 300 Unternehmen im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk tätig. Sie erwirtschafteten insgesamt einen Umsatz von 25,5 Milliarden Euro. In den Handwerksunternehmen waren gut 247 400 Personen beschäftigt.

Das rheinland-pfälzische Handwerk ist traditionell kleinbetrieblich strukturiert. In 60 Prozent der Unternehmen sind weniger als fünf Personen tätig. Die wenigen großen Unternehmen – nur 1,9 Prozent haben 50 und mehr Beschäftigte – erwirtschafteten 2011 aber mehr als 40 Prozent des Gesamtumsatzes.

Entlastung der Unternehmen und Ausweitung des Informationsangebotes

Handwerksunternehmen vollständig von Auskunftspflicht entlastet

In früheren Jahrzehnten wurden in größeren zeitlichen Abständen mit konventionellen Handwerkszählungen Strukturmerkmale aller selbstständigen Handwerksunternehmen ermittelt. Mit der im Jahr 2008 etablierten unterjährigen Verwaltungsdatenverwendung, aus der die Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung generiert werden, und der erstmals im Jahr 2011 für das Berichtsjahr 2008 durchgeführten jährlichen Registerauswertung ging in den Handwerksstatistiken ein grundlegender Systemwechsel einher. Die Umstellung befreite die Handwerksunternehmen gänzlich von ihrer Berichtspflicht. Zudem umfassen die Auswertungen neben den Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks auch die Unternehmen des zulassungsfreien Handwerks. Darüber hinaus können die Auswertungen jährlich erfolgen, sodass Ergebnisse nicht wie bisher nur alle acht bis zehn Jahre vorliegen.

Handwerksunternehmen finden sich in allen Wirtschaftsbereichen

Handwerksunternehmen sind in nahezu allen Wirtschaftsbereichen tätig. Sie sind nicht nur im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe, sondern auch im Handel und in den Dienstleistungsbereichen anzutreffen.

Die Gewerbezweige des zulassungspflichtigen Handwerks sind in der Anlage A, die des zulassungsfreien Handwerks in der Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung genannt.

Nur selbstständige Handwerksunternehmen sind Gegenstand der Analyse

In der Handwerkszählung werden weiterhin nur selbstständige Handwerksunternehmen berücksichtigt. Angaben zu handwerklichen Nebenbetrieben und zu innerbetrieblichen handwerklichen Abteilungen werden nicht einbezogen. Ein handwerklicher Nebenbetrieb ist z. B. bei einem Kaufhaus gegeben, das eine eigene, unselbstständige Fleischereiabteilung betreibt. Eine innerbetriebliche handwerkliche Abteilung unterhält beispielsweise ein großes Energieversorgungsunternehmen, das für die Ausbildung von Lehrlingen einen Meister beschäftigt und deshalb in der Handwerksrolle eingetragen ist.

Zulassungspflichtiges und zulassungsfreies Handwerk

Am 1. Januar 2004 trat eine novellierte Handwerksordnung in Kraft. Seitdem gibt es im Handwerk neben zulassungspflichtigen auch zulassungsfreie Gewerbezweige, bei denen der Meisterzwang entfallen ist. Die Gewerbegruppen und Gewerbezweige des zulassungspflichtigen und des zulassungsfreien Handwerks werden gemäß den §§ 1 und 18 der Handwerksordnung (HwO) bestimmt.

Ein Gewerbe ist ein zulassungspflichtiges Handwerk, wenn zu dessen selbstständiger Ausübung in der Regel ein Meisterbrief notwendig ist. Diese 41 Berufe sind in der Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt. Ein zulassungsfreies Handwerk kann ohne einen Qualifikationsnachweis, wie den Meisterbrief, selbstständig betrieben werden. In diesen Berufen kann jedoch ein Meisterbrief erworben werden. Die 52 zulassungsfreien Handwerksberufe sind in der Anlage B, Abschnitt 1 der Handwerksordnung aufgeführt.

Jedes sechste Unternehmen ist ein Handwerksunternehmen

Umsatz- und Beschäftigungsniveau des Vorjahres übertroffen

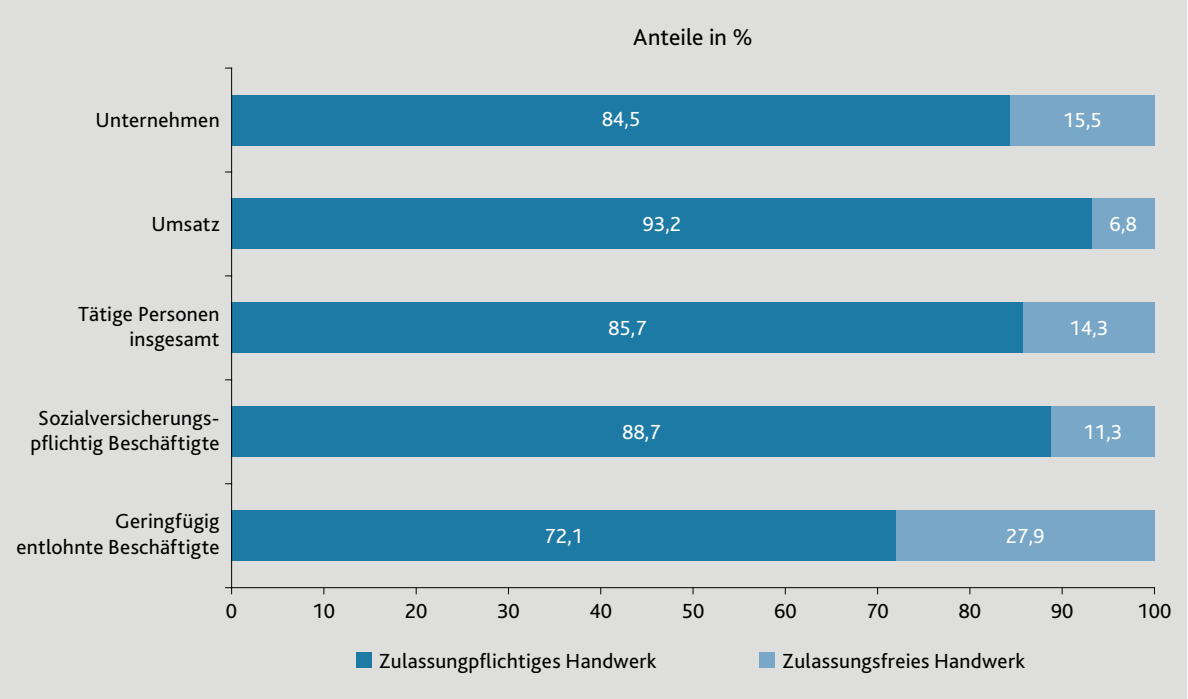
Im Jahr 2011 gab es in Rheinland-Pfalz rund 30 300 Handwerksunternehmen. Sie erzielten einen Umsatz von 25,5 Milliarden Euro. Das Handwerk trug damit gut zwölf Prozent zum Wert der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Rheinland-Pfalz bei. Die Handwerksunternehmen beschäftigten Ende 2011 gut 247 400 Personen. Darunter waren 178 600 sozialversicherungspflichtig und 37 000 geringfügig entlohnte Beschäftigte. Annähernd 16 Prozent aller in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren in Handwerksunternehmen tätig. Zu den tätigen Personen gehören außerdem tätige Inhaberinnen bzw. Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen bzw. Gesellschafter sowie mithelfende Familienangehörige. Je Unternehmen waren im Mittel acht Personen beschäftigt. Der Umsatz, der pro Person im Durchschnitt erwirtschaftet wurde, lag bei gut 103 000 Euro. Das Handwerk erzielte im Jahr 2011 ein Umsatzplus von 7,6 Prozent. Im Jahr 2010, dem Jahr nach der Wirtschaftskrise, war der Umsatz noch vergleichsweise moderat um 1,1 Prozent gestiegen.

Großteil der Unternehmen gehört dem zulassungspflichtigen Handwerk an

Nach Umstellung stehen auch Daten zum zulassungsfreien Handwerk zur Verfügung

Seit der Änderung der Handwerksordnung im Jahr 2004 umfasst das zulassungspflichtige Handwerk genau 41 Gewerbezweige, für deren selbstständige Ausübung die Eintragung in die Handwerksrolle vorgeschrieben ist. Voraussetzung hierfür ist eine bestandene Meisterprüfung oder eine vergleichbare Qualifikation. Für das zulassungsfreie Handwerk, das 52 Gewerbezweige umfasst, ist eine solche Qualifikation nicht zwingend erforderlich. In der vierteljährlichen Hand-

G 1 Handwerksunternehmen 2011 nach zulassungspflichtigem und zulassungsfreiem Handwerk



werksberichterstattung werden Daten lediglich für das zulassungspflichtige Handwerk dargestellt; durch die jährliche Registerauswertung stehen aber auch Zahlen für das zulassungsfreie Handwerk zur Verfügung.

Von den 30 300 Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz waren 25 600 zulassungspflichtig (84,5 Prozent) und 4 700 zulassungsfrei (15,5 Prozent). Mit 23,8 Milliarden Euro wurden gut 93 Prozent des gesamten Umsatzes in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen erwirtschaftet. Auf das zulassungsfreie Handwerk entfielen lediglich 6,8 Prozent (1,7 Milliarden Euro).

Relativ viele geringfügig Beschäftigte im zulassungsfreien Handwerk

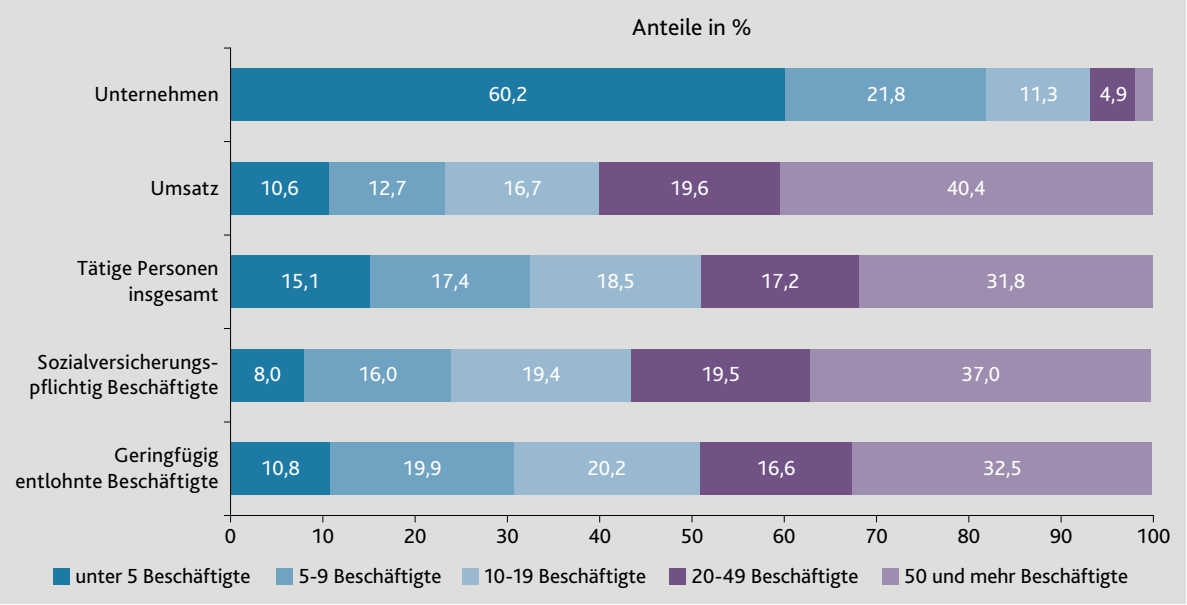
Von den insgesamt 247 400 Beschäftigten waren 212 000 Personen (86 Prozent) im zulassungspflichtigen Handwerk tätig, im zulassungsfreien Handwerk waren es 35 400 (14 Prozent). Hierzu zählen neben den Beschäftigten auch die tätigen Inhaberinnen und Inhaber. Von den geringfügig Beschäftigten arbeiteten 28 Prozent im zulassungsfreien Handwerk; während 72 Prozent im zulassungspflichtigen Handwerk ihre Arbeitsstätte hatten.

Handwerk traditionell kleinbetrieblich strukturiert

1,9 Prozent der Unternehmen erwirtschaften gut 40 Prozent des Umsatzes

Das Handwerk ist vor allem durch viele kleine Unternehmen gekennzeichnet. In 60 Prozent der Unternehmen arbeiteten 2011 weniger als fünf Personen. Rund 15 Prozent aller Handwerksbeschäftigten fanden hier ihren Arbeitsplatz. Der Umsatzanteil lag bei elf Prozent. Fünf bis 49 Personen waren in 38 Prozent der Unternehmen tätig, sie stellten einen Anteil von 53 Prozent an allen in Handwerksunternehmen Beschäftigten. Auf diese Unternehmen entfiel fast die Hälfte (49 Prozent) des gesamten Umsatzes. In nur 1,9 Prozent der Handwerksunternehmen arbeiteten 50 und mehr Personen. Sie beschäftig-

G 2 Handwerksunternehmen 2011 nach Beschäftigtengrößenklassen



Handwerkszählung

Die Ergebnisse der Handwerkszählung werden aus dem Unternehmensregister gewonnen. In diesem sind verschiedene administrative Daten wie z. B. der Bundesagentur für Arbeit und der Finanzverwaltung zusammengeführt:

Die **Umsatzdaten** der Finanzverwaltungen der Länder basieren auf den Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen. Die Umsätze von Kleinunternehmen (Umsatz bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr) und Umsätze von Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht, sind nicht enthalten (sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten).

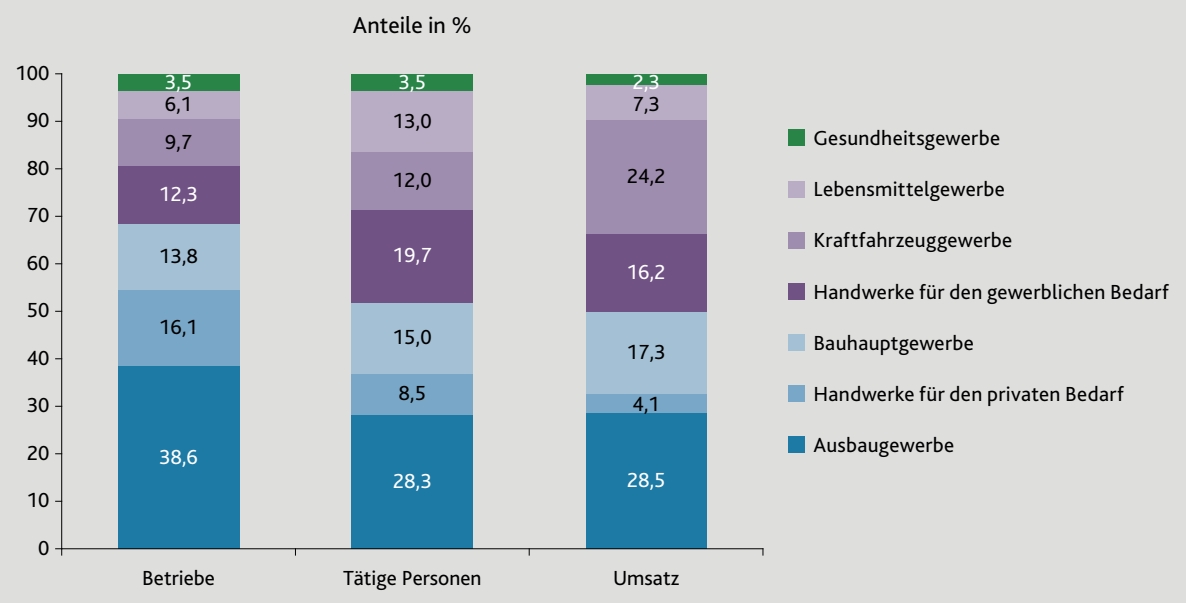
Die **Beschäftigtenangaben** der Bundesagentur für Arbeit beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte zählen nicht zu den Beschäftigten. Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte" ist zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Ausgewertet werden die Angaben aller über das Unternehmensregister identifizierten Handwerksunternehmen. Die Ergebnisse der Handwerkszählung beinhalten somit keine Angaben zum handwerksähnlichen Gewerbe sowie zu Unternehmen, deren Jahresumsatz unter 17 500 Euro liegt und die gleichzeitig keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Es werden nur selbstständige Handwerksunternehmen einbezogen.

Um die Handwerkszählung durch eine Auswertung des Unternehmensregisters zu ersetzen, wurde das Handwerkstatistikgesetz geändert. Diese Änderung erfolgte im Rahmen des Dritten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz, kurz: MEG III) und dient der Abschaffung der traditionellen Handwerkszählung sowie der Festlegung jährlich wiederkehrender Registerauswertungen.

Rechtsgrundlage ist das Gesetz über Statistiken im Handwerk (Handwerksstatistikgesetz – HwStatG) vom 7. März 1994 (BGBl. I S. 417), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Dritten Mittelstandsentlastungsgesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).

G 3 Struktur des Handwerks 2011 nach Gewerbegruppen, Anzahl der Betriebe und der tätigen Personen sowie Umsatz



ten insgesamt 32 Prozent der Arbeitskräfte des rheinland-pfälzischen Handwerks und erzielten 40 Prozent des Gesamtumsatzes.

Gut drei Viertel der zulassungsfreien Handwerksunternehmen haben weniger als fünf Mitarbeiter

Bei den zulassungsfreien Handwerken ist der Anteil der Kleinstunternehmen besonders hoch: Gut drei Viertel der Unternehmen beschäftigen weniger als fünf Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Der Anteil der zulassungsfreien Unternehmen mit 50 und mehr Personen macht 2,1 Prozent aus. Andererseits entfallen auf diese aber 51 Prozent aller im zulassungsfreien Handwerk tätigen Personen.

Jedes zweite Handwerksunternehmen ist im Baugewerbe tätig

Die Unternehmen des Handwerks sind – abhängig vom ausgeübtem Gewerbe – in sieben Gewerbegruppen gegliedert, wobei den Gewerbegruppen „Kraftfahrzeuggewerbe" und „Gesundheitsgewerbe" keine Gewerbezweige des zulassungsfreien Handwerks zugeordnet sind.

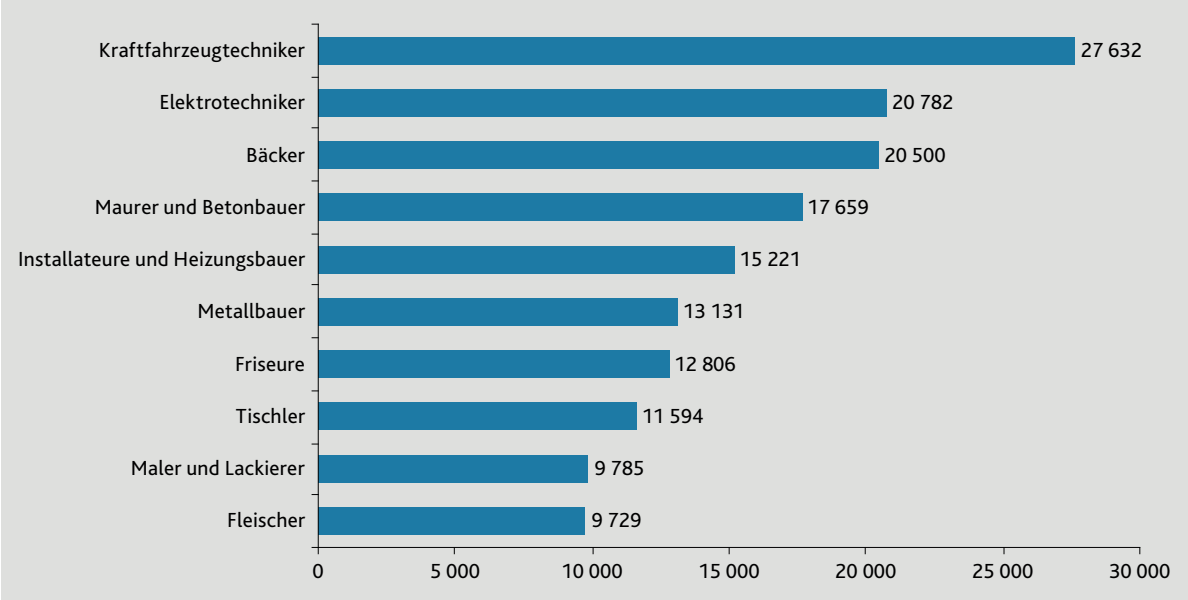
Ausbaugewerbe ist stärkste Gewerbegruppe

Das Ausbaugewerbe stellt im Hinblick auf die Zahl der Unternehmen, die Höhe des Umsatzes und die Anzahl der tätigen Personen die größte Gewerbegruppe dar. Es umfasste 2011 in Rheinland-Pfalz 11 690 Unternehmen, die insgesamt einen Umsatz von 7,27 Milliarden Euro erwirtschafteten und in denen 70 000 Personen tätig waren. Im Ausbaugewerbe waren je Unternehmen durchschnittlich sechs Personen beschäftigt. Der Durchschnittsumsatz pro tätiger Person lag bei 103 869 Euro. An zweiter Stelle standen – gemessen an der Unternehmenszahl – die Handwerke für den privaten Bedarf (4 880 Unternehmen), gefolgt von Unternehmen des Bauhauptgewerbes (4 170). Insgesamt ist somit jedes zweite Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz im Baugewerbe tätig. Rund 3 700 Unternehmen gehörten der Gewerbegruppe „Handwerke für den gewerblichen Bedarf" an. Es folgten das Kraftfahrzeuggewerbe (2 930), das Lebensmittelgewerbe (1 850) sowie das Gesundheitsgewerbe (1 060).

Handwerk nach Gewerbegruppen und Gewerbezweigen ab Berichtsjahr 2011

Zulassungspflichtiges Handwerk	Zulassungsfreies Handwerk
Bauhauptgewerbe	
■ Maurer und Betonbauer ■ Zimmerer ■ Dachdecker ■ Straßenbauer ■ Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer ■ Brunnenbauer ■ Gerüstbauer	■ Betonstein- und Terrazzohersteller
Ausbaugewerbe	
■ Ofen- und Luftheizungsbauer ■ Stuckateure ■ Maler und Lackierer ■ Klempner ■ Installateur und Heizungsbauer ■ Elektrotechniker ■ Tischler ■ Glaser	■ Fliesen-, Platten- und Mosaikleger ■ Estrichleger ■ Parkettleger ■ Rolladen- und Sonnenschutztechniker ■ Raumausstatter
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	
■ Metallbauer ■ Chirurgiemechaniker ■ Feinwerkmechaniker ■ Kälteanlagenbauer ■ Informationstechniker ■ Landmaschinenmechaniker ■ Büchsenmacher ■ Elektromaschinenbauer ■ Seiler ■ Glasbläser und Glasapparatebauer	■ Behälter- und Apparatebauer ■ Metallbildner ■ Galvaniseure ■ Metall- und Glockengießer ■ Schneidwerkzeugmechaniker ■ Modellbauer ■ Böttcher ■ Gebäudereiniger ■ Glasveredler ■ Feinoptiker ■ Glas- und Porzellanmaler ■ Edelsteinschleifer und -graveure ■ Buchbinder ■ Drucker ■ Siebdrucker ■ Flexografen ■ Schilder- und Lichtreklamehersteller
Kraftfahrzeuggewerbe	
■ Karosserie- und Fahrzeugbauer ■ Zweiradmechaniker ■ Kraftfahrzeugtechniker ■ Mechaniker für Reifen- und Vulkanisationstechnik	
Lebensmittelgewerbe	
■ Bäcker ■ Konditoren ■ Fleischer	■ Müller ■ Brauer und Mälzer ■ Weinküfer
Gesundheitsgewerbe	
■ Augenoptiker ■ Hörgeräteakustiker ■ Orthopädietechniker ■ Orthopädieschuhmacher ■ Zahntechniker	
Handwerke für den privaten Bedarf	
■ Steinmetzen und Steinbildhauer ■ Schornsteinfeger ■ Boots- und Schiffbauer ■ Friseure	Uhrmacher, Graveure, Gold- und Silberschmiede, Drechsler (Elfenbeinschnitzer) und Holzspielzeugmacher, Holzbildhauer, Korb- und Flechtwerkgestalter, Maßschneider, Textilgestalter (Sticker, Weber, Klöppler, Posamentierer, Stricker), Modisten, Segelmacher, Kürschner, Schuhmacher, Sattler- und Feintäschner, Textilreiniger, Wachszieher, Fotografen, Keramiker, Orgel- und Harmoniumbauer, Klavier- und Cembalobauer, Handzuginstrumentenmacher, Geigenbauer, Bogenmacher, Metallblasinstrumentenmacher, Holzblasinstrumentenmacher, Zupfinstrumentenmacher, Vergolder

G 4 Tätige Personen im zulassungspflichtigen Handwerk 2011 nach den zehn häufigsten Berufen



Produktivität im Kraftfahrzeuggewerbe am höchsten

Werden die Zahl der tätigen Personen und der Umsatz in Relation zueinander betrachtet, ergibt sich ein anderes Bild. Gewerbezweige mit einem hohen Automatisierungsgrad und einer hohen Kapitalintensität erzielen mit vergleichsweise wenigen Beschäftigten hohe Umsätze. So erreichte das kapitalintensive Kraftfahrzeuggewerbe einen Umsatz von 207 555 Euro pro Kopf. Am niedrigsten waren die Umsätze mit 49 214 Euro je Beschäftigten dagegen bei den Handwerken für den privaten Bedarf. Im Durchschnitt aller Handwerksunternehmen lag der Umsatz 2011 bei 103 031 Euro je tätiger Person.

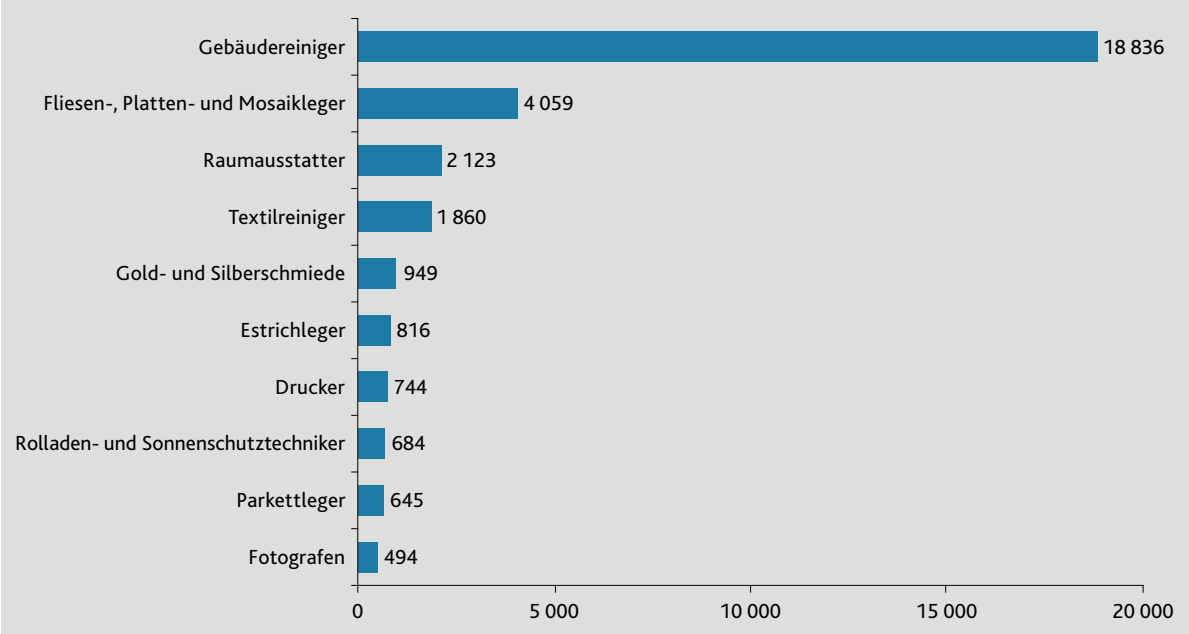
Kraftfahrzeugtechnik wichtigster Gewerbezweig im zulassungspflichtigen Handwerk

Im **zulassungspflichtigen Handwerk** stellte das Ausbaugewerbe mit 61 672 tätigen Personen ebenfalls die stärkste Gewerbegruppe dar. Hierzu gehören beispielsweise Elektrotechniker, Installateure und Heizungsbauer, Tischler sowie Maler und Lackierer. Auf den nächsten Plätzen folgten das Bauhauptgewerbe mit 36 913, das Lebensmittelgewerbe mit 31 661, das Kraftfahrzeuggewerbe mit 29 766 und die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit 27 322 tätigen Personen.

Die Handwerke für den privaten Bedarf sind gemessen an der Anzahl der tätigen Personen die zweitkleinste, gemessen an der Zahl der Unternehmen aber die drittgrößte Gewerbegruppe. Hierzu gehören beispielsweise Friseure, Schornsteinfeger sowie Steinmetze und Steinbildhauer. Mit durchschnittlich vier tätigen Personen je Unternehmen werden die Handwerke für den privaten Bedarf stärker als die anderen Gewerbegruppe von kleinen Unternehmen geprägt. Im Ranking der Handwerksberufe des zulassungspflichtigen Handwerks standen Kraftfahrzeugtechniker mit 27 632 Personen auf Platz eins, gefolgt von Elektrotechnikern (20 782), Bäckern (20 500) sowie Maurern bzw. Betonbauern (17 659).

Im **zulassungsfreien Handwerk** stellten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit 21 461 tätigen Personen die stärkste Gewerbegruppe dar. Hierzu zählen vor

G 5 Tätige Personen im zulassungsfreien Handwerk 2011 nach den zehn häufigsten Berufen



Gebäudereiniger dominieren das zulassungsfreie Handwerk

allem Gebäudereiniger, aber auch Drucker, Schilder- und Lichtreklamehersteller oder Modellbauer. Das Ausbaugewerbe war gemessen an der Zahl der tätigen Personen die zweitgrößte Gruppe des zulassungsfreien Handwerks (8 327 tätige Personen). Das Ausbaugewerbe wird insbesondere von Fliesen-, Platten- und Mosaiklegern sowie von Raumausstattern geprägt. An dritter Stelle lagen 2011 die Handwerke für den privaten Bedarf mit 4 955 Beschäftigten. Hierzu gehören Textilreiniger, Gold- und Silberschmiede, Fotografen, Uhrmacher und Maßschneider. Es folgten mit Abstand das Lebensmittelgewerbe mit 446 und das Bauhauptgewerbe mit 208 tätigen Personen.

Im Ranking der Handwerksberufe des zulassungsfreien Handwerks standen Gebäudereiniger mit 18 836 Personen auf Platz eins, gefolgt von Fliesen-, Platten- und Mosaiklegern (4 059), Raumausstattern (2 123), Textilreinigern (1 860) sowie Gold- und Silberschmieden (949).

Viele geringfügig Beschäftigte im zulassungsfreien Handwerk

Ein Viertel der Beschäftigten im Lebensmittelgewerbe geringfügig entlohnt

In den verschiedenen Gewerbezweigen des zulassungspflichtigen Handwerks fällt der Anteil der geringfügig entlohnten Beschäftigten an den tätigen Personen sehr unterschiedlich aus. Während im Jahr 2011 im Lebensmittelgewerbe 26 Prozent geringfügig entlohnt wurden, war im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe lediglich ein Wert von zwölf Prozent zu verzeichnen. Zum Bauhauptgewerbe zählen im zulassungsfreien Handwerk alleine die Betonstein- und Terrazzohersteller.

Insgesamt lag der Anteil der geringfügig entlohnten Beschäftigten im zulassungspflichtigen Handwerk im Durchschnitt bei knapp 13 Prozent.

Von den insgesamt 35 397 Personen, die Ende 2011 in den zulassungsfreien Handwerksunternehmen arbeiteten, waren 20 180 sozialversicherungspflichtig und

T 1 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2011 nach Verwaltungsbezirken und Handwerkskammerbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis Handwerkskammerbezirk	Handwerksunternehmen		Tätige Personen am 31.12.2011					Umsatz[2]	
				darunter					
	insgesamt	je 10 000 Einwohner/-innen	insgesamt[1]	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnte Beschäftigte	je Unternehmen	je 10 000 Einwohner/-innen	insgesamt	je tätige Person
	Anzahl							Mill. EUR	EUR
Frankenthal (Pfalz)	271	57,7	2 167	1 556	329	8	461	211 543	97 620
Kaiserslautern, St.	548	54,9	9 452	7 346	1 532	17	947	(1 049 565)	(111 042)
Koblenz, St.	679	63,7	7 711	5 896	1 088	11	723	894 967	116 064
Landau i. d .Pfalz, St.	309	70,3	3 006	2 377	309	10	684	286 816	95 415
Ludwigshafen a. Rh., St.	804	48,6	10 811	8 258	1 712	13	653	851 902	78 800
Mainz, St.	990	49,3	9 146	6 708	1 382	9	455	929 293	101 606
Neustadt a. d. Weinstr., St.	416	78,6	3 210	2 383	384	8	606	353 141	110 013
Pirmasens, St.	344	86,0	4 415	3 437	609	13	1 104	378 098	85 639
Speyer, St.	340	68,0	2 621	1 938	321	8	524	325 231	124 087
Trier, St.	608	57,5	7 461	5 998	809	12	706	828 446	111 037
Worms, St.	527	64,3	3 727	2 577	604	7	455	305 599	81 996
Zweibrücken, St.	220	65,1	1 809	1 357	216	8	535	172 313	95 253
Ahrweiler	1 173	92,2	6 714	4 511	973	6	528	662 984	98 746
Altenkirchen (Ww.)	1 015	77,6	8 600	6 028	1 519	8	657	1 052 722	122 410
Alzey-Worms	981	78,7	8 070	5 956	1 085	8	648	1 281 850	158 841
Bad Dürkheim	1 052	79,5	6 936	4 811	1 033	7	524	711 845	102 630
Bad Kreuznach	1 188	76,4	9 320	6 706	1 356	8	600	825 263	88 548
Bernkastel-Wittlich	979	89,1	9 293	6 821	1 437	9	845	893 691	96 168
Birkenfeld	750	90,9	5 881	4 313	774	8	713	633 263	107 679
Cochem-Zell	587	93,3	4 729	3 224	875	8	751	366 963	77 598
Donnersbergkreis	596	79,0	3 310	2 187	499	6	438	296 873	89 690
Eifelkreis Bitburg-Prüm	820	87,4	7 644	5 756	1 036	9	815	880 642	115 207
Germersheim	865	69,2	6 302	4 476	926	7	504	587 918	93 291
Kaiserslautern	932	89,1	6 316	4 486	864	7	604	545 984	86 445
Kusel	532	74,0	3 116	1 992	572	6	434	244 017	78 311
Mainz-Bingen	1 459	71,9	9 283	6 343	1 393	6	458	813 138	87 594
Mayen-Koblenz	1 679	80,1	13 400	9 293	2 333	8	639	1 536 445	114 660
Neuwied	1 552	86,0	11 232	7 740	1 849	7	622	1 176 417	104 738
Rhein-Hunsrück-Kreis	886	87,6	7 247	5 315	1 012	8	716	807 301	111 398
Rhein-Lahn-Kreis	949	77,4	7 525	5 524	1 002	8	614	855 179	113 645
Rhein-Pfalz-Kreis	1 017	68,2	6 912	4 676	1 183	7	464	840 120	121 545
Südliche Weinstraße	944	86,7	5 930	4 079	869	6	545	596 950	100 666
Südwestpfalz	902	91,9	4 890	3 297	646	5	498	418 405	85 563
Trier-Saarburg	1 087	76,0	9 372	6 872	1 356	9	656	722 879	77 132
Vulkaneifel	530	87,4	3 914	2 655	698	7	645	348 962	89 157
Westerwaldkreis	1 748	88,4	15 955	11 745	2 372	9	807	1 805 898	113 187
Handwerkskammerbezirke									
Koblenz	12 206	82,6	98 314	70 295	15 153	8	666	10 617 402	107 995
Pfalz	10 092	72,2	81 203	58 656	12 004	8	581	7 870 721	96 926
Rheinhessen	3 957	64,8	30 226	21 584	4 464	8	495	3 329 880	110 166
Trier	4 024	78,4	37 684	28 102	5 336	9	735	3 674 620	97 511
Rheinland-Pfalz	30 279	75,7	247 427	178 637	36 957	8	619	25 492 623	103 031

1 Einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt). – 2 Mit geschätzen Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer.
( ) Die in Klammern gesetzten Umsatzzahlen sind aufgrund des Schätzanteils für Unternehmen, die einer steuerrechtlichen Organschaft angehören, im Aussagewert eingeschränkt.

Fast drei von zehn Beschäftigten im zulassungsfreien Handwerk werden geringfügig entlohnt

10 317 geringfügig entlohnt beschäftigt. Damit war ein relativ hoher Anteil der geringfügig entlohnten Beschäftigten des Handwerks in zulassungsfreien Gewerbezweigen tätig (Durchschnitt: 29 Prozent). Ursächlich hierfür ist die große Anzahl der geringfügig Beschäftigten bei den Gebäudereinigern. 42 Prozent der insgesamt 18 836 Beschäftigten in diesem Gewerbezweig war geringfügig beschäftigt.

Rund 40 Prozent der Handwerksunternehmen im Bezirk Koblenz ansässig

In Rheinland-Pfalz gibt es vier Handwerkskammerbezirke: Koblenz, Pfalz, Trier und Rheinhessen. Im Kammerbezirk Koblenz waren 2011 gut 40 Prozent der rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen ansässig, die insgesamt 42 Prozent des Umsatzes erwirtschafteten. Rund 40 Prozent der Beschäftigten waren dort tätig. Der anteilsmäßig kleinste Kammerbezirk ist Rheinhessen: Jeweils 13 Prozent der Unternehmen und des Umsatzes sowie zwölf Prozent der Beschäftigten entfielen auf diesen Bezirk.

Kammerbezirk Rheinhessen: Höchster Umsatz je Beschäftigten

Auch bezogen auf die Einwohnerzahl gibt es die meisten Handwerksunternehmen im Kammerbezirk Koblenz. Auf 10 000 Einwohner kommen hier rund 83 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Trier sind es 78, im Kammerbezirk Pfalz 72 und im Kammerbezirk Rheinhessen 65. Die bezogen auf die Einwohnerzahl meisten tätigen Personen hat das Handwerk mit 735 je 10 000 Einwohner im Bezirk Trier, gefolgt vom Bezirk Koblenz mit 666. Im Kammerbezirk Pfalz kommen auf 10 000 Einwohner 581 in Handwerksunternehmen tätige Personen, im Bezirk Rheinhessen sind es 495.

Während die durchschnittliche Beschäftigtenzahl je Unternehmen in den Bezirken Koblenz, Pfalz und Rheinhessen dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt entspricht (acht Personen je Unternehmen), sind im Bezirk Trier durchschnittlich neun Personen in Handwerksunternehmen tätig. Überdurchschnittlich hohe Umsätze je tätige Person werden in den Handwerksunternehmen der Kammerbezirke Rheinhessen (110 166 Euro) und Koblenz (107 995 Euro) erwirtschaftet.

Viele Handwerksunternehmen im Westerwaldkreis

Im Vergleich der Verwaltungsbezirke sind im Westerwaldkreis die meisten Handwerksunternehmen anzutreffen: Im Jahr 2011 waren hier 1 748 Unternehmen ansässig. Sie erwirtschafteten insgesamt einen Umsatz von 1,81 Milliarden Euro. In diesen Unternehmen waren insgesamt 15 955 Personen tätig.

Bezogen auf die Zahl der Einwohner wurden die meisten Handwerksunternehmen im Landkreis Cochem-Zell (93 je 10 000 Einwohner) registriert. Im Vergleich der kreisfreien Städte erreichte Pirmasens mit 86 Unternehmen je 10 000 Einwohner den höchsten Wert. Hier wurden zudem die meisten handwerklich tätigen Personen je 10 000 Einwohner nachgewiesen. Die wenigsten Unternehmen je 10 000 Einwohner befanden sich 2011 in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein (49). Der Rhein-Pfalz-Kreis (68) wies unter den Landkreisen den niedrigsten Wert aus. Unter den Landkreisen wurden die meisten tätigen Personen je 10 000 Einwohner für den Landkreis Bernkastel-Wittlich (845) ermittelt.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Unternehmensstatistiken“. Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH) ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Stimmung in den Unternehmen verschlechtert sich weiter

Geschäftsklimaindex fällt zum dritten Mal in Folge

Im Juli hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft zum dritten Mal in Folge verschlechtert. Der ifo Geschäftsklimaindex sank von 109,7 auf 108 Punkte. Sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate gaben kräftig nach: Der Lageindex fiel um 1,9 und der Erwartungsindex um 1,4 Punkte. In allen vier Bereichen der gewerblichen Wirtschaft (Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Groß- und Einzelhandel) trübte sich das Geschäftsklima ein.

ZEW-Index sinkt weiter

Auch die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten, die monatlich vom ZEW Mannheim befragt werden, setzten ihren Abwärtstrend fort. Der ZEW-Index sank um 2,7 auf 27,1 Punkte.

Die Stimmung in der Wirtschaft wird zurzeit vor allem durch die weltpolitische Lage geprägt (u. a. durch die Krise in der Ukraine). Deshalb sehen Konjunkturexperten momentan noch keine große Gefahr für den Aufschwung in Deutschland, wohl aber eine vorübergehende Stockung.

Konsumklima steigt

Die Stimmung der Verbraucher in Deutschland ist weiterhin sehr robust. Das GfK Konsumklima entwickelte sich im Juli günstig. Die Einkommenserwartung der Verbraucher erreichte einen Höchststand. Die Konjunkturerwartung blieben auf hohem Niveau fast unverändert. Nur bei der Anschaffungsneigung gab es eine Einbuße. Der Prognosewert des GfK-Konsumklimas für August stieg leicht auf neun Punkte.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge rückläufig

Für das Verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz zeigen die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren, im Berichtsmonat Mai 2014 einen Rückgang der Produktion gegenüber dem Vormonat an. Außerdem gingen weniger Aufträge ein. Dies ist auf eine Abschwächung der Nachfrage aus dem Inland zurückzuführen; die Bestellungen aus dem Ausland nahmen leicht zu.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: –1,8 Prozent

Im Mai 2014 fiel der Index der Industrieproduktion preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,8 Prozent niedriger aus als im April. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Güterausstoß rückläufig (–1,4 Prozent).

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: –3,6 Prozent

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie von großer Bedeutung. Sie hatte 2013 einen Anteil am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 56 Prozent und ist somit die mit Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe. Im Mai wurden preis-, kalender- und saisonbereinigt 3,6 Prozent weniger Vorleistungsgüter hergestellt als im Monat zuvor. Gegenüber Mai 2013 war der Output um 2,1 Prozent geringer.

Produktion in der Investitionsgüterindustrie: +1,9 Prozent

Allein die Investitionsgüterindustrie, die etwa ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, verzeichnete im Berichtsmonat einen Produktionsanstieg gegenüber dem Vormonat (+1,9 Prozent). Im Vergleich zum Mai 2013 sank der Güterausstoß allerdings um 2,3 Prozent.

In der Konsumgüterindustrie, die einen Umsatzanteil von 18 Prozent hat, ging die Pro-

Produktion in der Konsumgüterindustrie: –4,8 Prozent

duktion im Mai preis-, kalender- und saisonbereinigt um 4,8 Prozent zurück. Trotzdem konnten die Konsumgüterhersteller ihren Output gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,7 Prozent steigern.

Produktion in der Chemischen Industrie: –5 Prozent

Die größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie zeigten im Mai 2014 unterschiedliche Entwicklungstendenzen. In der Chemischen Industrie, der mit einem Umsatzanteil von einem Drittel bedeutendsten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, sank der bereinigte Produktionsindex um fünf Prozent im Vergleich zum Vormonat. Gegenüber Mai 2013 ging der Output dieser Branche, die überwiegend Vorleistungsgüter herstellt, um vier Prozent zurück.

Produktion im Fahrzeugbau: +6,9 Prozent

Der Fahrzeugbau ist mit einem Umsatzanteil von 14 Prozent die zweitgrößte Branche im Verarbeitenden Gewerbe des Landes. In diesem Bereich, der zur Investitionsgüterindustrie gezählt wird, stieg die Produktion im Mai preis-, kalender- und saisonbereinigt um 6,9 Prozent. Allerdings lag der Güterausstoß um 3,7 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Produktion im Maschinenbau: +3,5 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls Teil der Investitionsgüterindustrie ist und 2013 neun Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuerte, wurden im Berichtsmonat 3,5 Prozent mehr Güter produziert als im Vormonat. Gegenüber Mai 2013 erhöhte sich der Output um 9,2 Prozent.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe: –0,7 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der Auftragseingangsindex lag im Mai preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Ursache hierfür ist ein Rückgang der Bestellungen aus dem Inland (–2,4 Prozent). Die Nachfrage aus dem Ausland erhöhte sich um 0,6 Prozent. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat gingen im Verarbeitenden Gewerbe weniger Aufträge ein (–4,6 Prozent); sowohl Inlands- als auch Auslandsgeschäft waren schwächer als im Mai 2013 (–5,1 bzw. –4,1 Prozent).

Mehr Aufträge in der Konsumgüterindustrie

Lediglich die Konsumgüterproduzenten konnten im Berichtsmonat von steigenden Auftragseingängen profitieren. Die Nachfrage war preis-, kalender- und saisonbereinigt deutlich höher als im April (+7,5 Prozent). Die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern mussten hingegen Einbußen hinnehmen. Im Vorleistungsgüterbereich ging das Ordervolumen leicht zurück (–0,3 Prozent). Bei den Investitionsgüterproduzenten fiel das Minus stärker aus (–3 Prozent). Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete allein der Konsumgüterbereich einen Nachfrageanstieg (+7,7 Prozent). Die Bestellungen an Vorleistungsgütern nahmen um 1,7 Prozent ab. Einen kräftigen Rückgang gab es bei den Investitionsgütern (–11 Prozent).

Auftragseingänge in der Chemischen Industrie: –0,9 Prozent

Die Entwicklung der Auftragseingänge in den drei größten Branchen des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes zeigte im Mai ein uneinheitliches Bild. In der Chemischen Industrie sank der Auftragseingangsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,9 Prozent. Dies ist auf einen Rückgang der Bestellungen aus dem Inland zurückzuführen (–1,3 Prozent); die Nachfrage aus dem Ausland erhöhte sich leicht um 0,2 Prozent. Gegenüber Mai 2013 waren die Auftragseingänge in der Chemischen Industrie ebenfalls rückläufig (–6,7 Prozent).

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: –6,9 Prozent

Der Fahrzeugbau musste erneut Einbußen bei den Auftragseingängen hinnehmen. Die Bestellungen nahmen preis-, kalender- und saisonbereinigt um 6,9 Prozent ab. Insbesondere das Auslandsgeschäft entwickelte sich schwach; die Bestellungen lagen im Mai um zehn Prozent unter dem Niveau von April. Die Nachfrage aus dem Inland sank um 2,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stellte sich die Auftragslage im Fahrzeugbau wesentlich ungünstiger dar – es gingen 21 Prozent weniger neue Aufträge ein als im Mai 2013.

Auftragseingänge im Maschinenbau: +2,9 Prozent

Der Maschinenbau verzeichnete im Berichtsmonat mehr Bestellungen als im Vormonat (+2,9 Prozent). Die Nachfrage aus dem In- und Ausland nahm zu (+1,6 bzw. +2,7 Prozent). Im Vergleich zum Mai 2013 war das Ordervolumen um 0,8 Prozent höher.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe rückläufig

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: –3,6 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Mai 2014 gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 3,6 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ergab sich dagegen ein Auftragsplus von 13 Prozent.

Auftragseingänge im Hochbau: –7,1 Prozent

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2013: 48 Prozent) gab es gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 7,1 Prozent. Vor allem im gewerblichen Hochbau war ein kräftiger Auftragseinbruch zu verzeichnen (–34 Prozent). Dieser Rückgang muss allerdings vor dem Hintergrund der – durch einen Großauftrag bestimmten – außergewöhnlich hohen Nachfrage im April gesehen werden. Deutliche Auftragszuwächse meldeten dagegen der öffentliche Hochbau (+7,4 Prozent) sowie der Wohnungsbau (+4,9 Prozent). Im Vergleich zum Mai 2013 sind die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau um 16 Prozent gestiegen. Der gewerbliche Hochbau verzeichnete die kräftigste Auftragssteigerung (+32 Prozent). Der Wohnungsbau legte um 13 Prozent zu. Im öffentlichen Hochbau gab der Wert der Bestellungen gegenüber dem Vorjahr dagegen deutlich nach (–26 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau: –0,4 Prozent

Im Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 52 Prozent) wurde ein leichter Auftragsrückgang um 0,4 Prozent beobachtet. Für den gewerblichen Tiefbau errechnete sich ein Minus von 15 Prozent. Diesem Rückgang standen Zuwächse im öffentlichen Tiefbau (+11 Prozent) sowie im Straßenbau (+0,4 Prozent) gegenüber. Im Vergleich zum Mai 2013 erhöhten sich die Bestellungen im Tiefbau bereinigt um zehn Prozent. Der gewerbliche Tiefbau (+26 Prozent) sowie der Straßenbau (+7,9 Prozent) verzeichneten kräftige Auftragssteigerungen. Im öffentlichen Tiefbau kam es zu einem leichten Rückgang um 0,6 Prozent.

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel: +1,1 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im April 2014 gegenüber dem

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Vorjahresmonat um 1,1 Prozent gestiegen. Im Februar und März hatte das Umsatzplus bei 0,3 bzw. ein Prozent gelegen. Davor wurde im Einzelhandel seit August 2012 ein Rückgang der bereinigten Umsatzzahlen registriert.

Umsatz im Kfz-Handel: +2 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel überstiegen die bereinigten Umsätze im April 2014 den Vorjahreswert um zwei Prozent. Damit liegt der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt seit neun Monaten in Folge über dem Wert des jeweiligen Vorjahreszeitraums.

Umsatz im Großhandel: +1 Prozent

Im Großhandel waren die geglätteten preisbereinigten Umsätze im April 2014 um ein Prozent höher als im Vorjahr. In den vergangenen vier Monaten zeigt der Großhandelsumsatz damit eine Aufwärtstendenz: Seit Jahresbeginn waren die Umsätze bis zu 3,3 Prozent höher als im jeweiligen Vorjahresmonat.

Umsatz im Gastgewerbe: +2,4 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im April 2014 um 2,4 Prozent höher aus als im Vorjahresmonat. Bereits im Februar und März war es zu Anstiegen um 2,4 bzw. drei Prozent gekommen. Davor waren die bereinigten Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich seit Januar 2012 rückläufig.

Jahresteuerungsrate im Juli bei 0,8 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex weiterhin deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im Juli 2014 um 0,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Das war die niedrigste Preissteigerung seit Februar 2010. Im Mai und Juni 2014 hatte die Teuerung +0,9 bzw. +1 Prozent betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz seit Januar 2013 durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent).

Bei den Energiepreisen (–0,8 Prozent) zeigten sich auch im Juli 2014 zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise mit +3,9 Prozent weiter anzogen, waren Heizöl (–6,7 Prozent) und Kraftstoffe (–2,3 Prozent) deutlich billiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie" wies einen Anstieg von 1,2 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Gesundheitspflege" (+3,2 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" (+2 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen" (+1,6 Prozent) überdurchschnittlich. Im Bereich „Bildungswesen" gab es keine Preisveränderungen. In den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe" (–0,1 Prozent), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" (–0,2 Prozent) sowie „Nachrichtenübermittlung" (–1,5 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosenzahl steigt leicht

Zahl der Arbeitslosen steigt um 1,9 Prozent

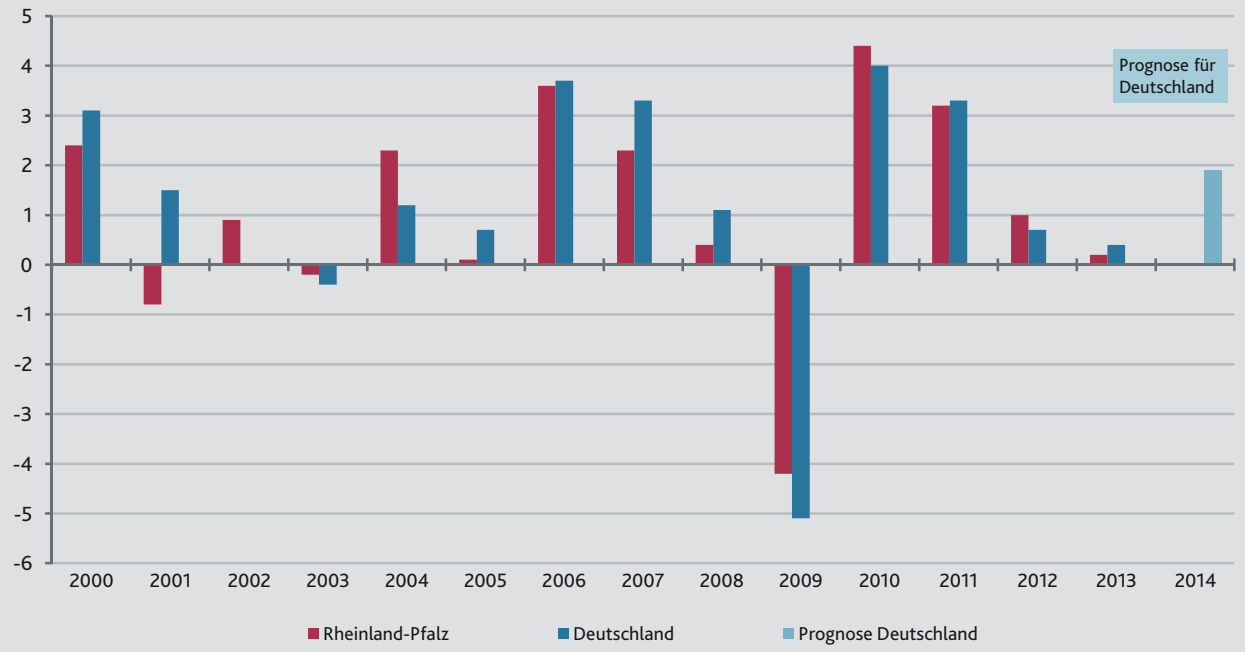
Die Lage am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich im Juli 2014 leicht verschlechtert. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass sich verstärkt junge Menschen, die ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben, arbeitslos meldeten. Insgesamt waren im Juli 115 000 Frauen und Männer als arbeitslos registriert, knapp 2 200 mehr als im Juni (+1,9 Prozent). Gegenüber Juli 2013 verringerte sich die Arbeitslosigkeit dagegen um 2,5 Prozent.

Arbeitslosenquote steigt auf 5,3 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, erhöhte sich leicht auf 5,3 Prozent. Im Vormonat hatte die Quote noch bei 5,2 Prozent und im Juli 2013 bei 5,5 Prozent gelegen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum". Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen" tätig.

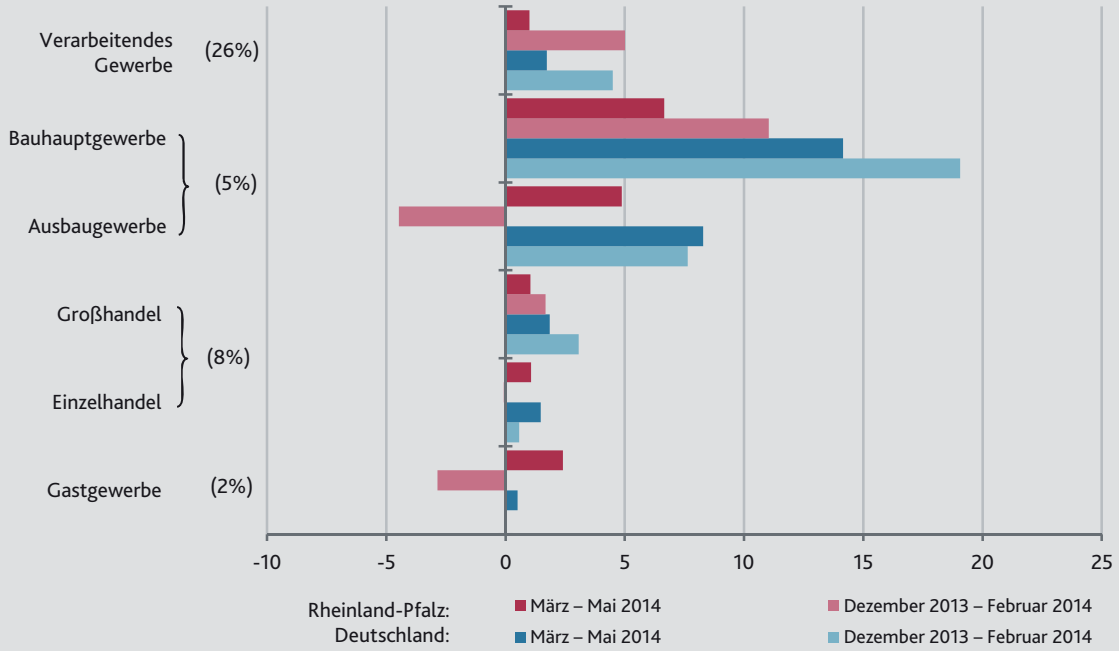
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2014; nächster Fortschreibungstermin: September 2014. Quelle Prognosewert 2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

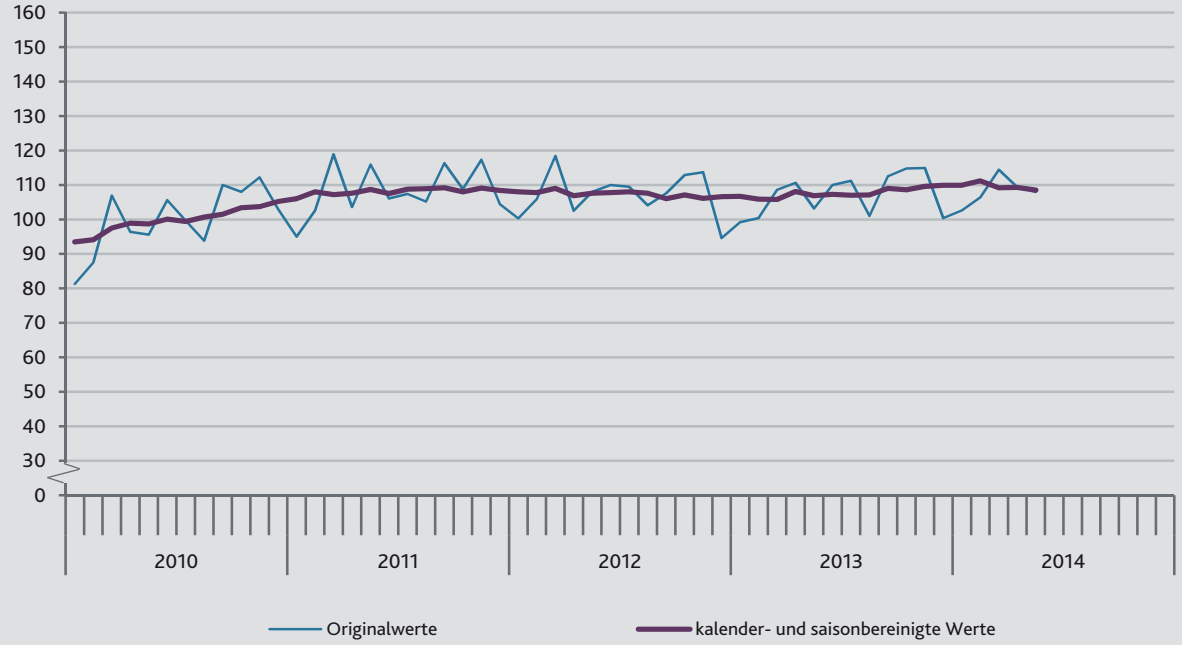
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2,3]– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2013. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

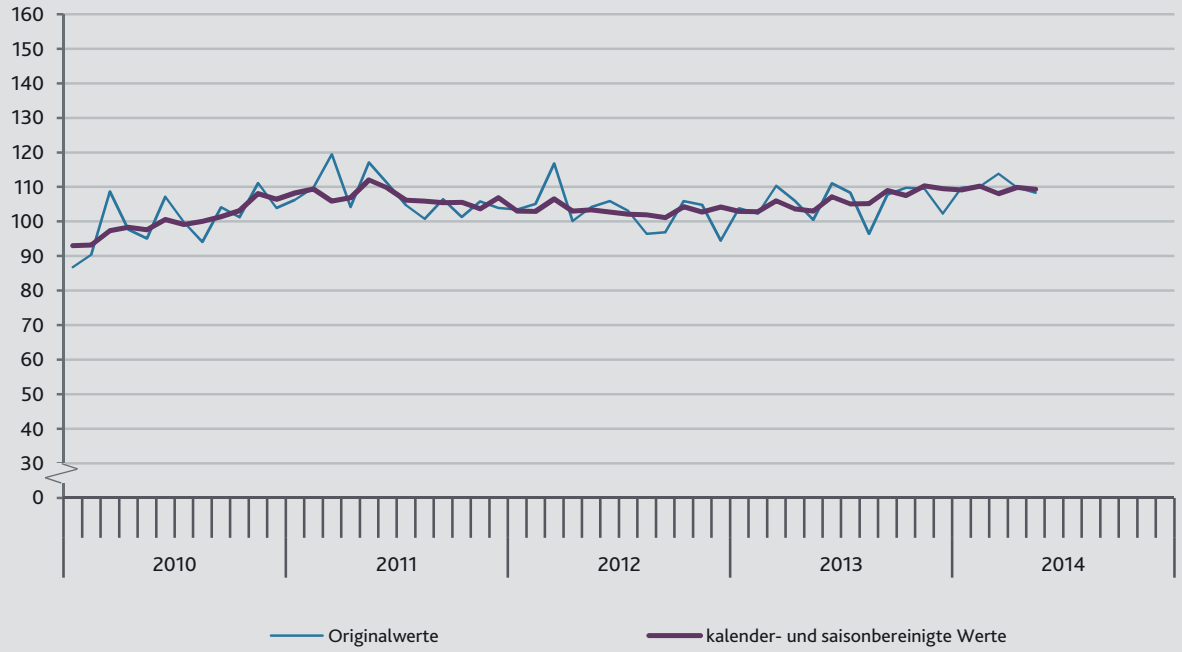
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

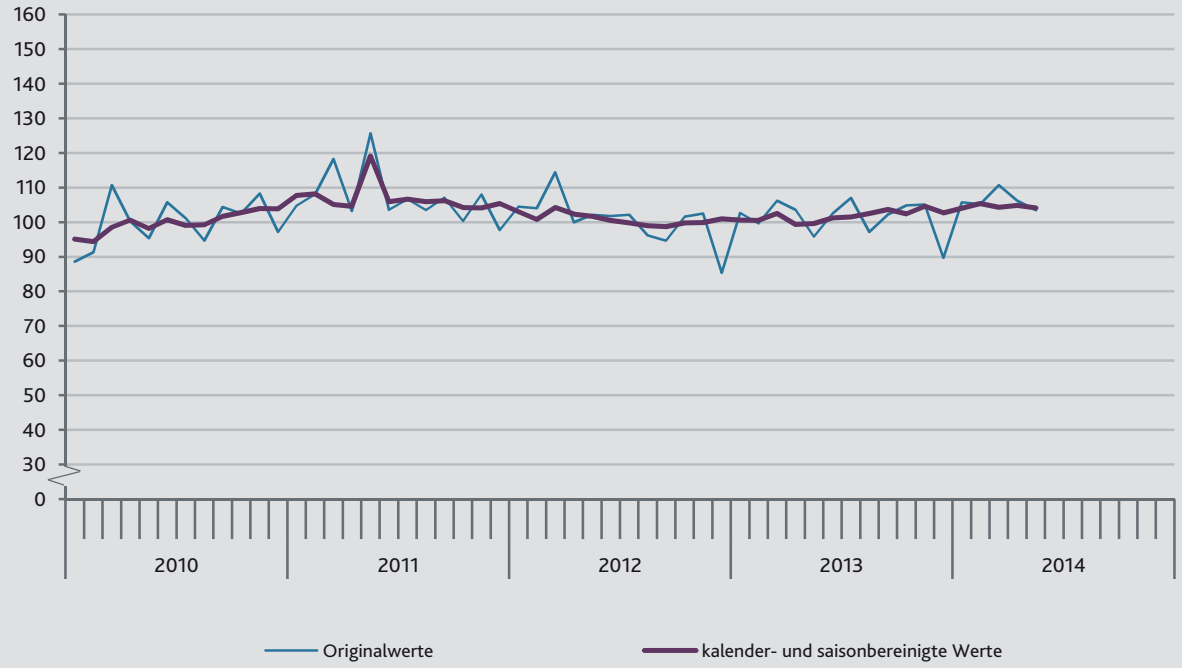
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

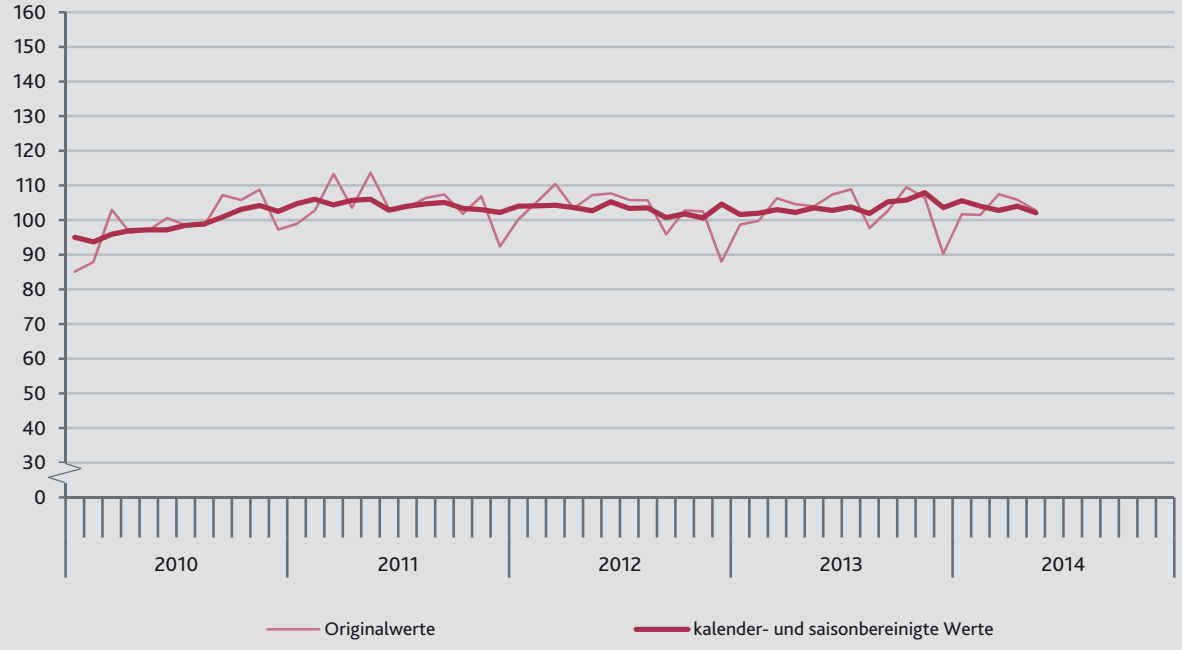
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

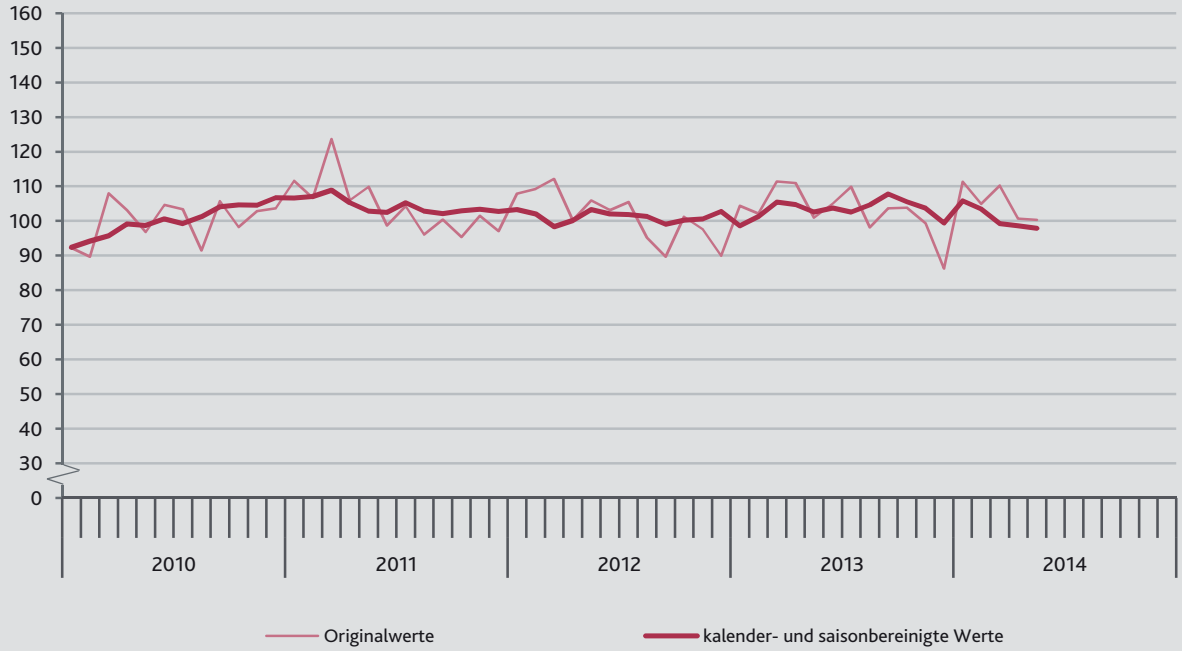
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

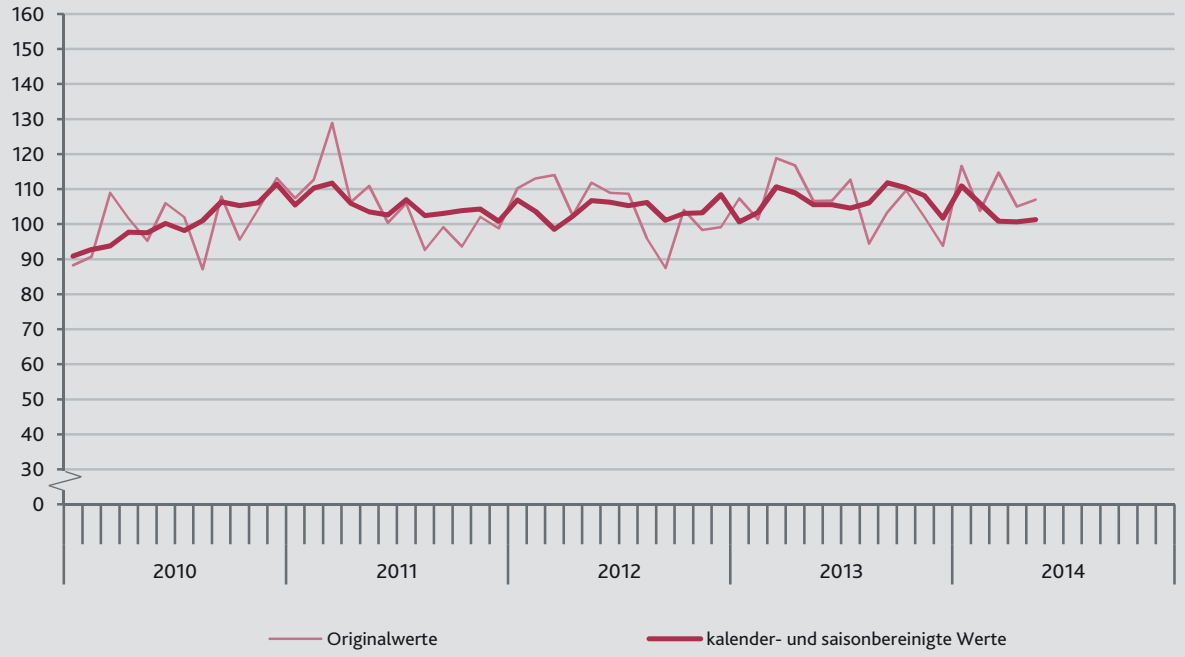
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

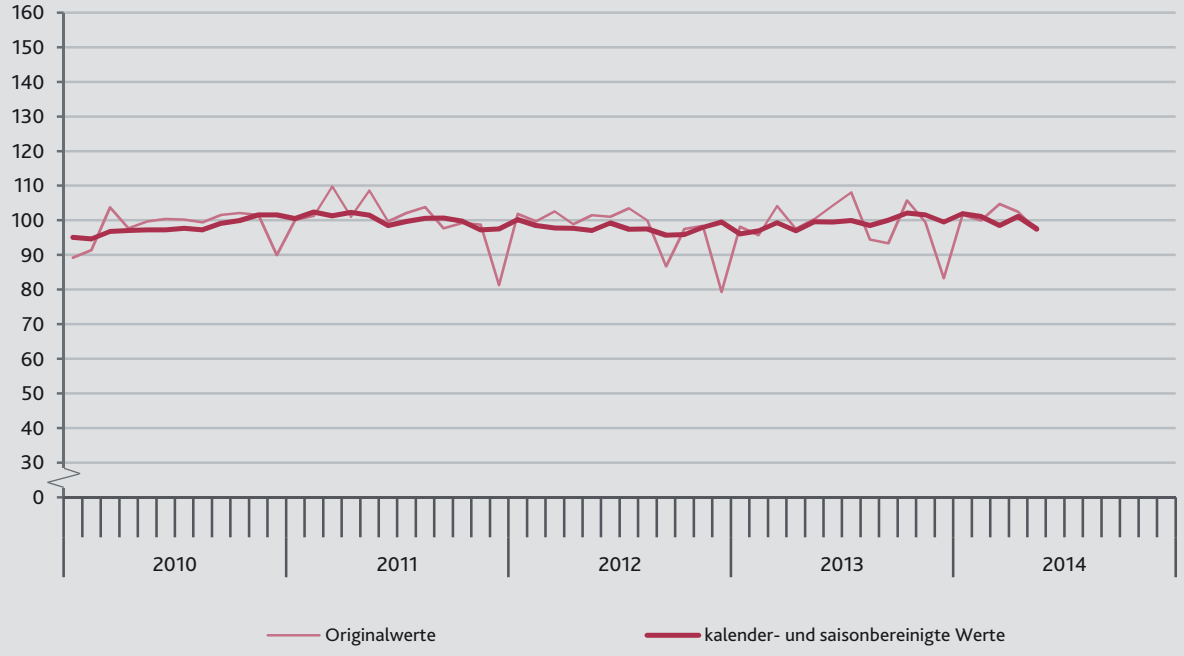
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

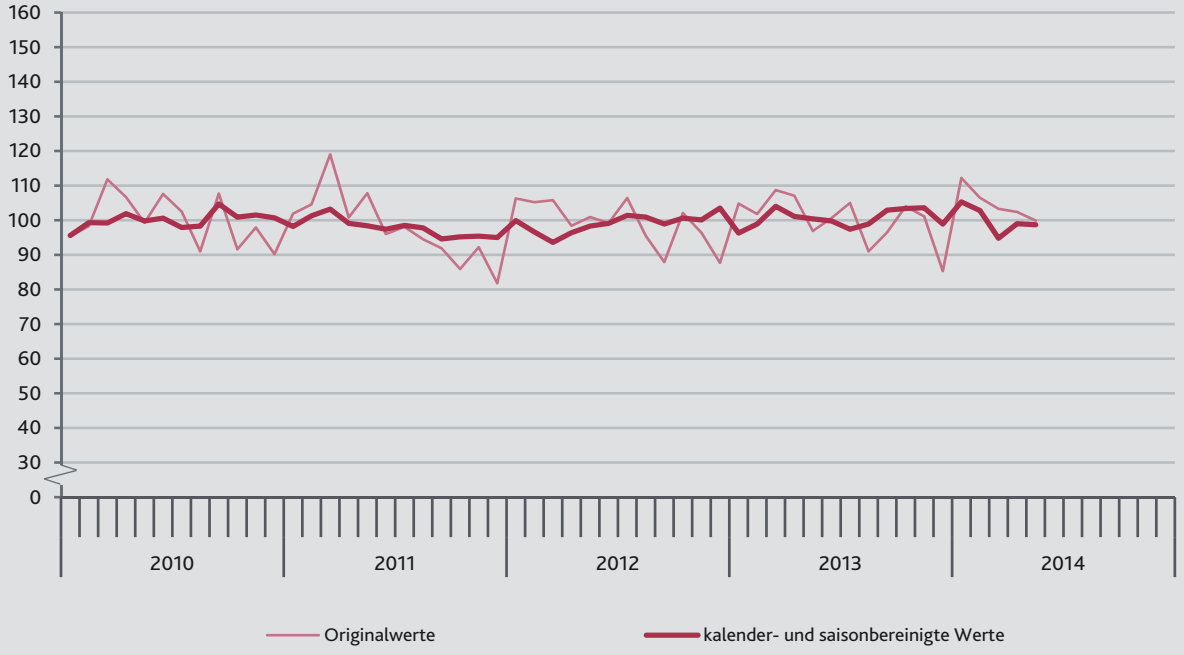
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

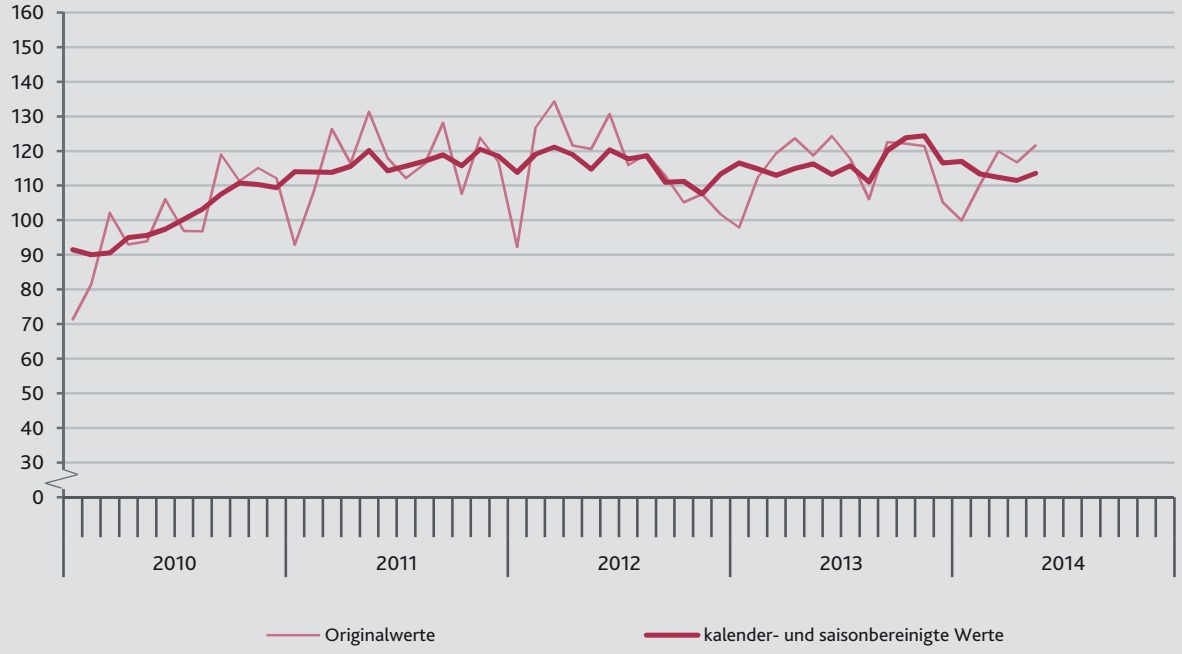
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 56%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

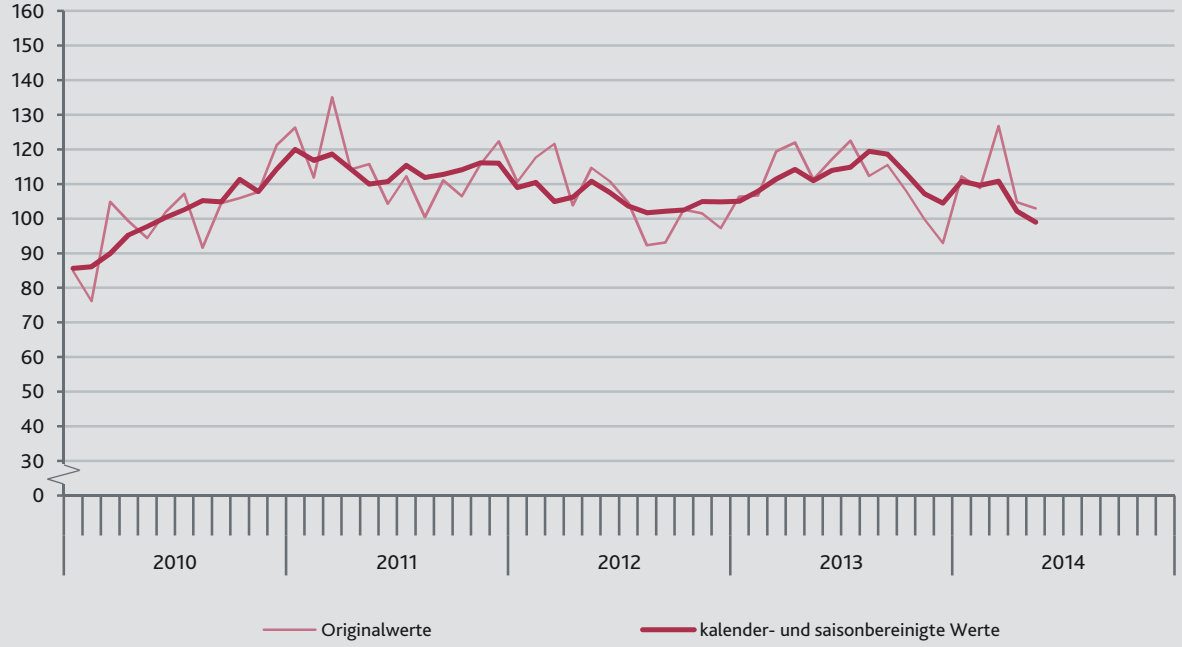
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

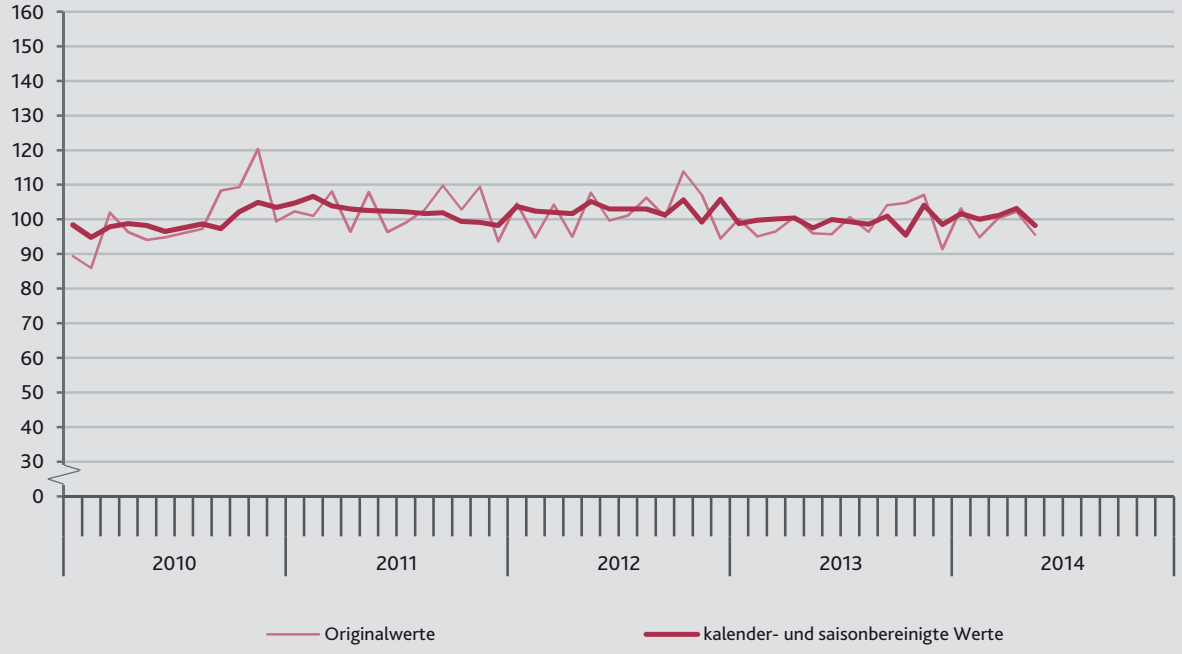
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 26%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

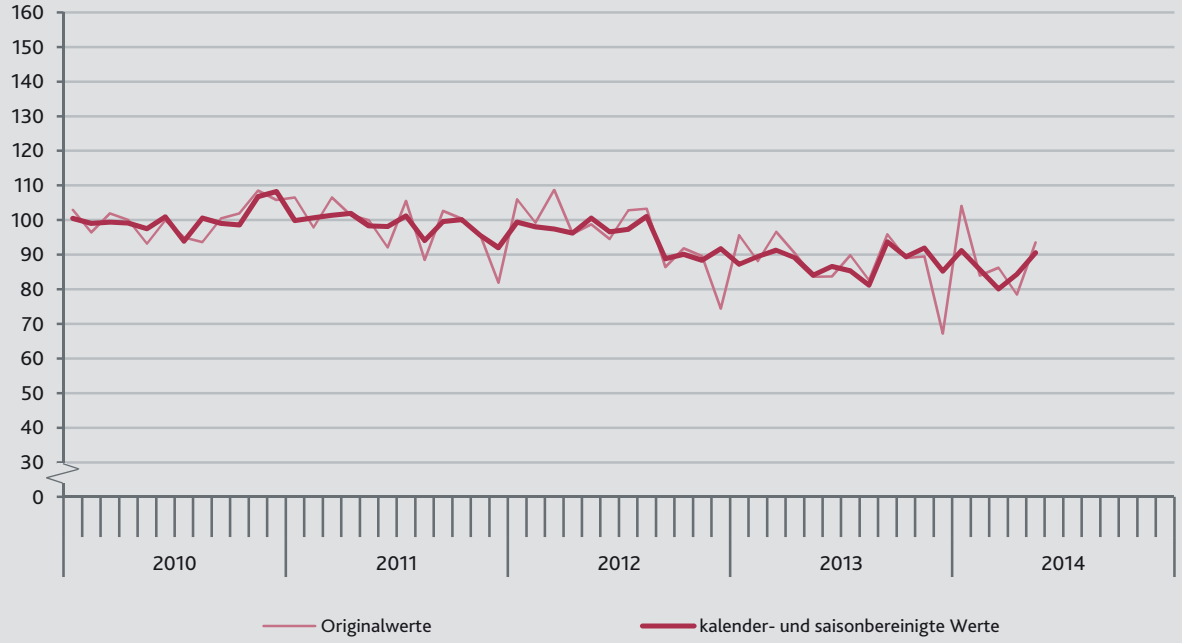
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

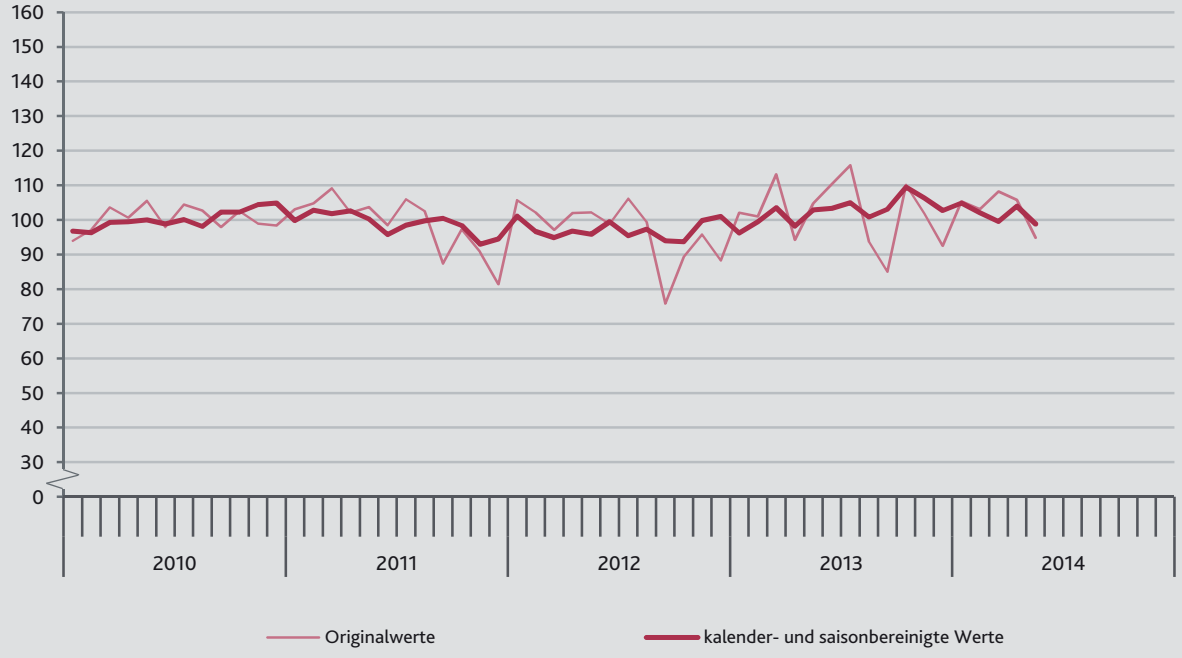
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

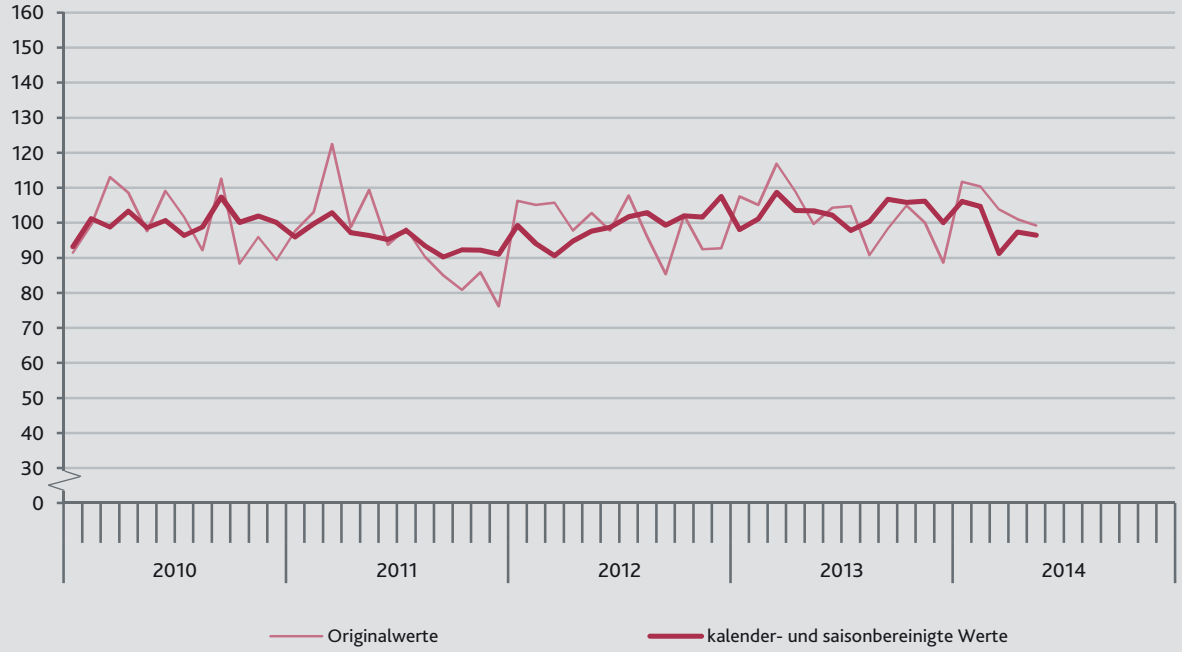
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

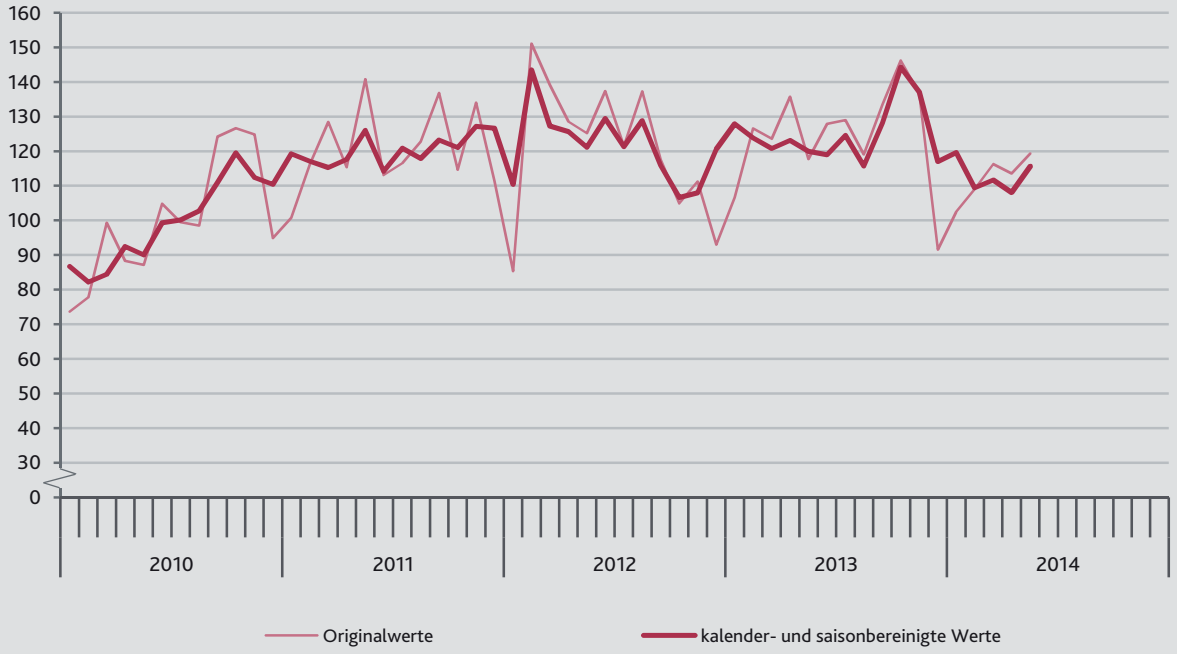
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

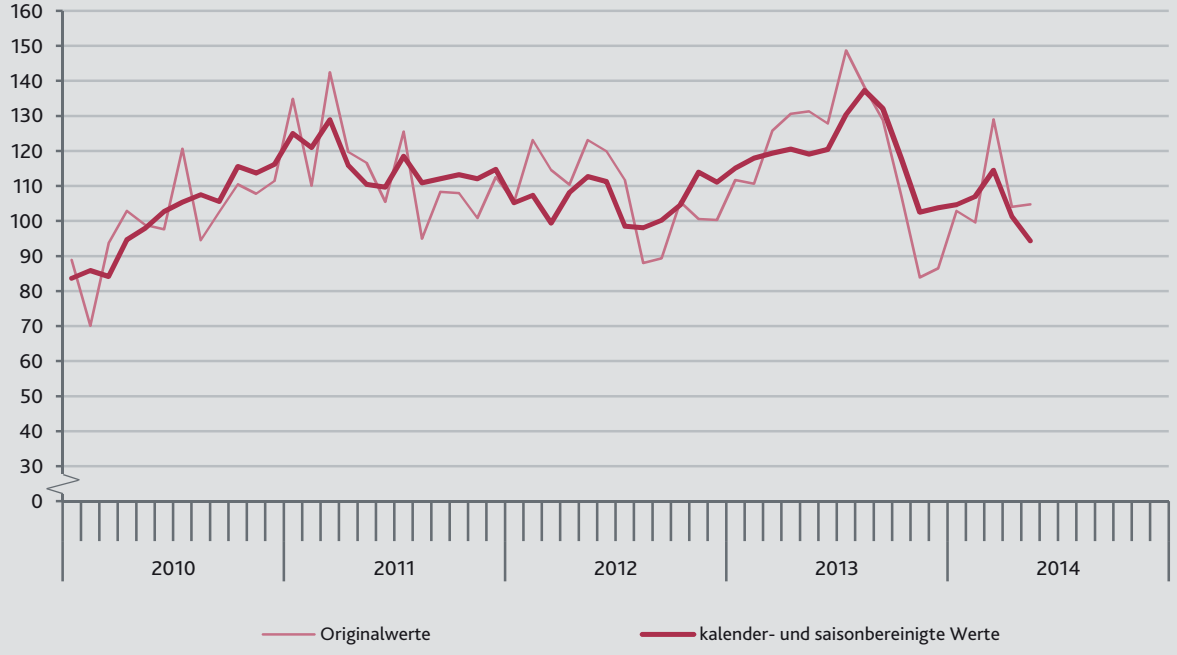
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

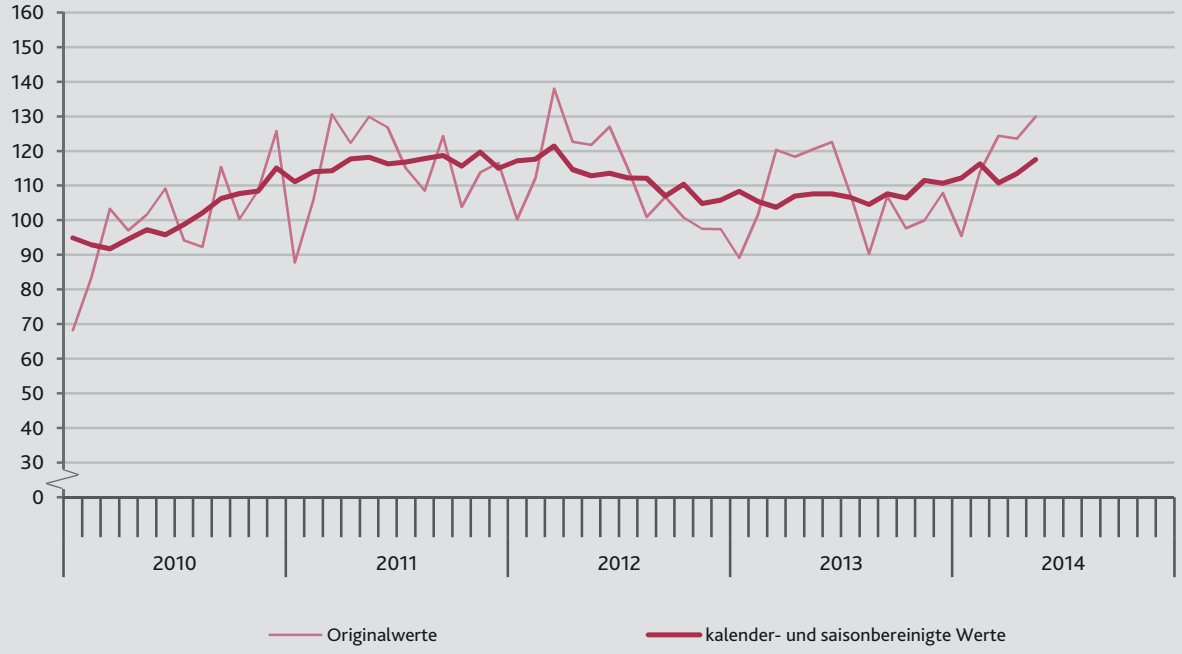
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

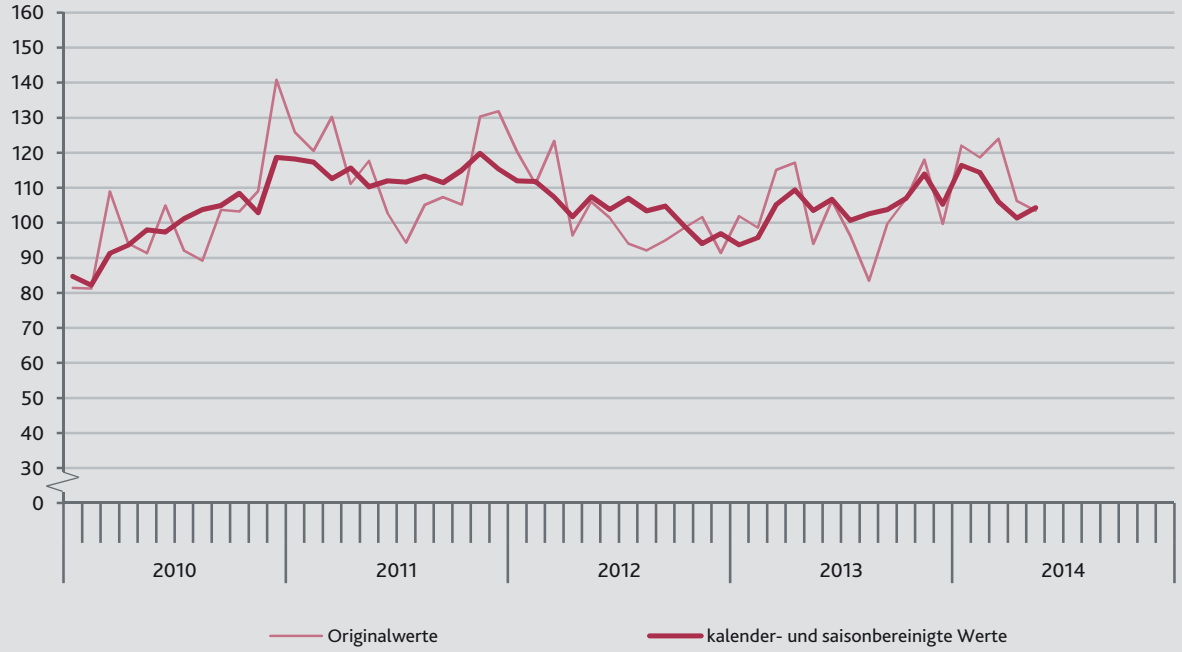
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

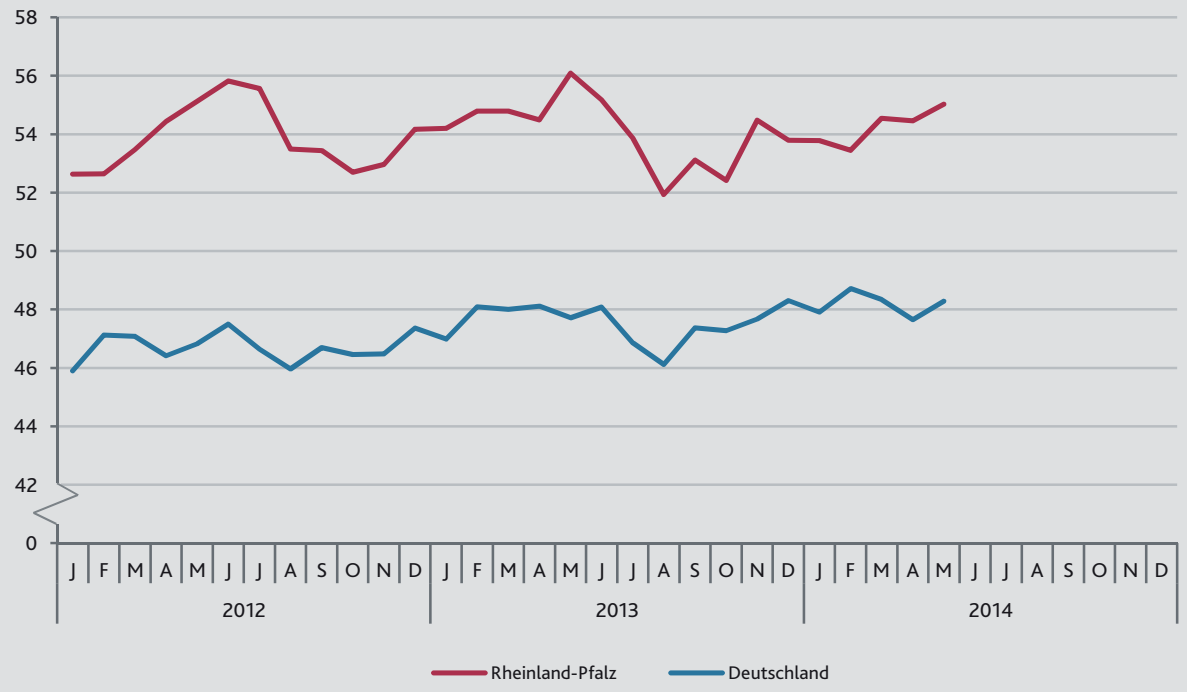
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2013: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

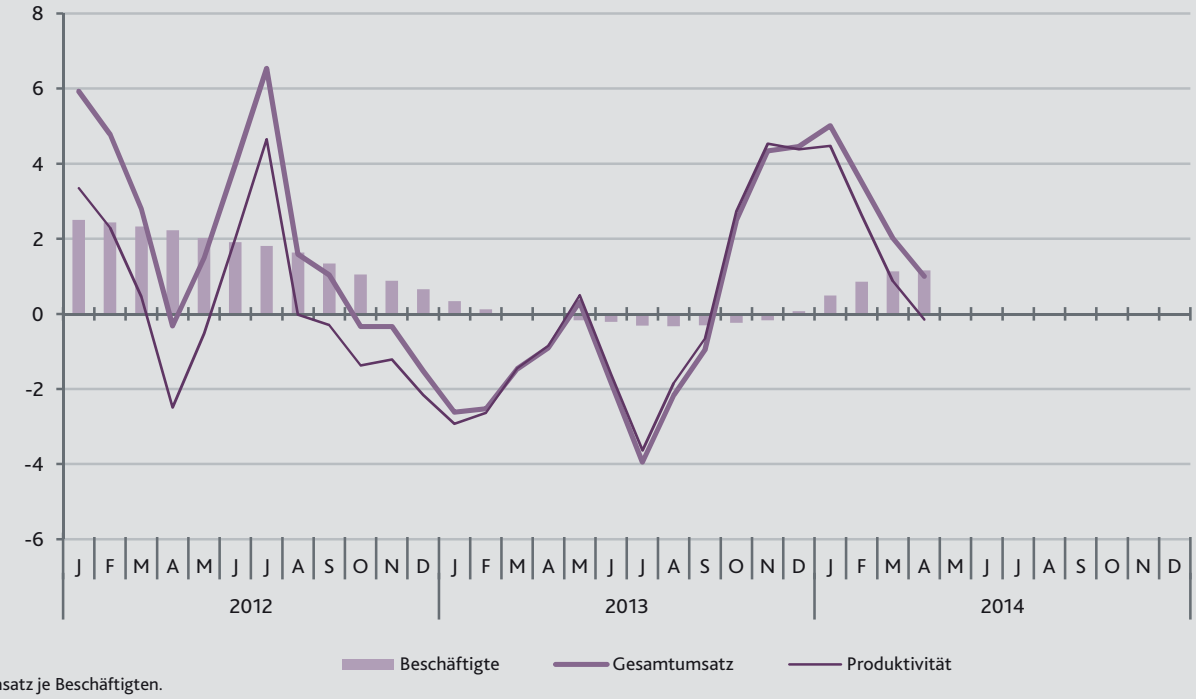
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

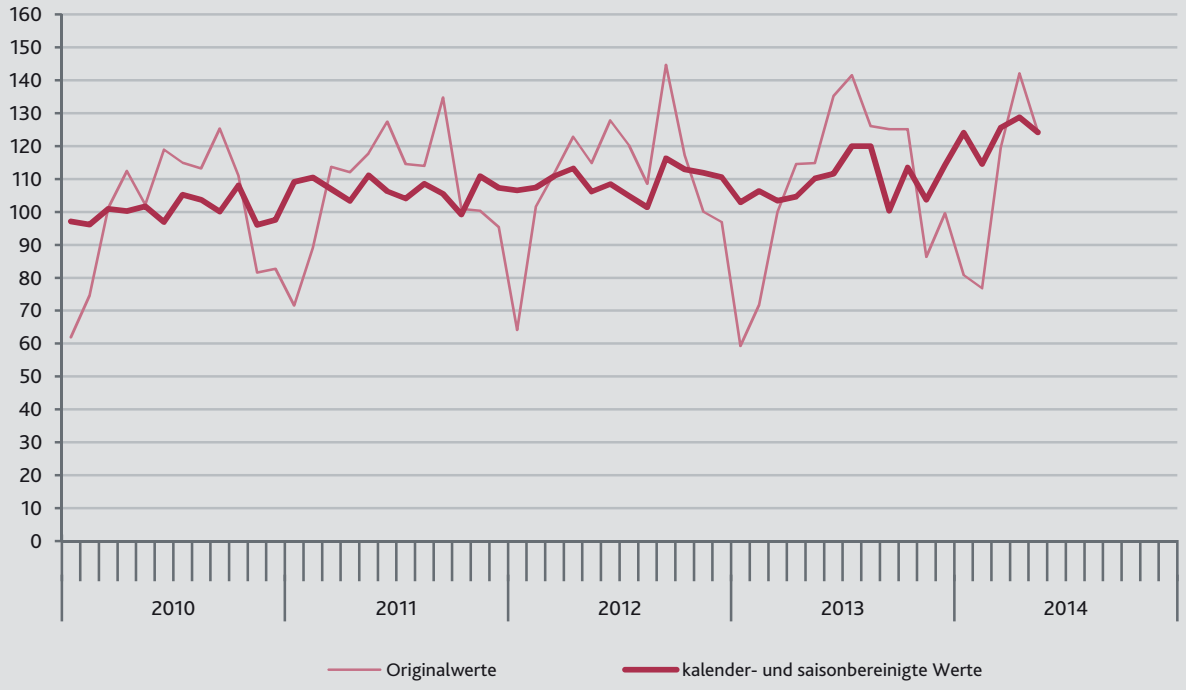
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

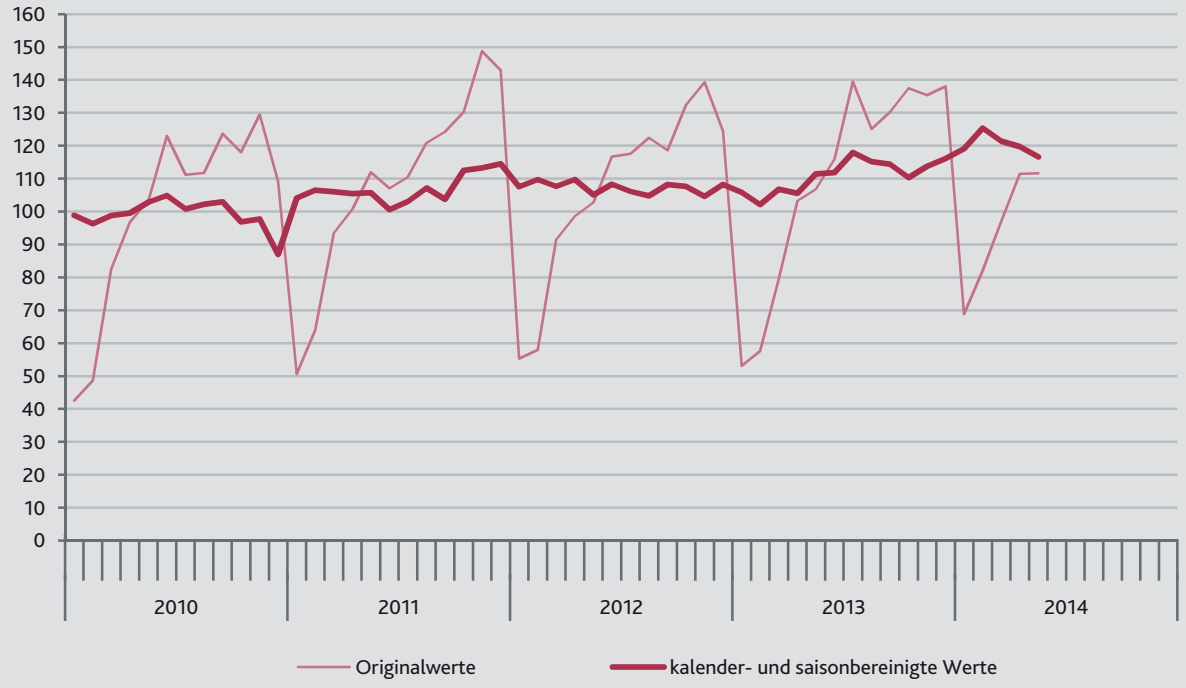
Auftragseingang (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

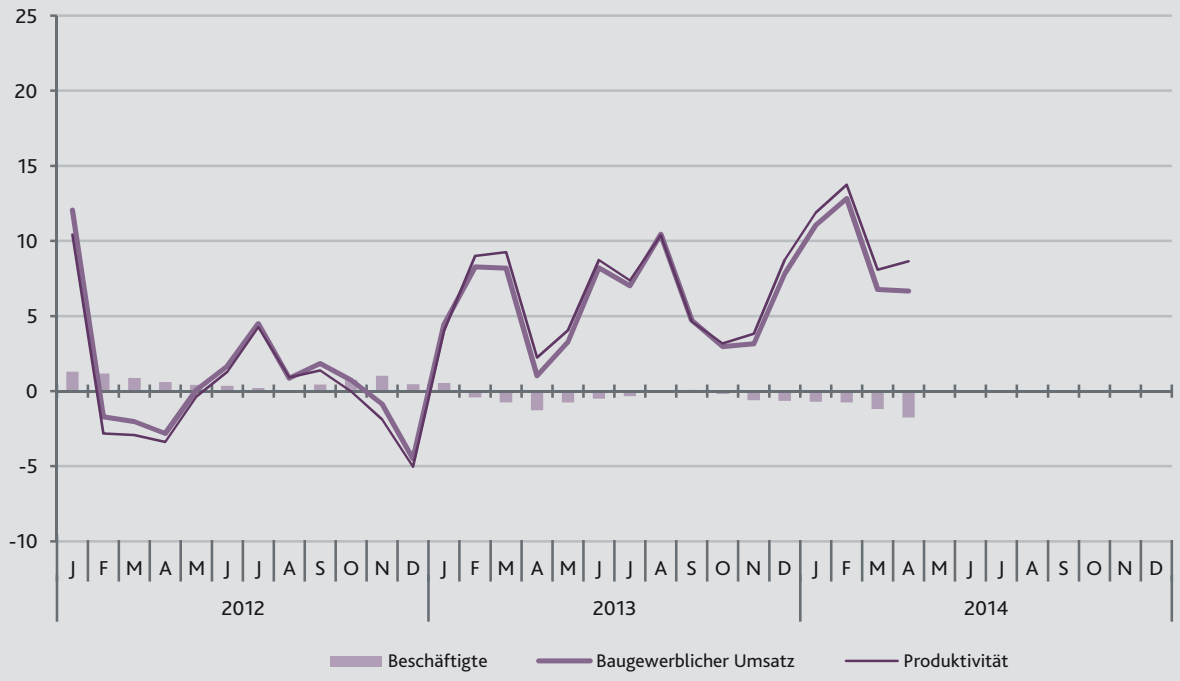
Baugewerblicher Umsatz (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

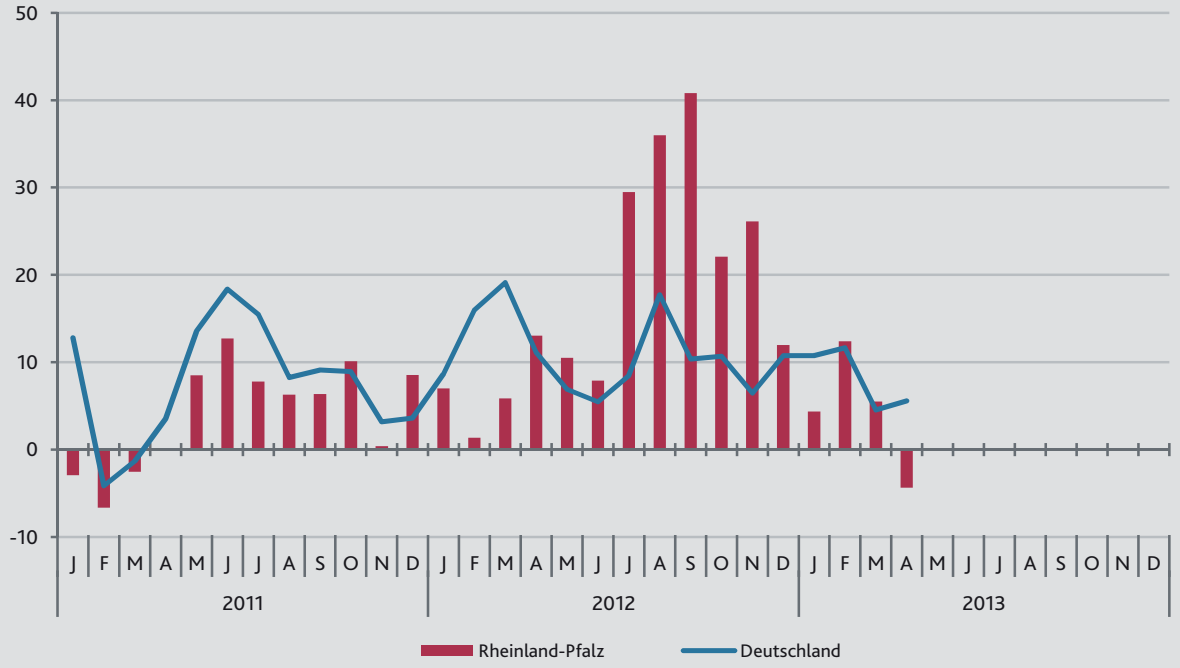
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

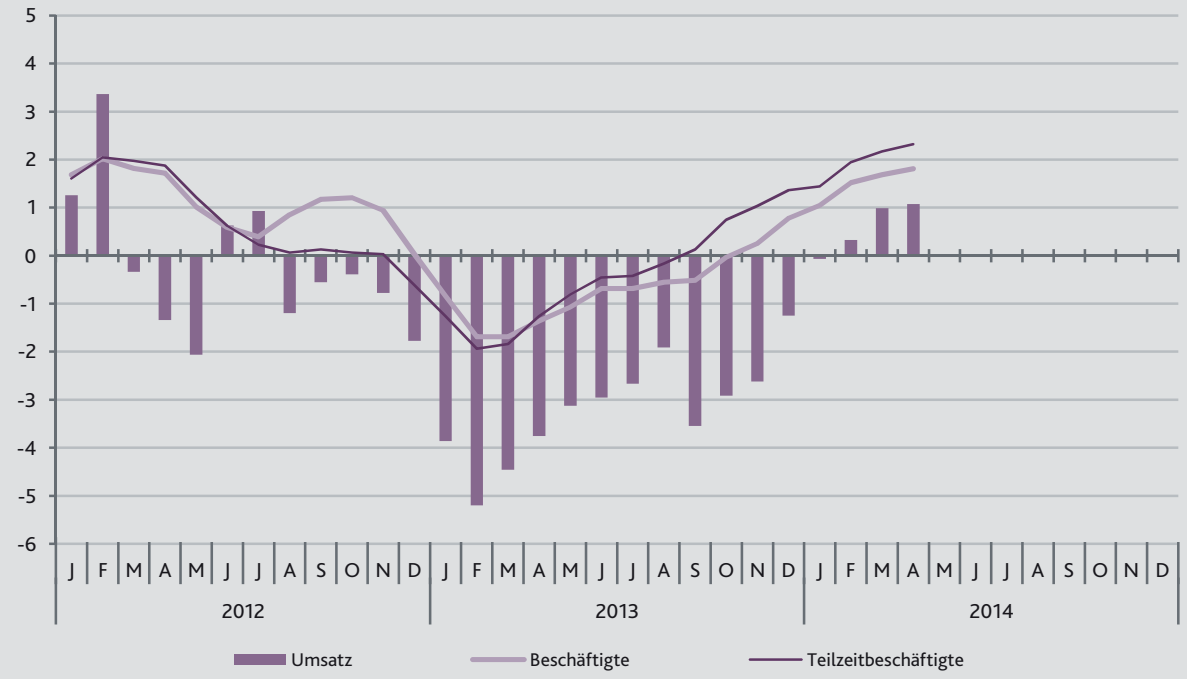
Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

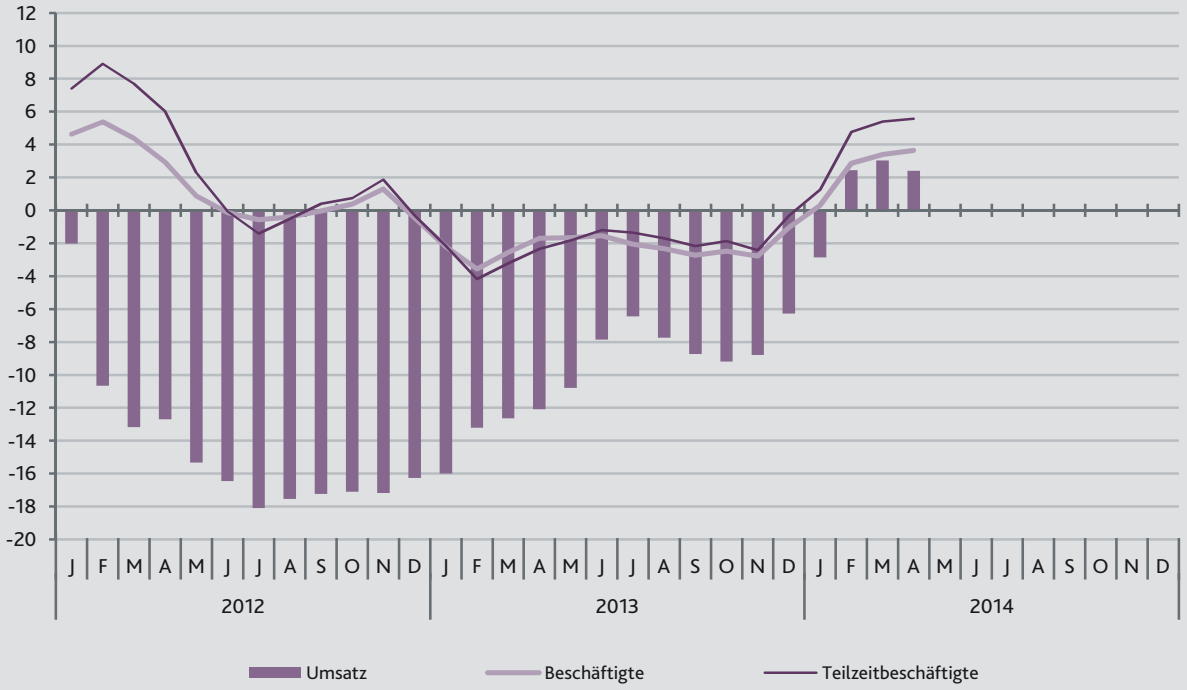
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1 2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

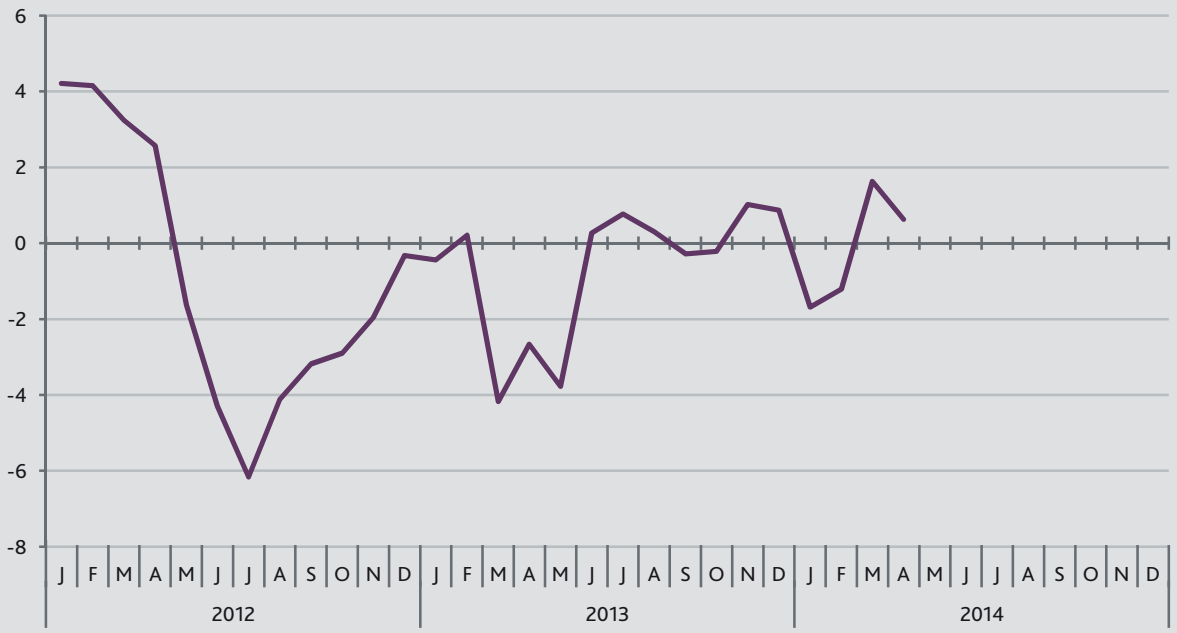


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

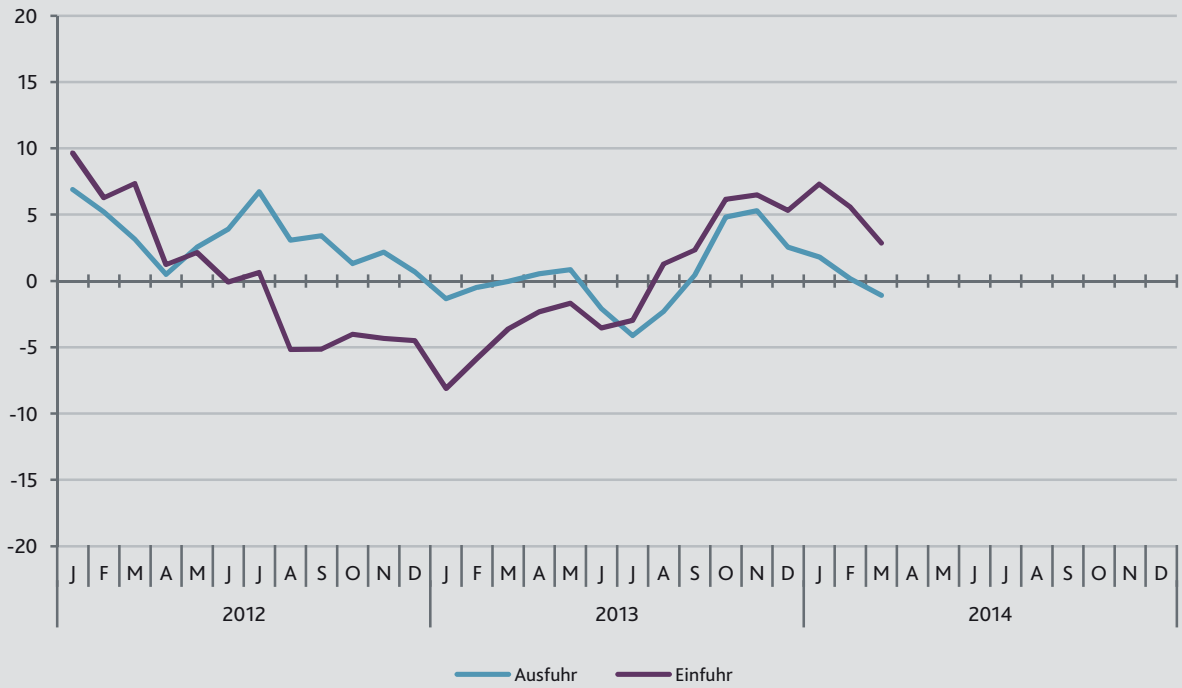


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

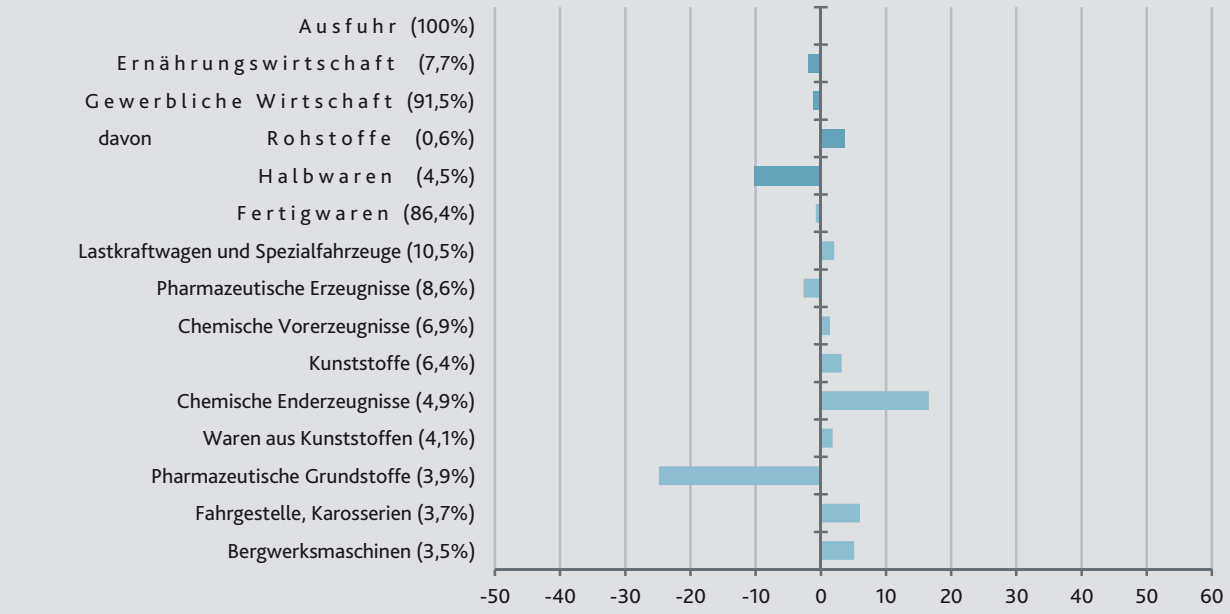
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

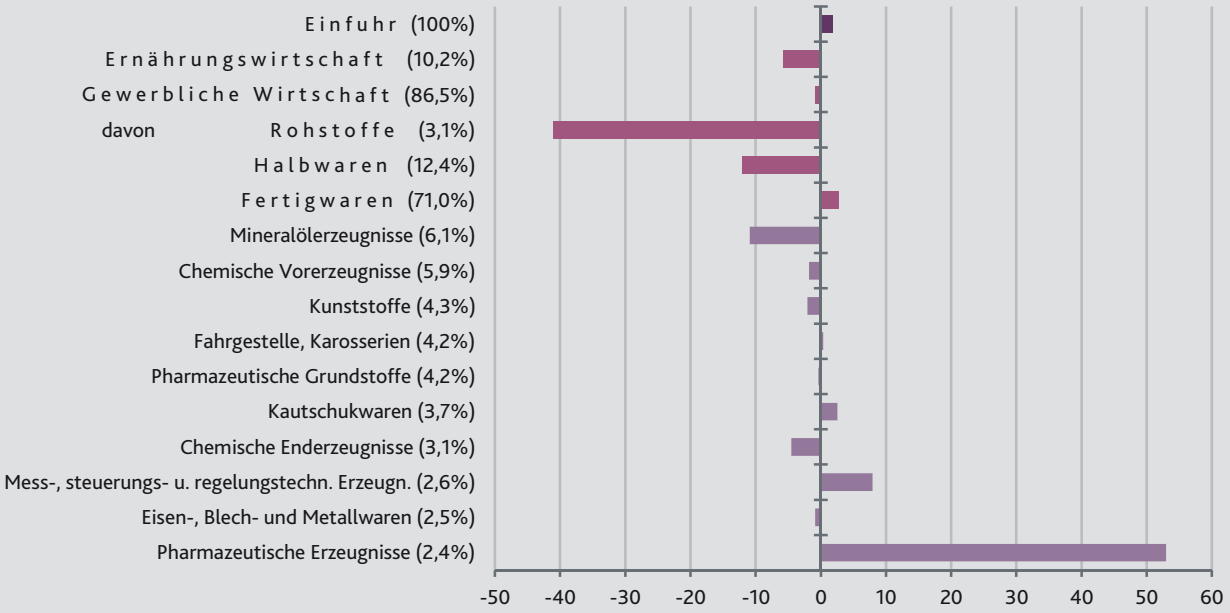
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Mai 2013 - April 2014 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

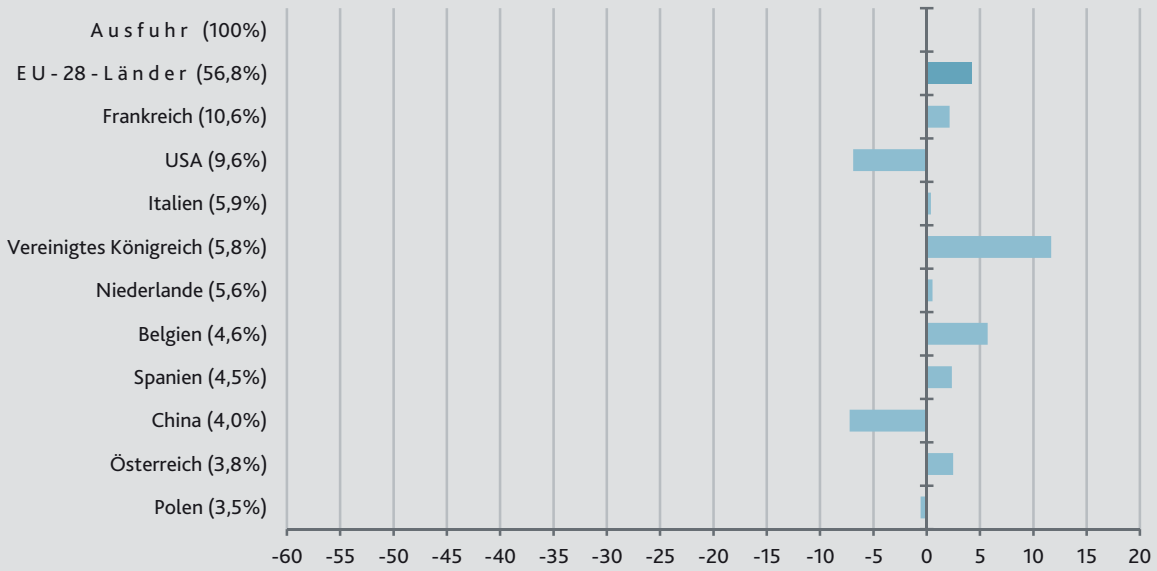
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Mai 2013 - April 2014 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

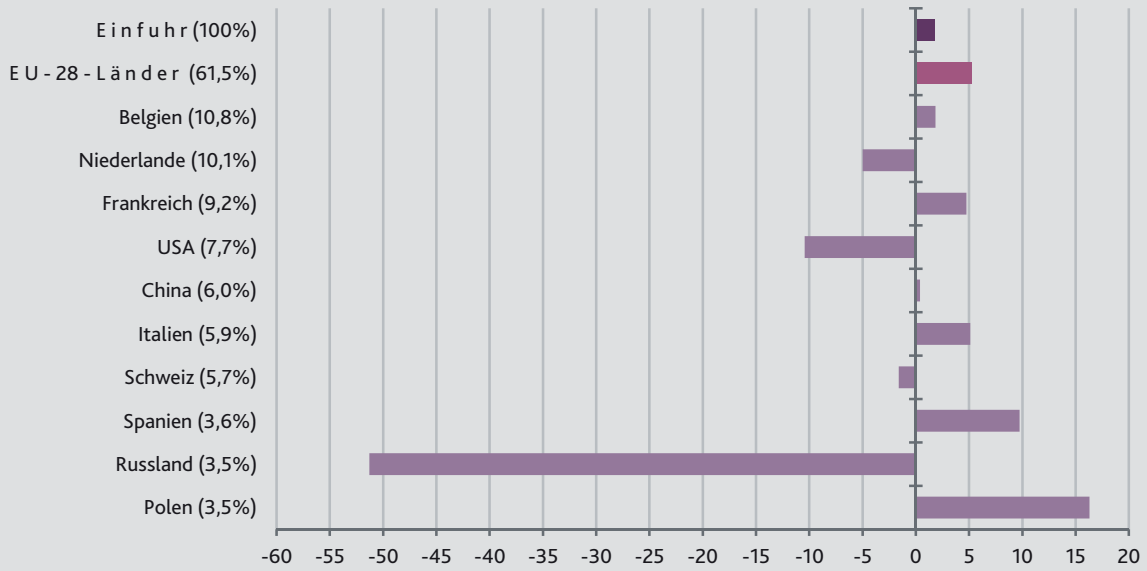
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Mai 2013 - April 2014 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

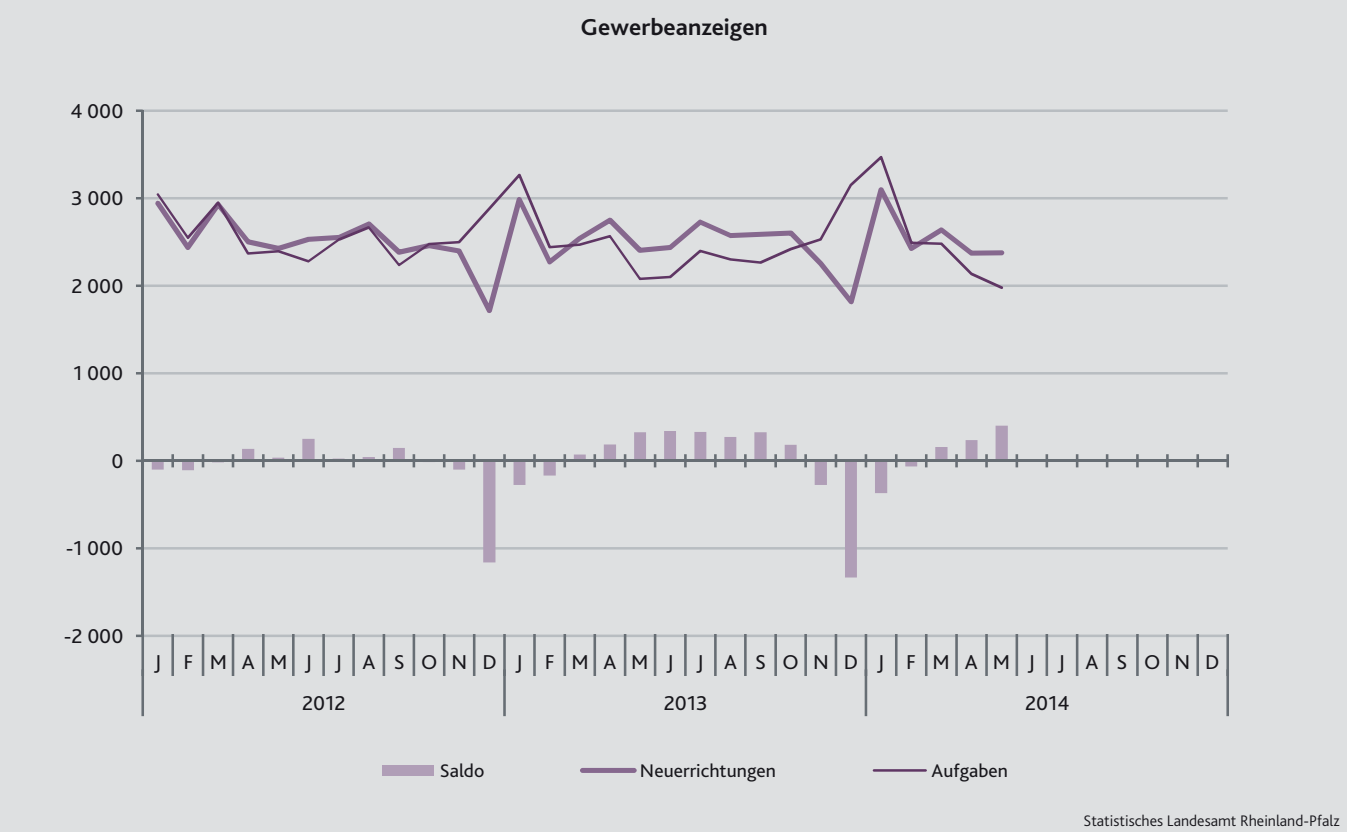
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

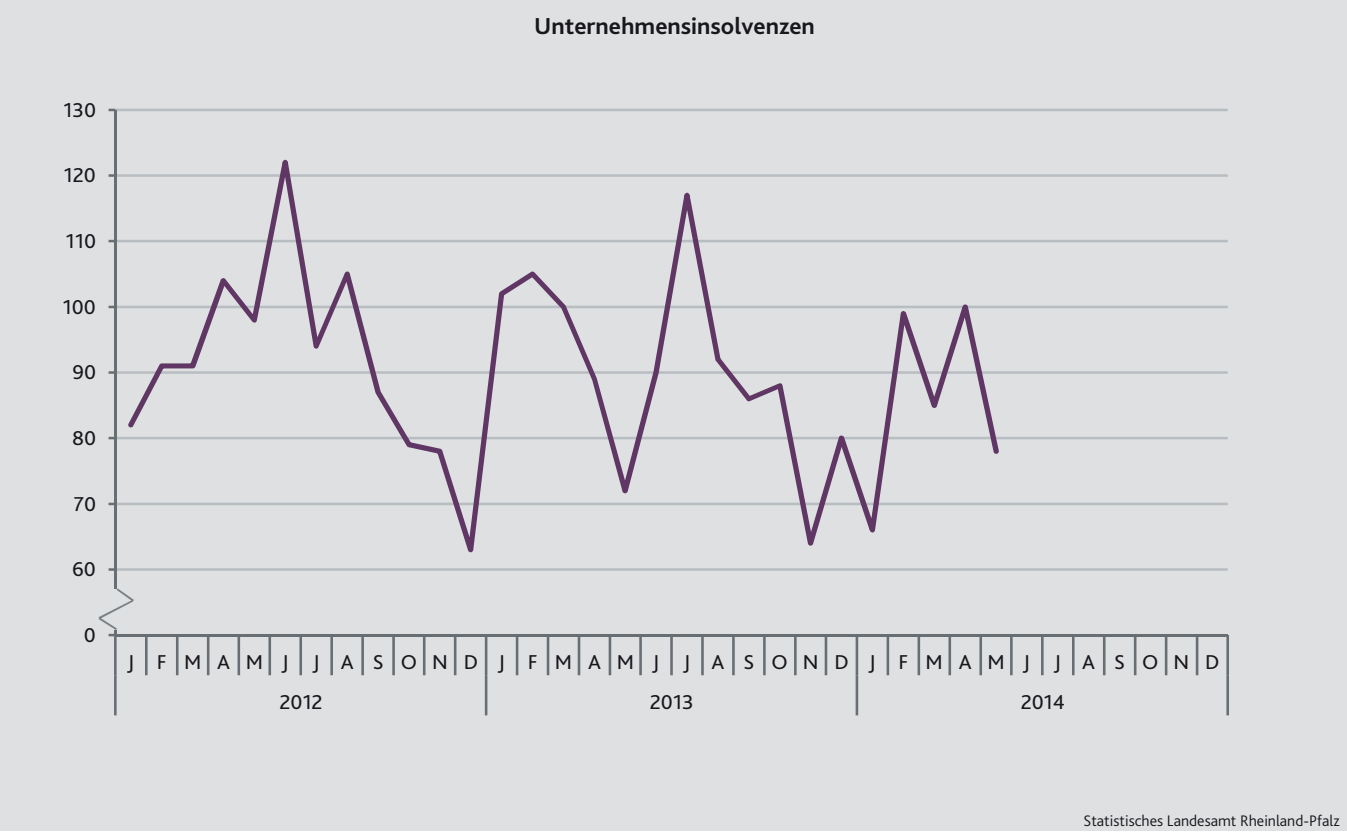
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Mai 2013 - April 2014 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



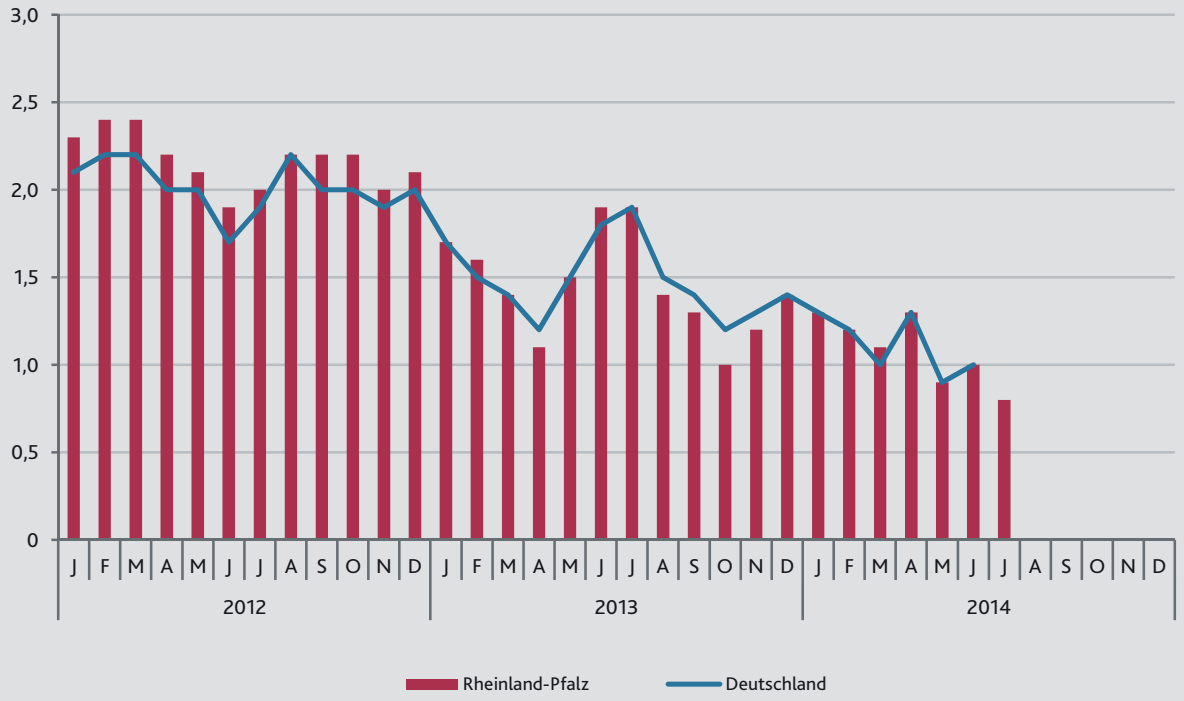
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2012.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2012
2013
2014
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

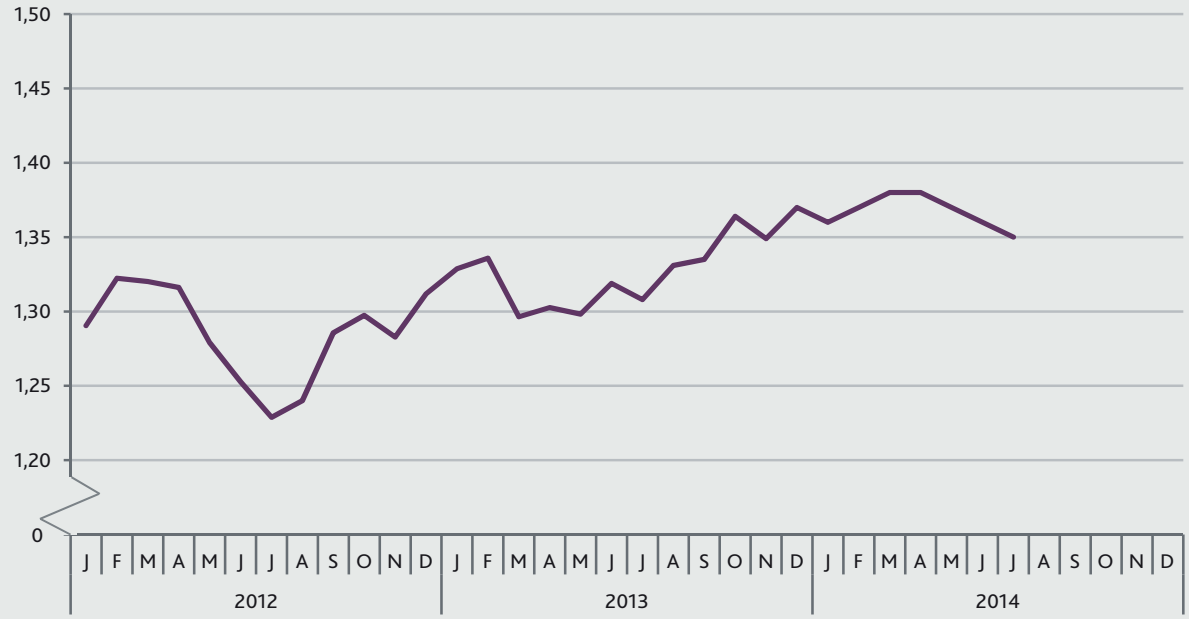

Unternehmensinsolvenzen
130
120
110
100
90
80
70
60
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2012
2013
2014
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

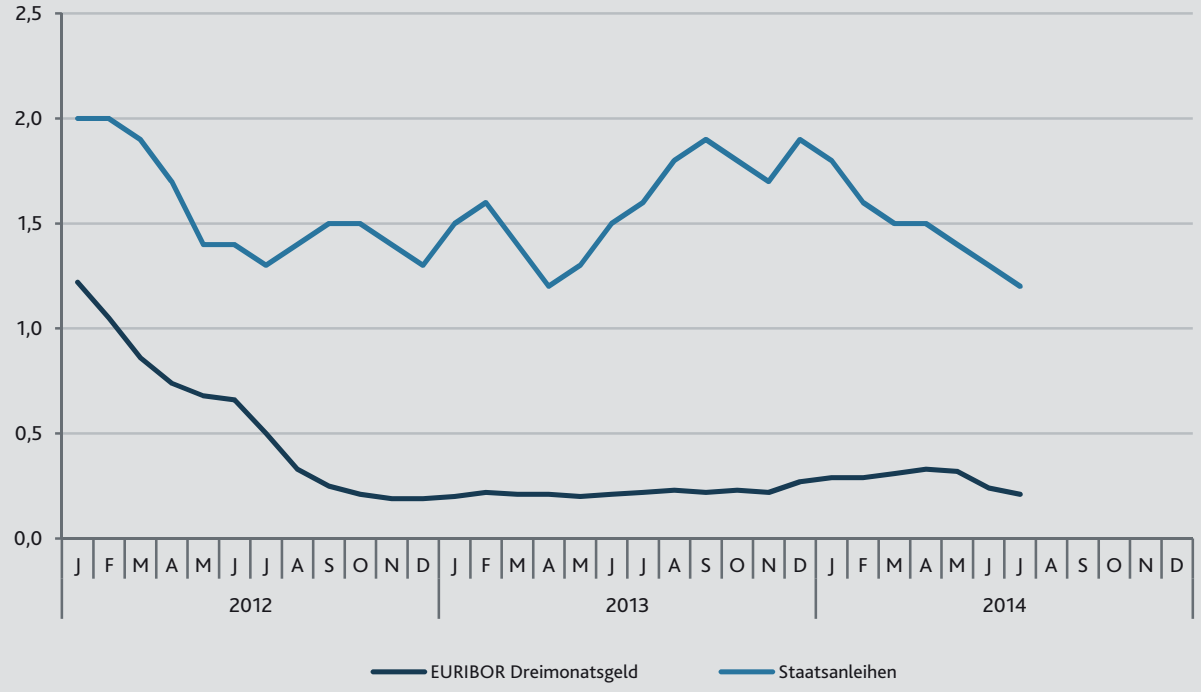
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

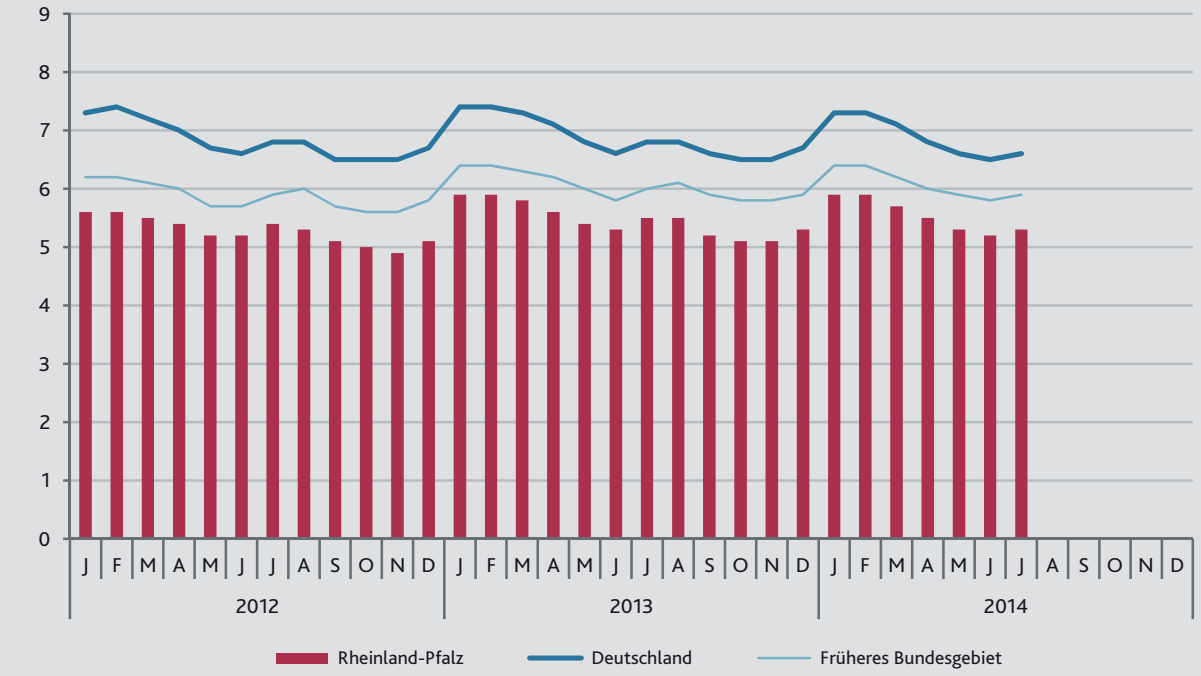
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

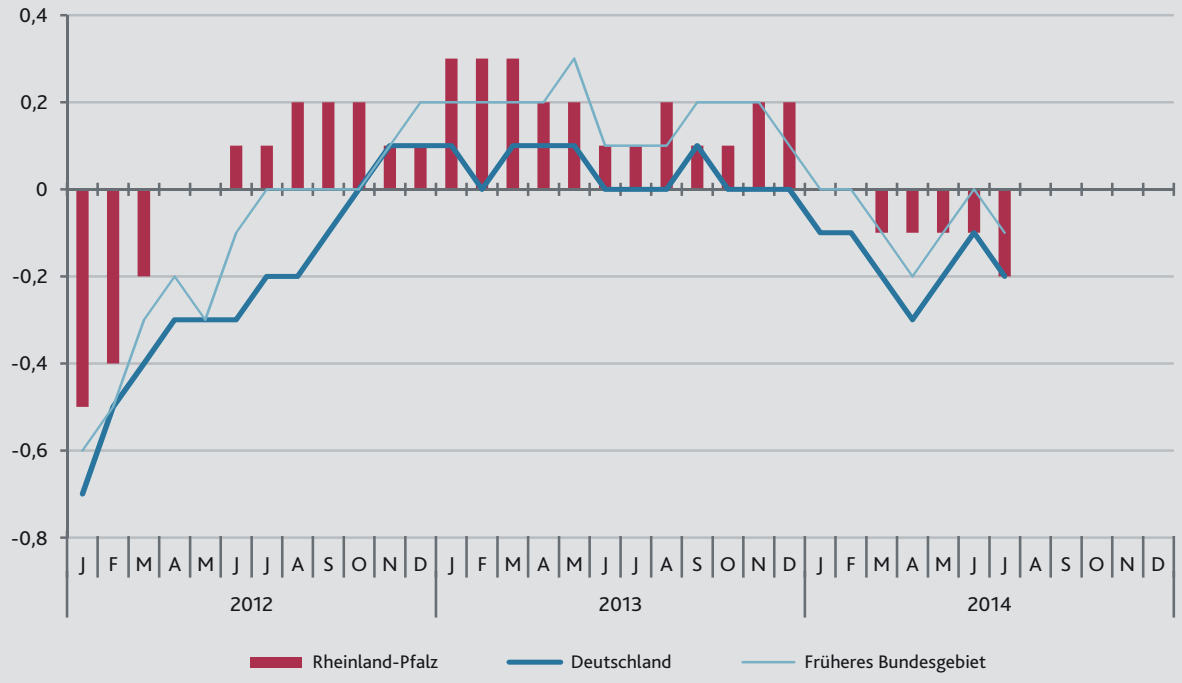
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

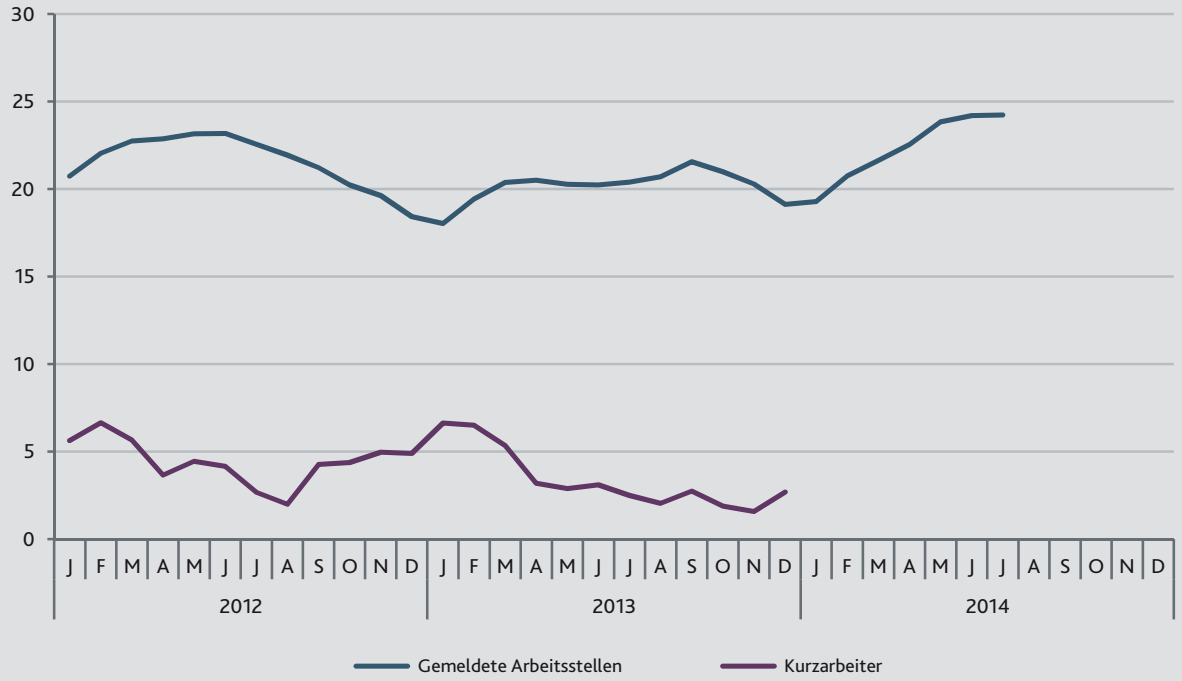
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

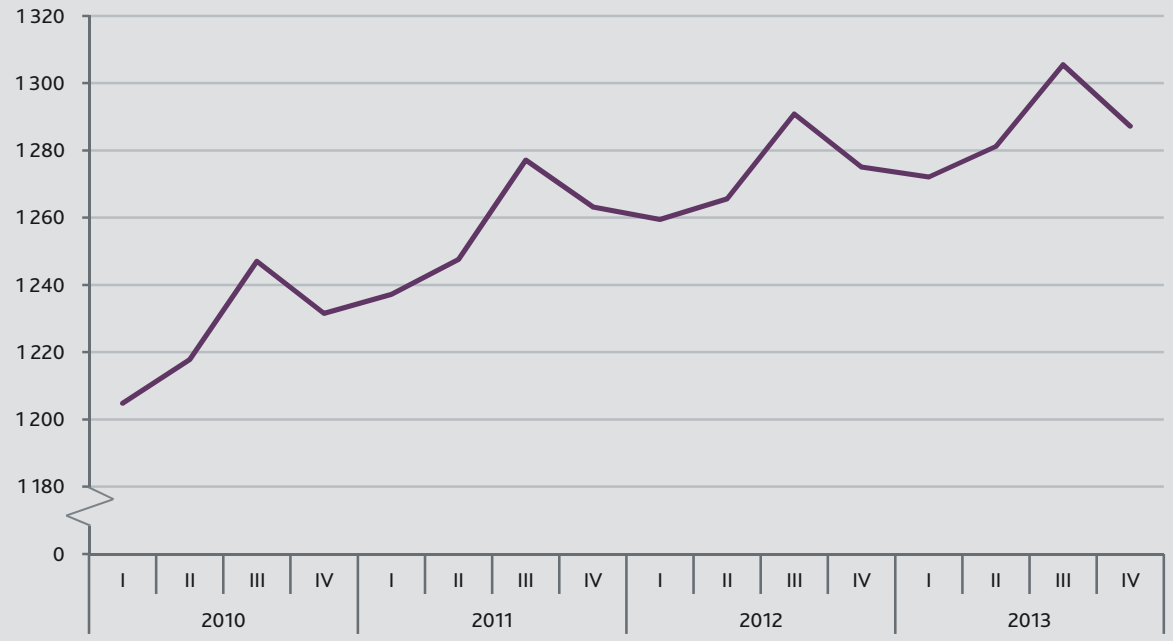
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

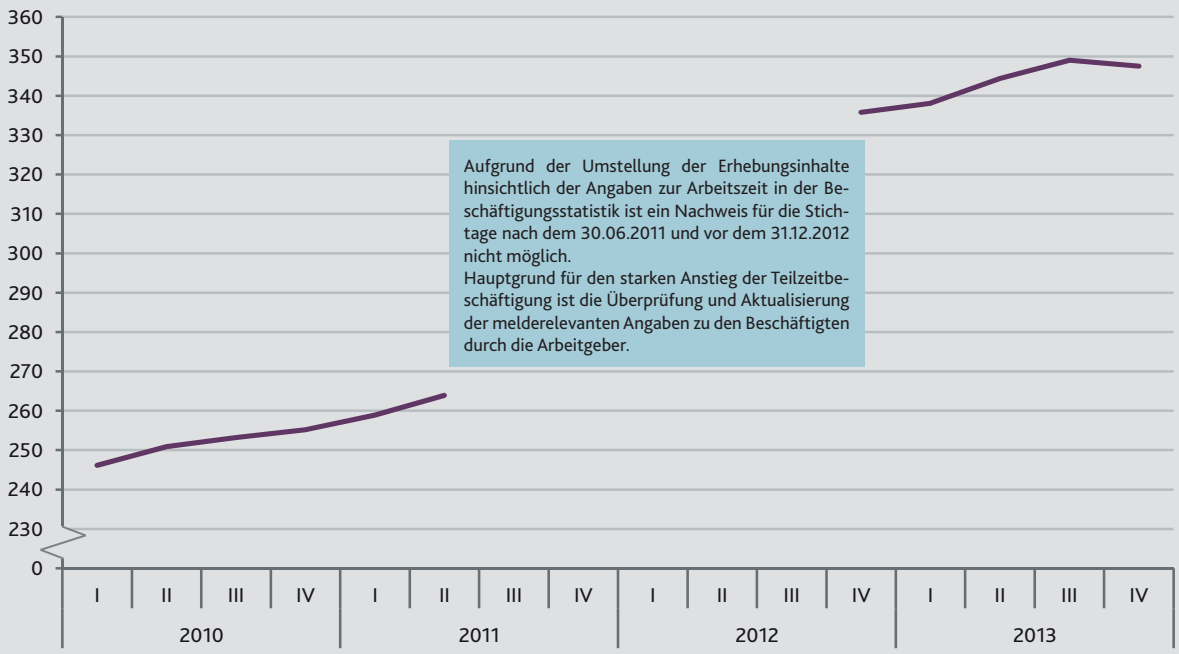
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

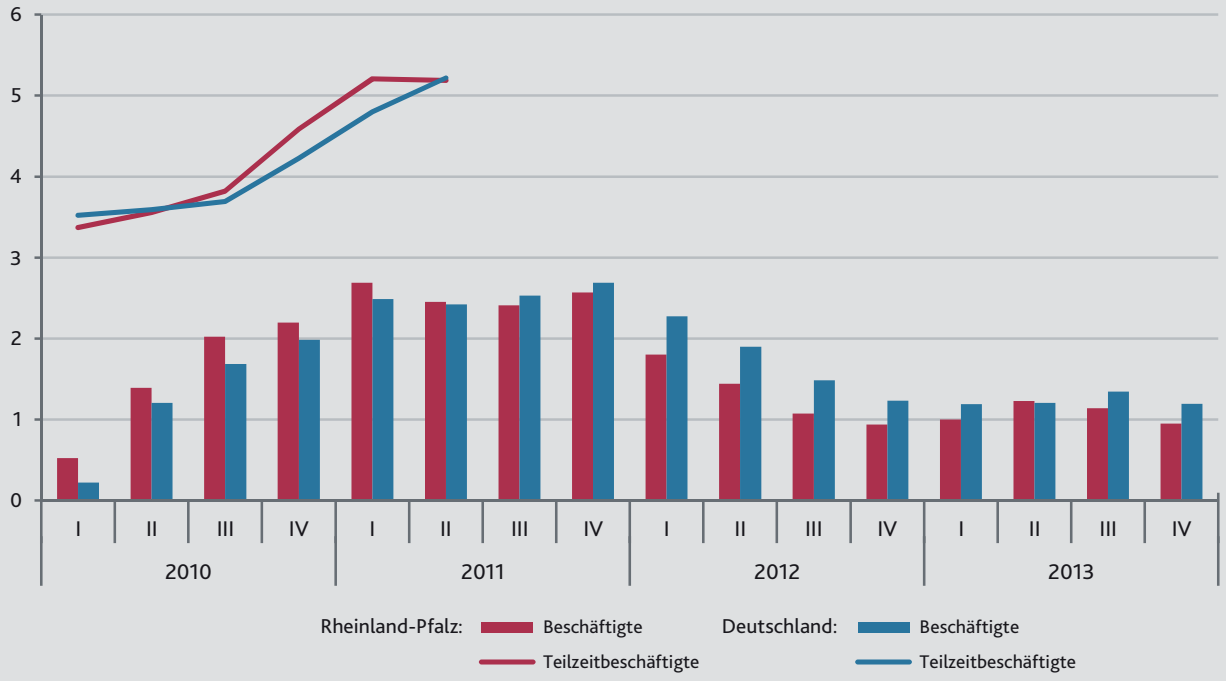
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

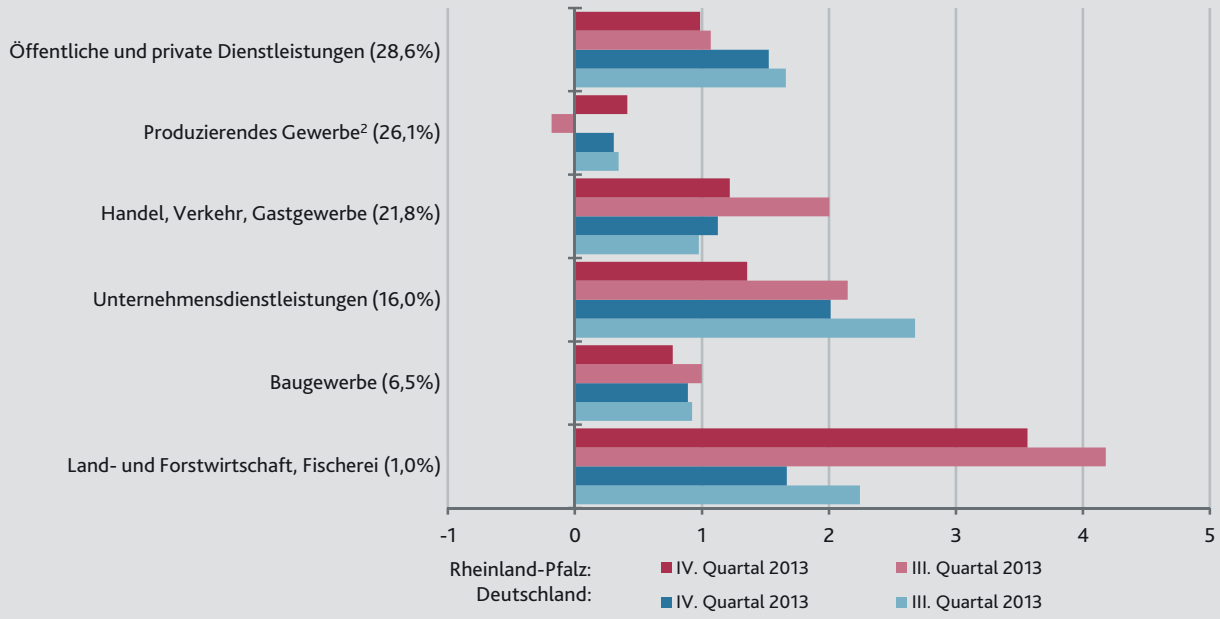
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

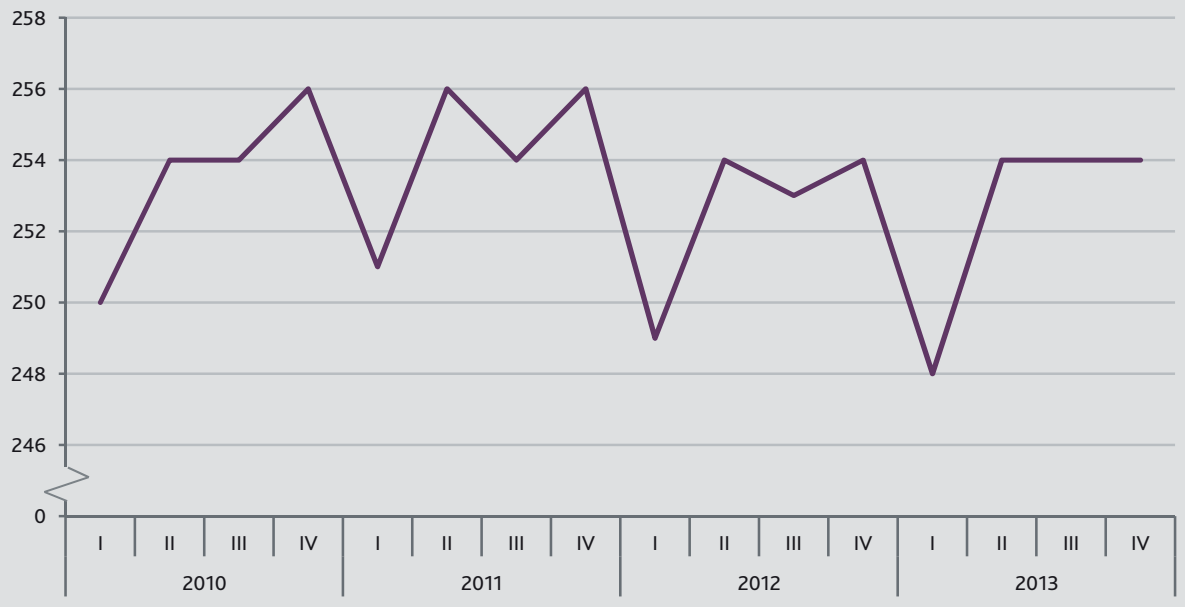
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

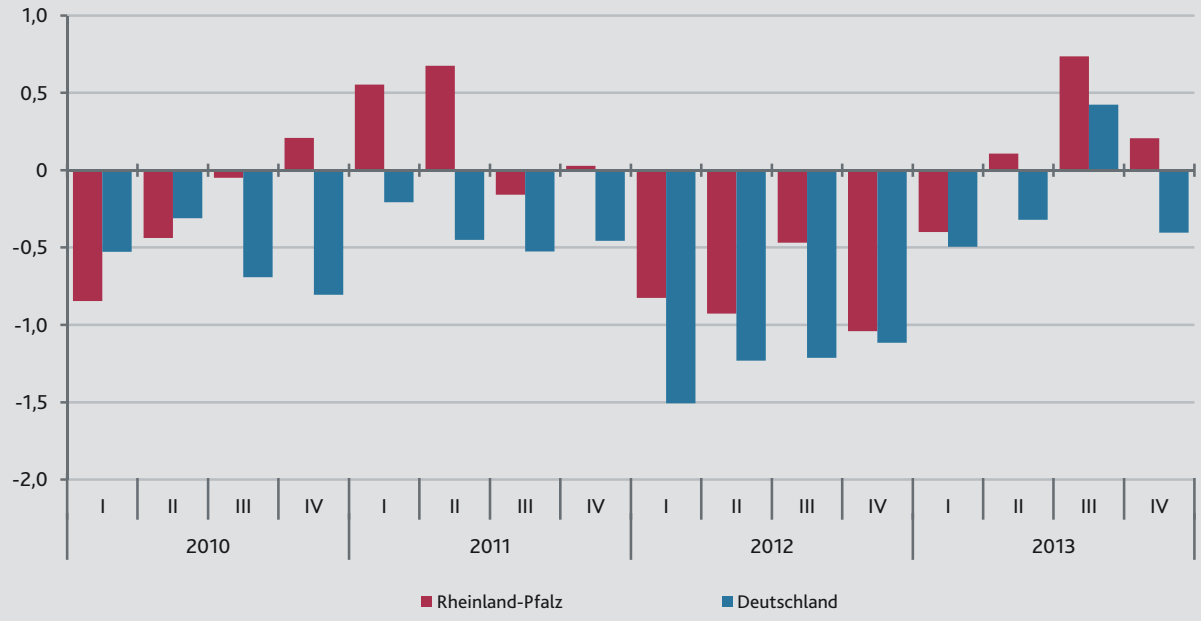
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

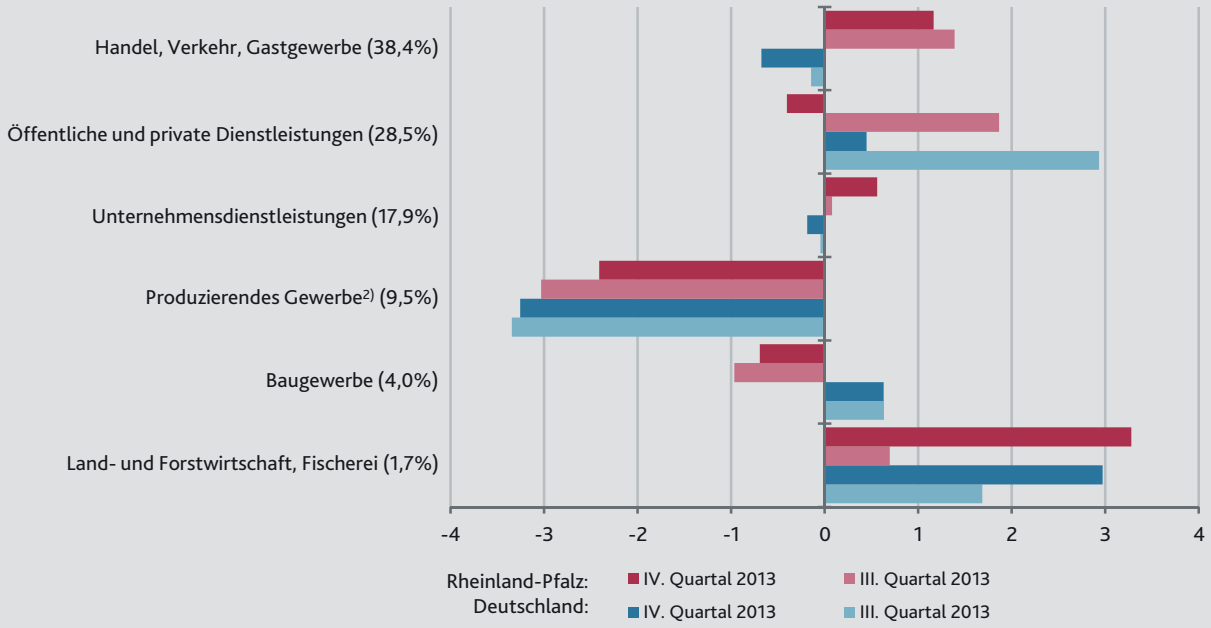
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2013. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Juli 2014.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeförderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung

nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2012	2013					2014		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 [1,2]	...	3 990	3 989	3 988	...	...	...	...
darunter Ausländer[r3]	1 000	290 [1,2]	...	291	292	293	...	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 687	...	367	486	1 124	...	...	...	...
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	2 597	...	2 067	2 349	2 290	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	...	6,1	7,7	6,8	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 700	...	3 739	4 170	4 558	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	...	11,0	13,6	13,5	...	...	...	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	...	4	6	11	...	...	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,2	...	1,9	2,6	4,8	...	...	...	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 103	...	-1 672	-1 821	-2 268	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,3	...	- 4,9	- 6,0	- 6,7	...	...	...	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 262	...	10 014	7 799	8 582	...	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 739	...	4 197	3 356	3 708	...	...	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 197	...	8 915	7 154	7 308	...	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 430	...	2 779	2 413	2 216	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 065	...	1 099	645	1 274	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 154	...	15 220	11 369	12 618	...	...	...	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10]	Einheit	2010	2011	2012				2013		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[11]	1 000	1 218	1 248	1 259	1 266	1 291	1 275	1 272	1 281	1 306
* Frauen	1 000	558	571	580	580	593	591	590	592	603

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Ergebnis vorläufig. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2010	2011	2012				2013		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	78	84	86	91	93	88	92	98	101
* Teilzeitbeschäftigte[3]	1 000	251	264	...	...	...	336	338	344	349
* darunter Frauen	1 000	214	224	...	...	...	282	284	287	291
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	11	12	11	12	12	10	11	13	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	402	411	415	417	425	416	415	417	425
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	265	270	272	274	281	280	278	279	287
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	187	195	198	199	203	199	198	205	207
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	353	359	365	363	370	370	370	367	374

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2012	2013				2014		
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Arbeitslose	Anzahl	111 079	116 353	115 573	112 964	117 933	117 355	114 834	112 852	115 015
* Frauen	Anzahl	52 306	54 039	53 498	52 931	56 096	54 140	53 359	52 692	54 265
Männer	Anzahl	58 774	62 314	62 075	60 033	61 837	63 215	61 475	60 160	60 750
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	42 428	46 247	44 734	43 231	47 761	44 839	42 660	41 572	43 890
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	68 651	70 106	70 839	69 733	70 172	72 516	72 174	71 280	71 125
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,3	5,5	5,4	5,3	5,5	5,5	5,3	5,2	5,3
* Frauen	%	5,3	5,4	5,4	5,3	5,6	5,4	5,3	5,2	5,4
* Männer	%	5,2	5,5	5,5	5,3	5,4	5,6	5,4	5,3	5,3
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	5,1	4,9	4,8	6,1	4,8	4,6	4,5	5,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,2	3,1	3,0	4,2	2,9	2,9	2,9	3,4
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,7	5,8	5,7	5,6	5,6	5,9	5,6	5,5	5,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	6,4	6,2	6,1	6,1	6,5	6,1	6,1	6,0
* Ausländer/-innen	%	12,0	12,2	11,8	11,5	11,7	12,9	11,7	11,4	11,5
Deutsche	%	4,8	4,9	4,9	4,8	5,0	4,9	4,8	4,7	4,8
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	4 447	3 423	2 894	3 093	2 495	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	21 513	20 154	20 270	20 223	20 384	22 540	23 827	24 194	24 231

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2012	2013				2014		
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	218 183	218 942	221 247	221 382	220 494	223 415	224 166	223 602	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 591	113 107	113 978	114 071	113 795	115 133	115 386	115 235	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	154 825	155 110	157 077	157 207	156 497	158 252	159 036	158 529	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	63 359	63 832	64 170	64 175	63 997	65 163	65 130	65 073	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 950	61 451	61 796	61 810	61 627	62 667	62 636	62 589	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Die Ergebnisse ab dem 31.12.2012 sind wegen Umstellungen im Erhebungsverfahren und damit einhergehender Aktualisierungen mit denen der früheren Stichtage nur bedingt vergleichbar. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. - 11 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	528	552	602	665	628	529	629	500	587
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	507	566	613	571	478	586	464	540
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	3	3	8	6	2	2	1	2
Unternehmen	Anzahl	48	64	44	54	85	84	75	50	57
private Haushalte	Anzahl	478	485	555	603	537	443	552	449	528
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	867	1 025	876	1 195	1 163	861	1 043	1 101	949
* Umbauter Raum	1 000 m^3	590	633	628	741	741	529	701	613	664
* Wohnfläche	1 000 m^2	110	119	120	139	139	109	133	114	123
Wohnräume	Anzahl	4 399	4 783	4 708	5 510	5 494	4 359	5 206	4 398	4 902
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	162	180	180	217	211	160	203	173	194
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	124	126	111	131	135	108	129	113	147
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	13	10	15	17	8	15	9	10
Unternehmen	Anzahl	102	99	90	105	103	83	91	84	105
private Haushalte	Anzahl	11	14	11	11	15	17	23	20	32
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	31	46	12	14	11	4	10	14
* Umbauter Raum	1 000 m^3	882	739	635	802	1 346	844	1 904	631	749
* Nutzfläche	1 000 m^2	117	105	103	127	138	114	193	92	105
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	89	113	112	102	111	138	69	81
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	979	1 120	1 042	1 373	1 253	1 031	1 256	1 249	1 096
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 006	5 500	5 404	6 317	6 079	5 039	6 033	5 080	6 540

Landwirtschaft

	Einheit	2012	2013			2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	10 983	10 747	11 256	11 038	10 412	10 754	10 936	10 753	10 546
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 010	1 847	2 048	1 912	1 740	1 731	1 675	1 868	1 655
darunter										
* Kälber[2]	t	9	8	15	5	5	5	6	11	6
* Jungrinder	t	9	10	10	9	8	10	8	11	6
* Schweine	t	8 924	8 852	9 152	9 085	8 625	8 991	9 230	8 816	8 837
* Eiererzeugung[3]	1 000	14 494	14 522	18 213	14 731	14 858	15 755	17 720	16 841	16 393

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	1 004	984	987	985	985	978	985	989	985
* Beschäftigte[5]	Anzahl	248 907	248 561	247 561	247 296	247 770	249 375	249 978	250 722	250 524
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 600	31 499	31 529	32 769	30 032	31 996	32 830	31 844	31 746
* Entgelte	Mill. EUR	974	1 002	918	1 002	1 257	927	953	1 035	1 303
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 047	7 045	7 217	7 372	7 194	6 913	7 493	7 319	7 190
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[6]	Mill. EUR	3 981	3 945	4 066	4 172	4 070	4 071	4 347	4 149	4 050
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 769	1 839	1 927	1 967	1 864	1 680	1 919	1 876	1 862
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	98	85	95	91	84	81	89	79	79
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 199	1 176	1 129	1 143	1 177	1 081	1 137	1 216	1 198
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 340	2 337	2 470	2 482	2 453	2 473	2 664	2 479	2 425
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	901	961	998	1 032	922	830	932	923	894
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 798	3 812	3 954	4 017	4 035	3 695	4 087	3 986	3 956
Exportquote[7]	%	53,9	54,1	54,8	54,5	56,1	53,5	54,5	54,5	55,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,4	103,0	111,4	110,9	100,9	104,9	110,2	100,7	100,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	99,3	100,2	108,7	107,1	96,9	106,5	103,3	102,4	99,9
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	105,9	111,2	119,4	122,0	111,3	108,8	126,7	104,7	102,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	98,7	75,5	93,9	96,9	79,7	52,1	59,0	76,1	59,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	95,6	89,5	97,0	89,5	84,1	88,7	90,2	78,9	98,4
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	99,3	102,5	116,9	108,9	99,7	110,4	103,8	101,0	99,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	107,7	119,3	125,8	130,6	131,3	99,6	129,0	104,0	104,8
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	172	172	174	174	173	175	175	175	174
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 669	9 694	9 683	9 678	9 631	9 704	9 706	9 679	9 668
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 208	1 188	1 179	1 238	1 096	1 211	1 214	1 179	1 175
* Entgelte[3]	Mill. EUR	39	41	37	48	39	36	38	47	40
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	448	474	531	479	391	390	375	349	177
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	433	459	517	463	377	375	360	334	165
Baugewerbe[6]										
Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 505	38 342	37 585	38 243	38 344	37 197	37 245	37 628	37 300
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 816	3 791	3 179	4 262	3 865	3 307	3 654	4 025	3 915
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 610	1 562	1 378	1 743	1 588	1 471	1 529	1 626	1 617
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	906	911	790	961	889	822	929	1 004	940
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 300	1 319	1 011	1 558	1 388	1 014	1 196	1 395	1 358
darunter Straßenbau	1 000 h	626	646	459	750	665	470	604	716	698
* Entgelte	Mill. EUR	90	92	75	92	95	79	86	95	92

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	382	405	304	383	395	308	355	395	404
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	138	145	121	145	146	127	137	137	153
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	102	112	91	103	111	85	94	110	104
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	149	92	135	138	97	124	148	147
darunter Straßenbau	Mill. EUR	69	73	36	65	65	42	54	68	76

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	395	415	395	395	416	415	415	414	414
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	14 919	15 506	15 138	14 886	15 297	15 479	15 737	15 511	15 412
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 814	4 948	4 930	4 798	4 628	4 988	5 170	5 004	4 831
* Entgelte	Mill. EUR	111	119	112	118	114	117	118	126	114
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	446	412	453	530	327	390	425	507	343

Handel[6]

Großhandel[p, 7]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2010=100	103,0	104,8	104,1	104,5	104,9	105,0	105,4	106,2	106,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	107,8	112,9	112,7	113,4	114,0	112,9	114,1	116,8	116,7
* Umsatz nominal[8]	2010=100	102,7	101,9	100,7	106,5	104,3	91,7	102,4	107,2	103,4
* Umsatz real[9]	2010=100	95,8	94,6	93,3	98,4	96,5	85,5	95,3	99,7	96,2

Einzelhandel[p, 9]

* Beschäftigte	2010=100	102,9	102,1	100,9	101,4	101,7	102,4	102,5	103,3	103,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,0	102,5	101,1	102,0	102,4	102,9	103,4	104,3	104,9
* Umsatz nominal[8]	2010=100	104,3	102,4	104,3	104,5	103,6	90,7	103,3	107,8	106,6
* Umsatz real[8]	2010=100	100,9	97,7	99,4	99,5	98,3	86,2	97,6	102,0	100,8

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Beschäftigte	2010=100	104,0	104,0	103,3	103,6	103,6	103,5	103,6	103,9	104,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	110,2	115,3	113,8	114,4	115,1	115,6	116,6	116,9	119,2
* Umsatz nominal[3]	2010=100	97,4	94,7	99,9	107,6	96,3	85,8	103,3	106,1	99,5
* Umsatz real[3]	2010=100	94,8	92,2	97,5	104,3	93,6	83,7	100,7	103,3	97,2

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2010=100	104,9	102,2	98,7	102,6	106,1	97,4	102,4	107,0	109,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,8	104,1	99,6	104,3	108,7	100,0	105,8	110,8	113,4
* Umsatz nominal[3]	2010=100	92,4	85,2	75,2	82,7	95,8	63,7	78,2	88,3	99,0
* Umsatz real[3]	2010=100	89,3	80,5	71,4	78,4	90,9	59,3	72,7	82,2	91,6

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	669	672	494	616	858	367	506	649	845
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	92	140	194	68	95	146	196
* Gästeübernachtungen	1 000	1 758	1 748	1 253	1 509	2 207	894	1 240	1 686	2 088
* darunter von Auslandsgästen	1 000	443	435	214	345	543	164	233	377	531

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 858	1 779	1 442	1 577	1 624	1 444	1 355	1 588	1 704
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 191	800	963	1 124	917	848	1 132	1 230
* Getötete Personen	Anzahl	17	15	8	14	17	10	6	8	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	9	8	8	9	16	4	3	4	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	-	-	1	-	1	2	7
Radfahrer	Anzahl	2	1	-	-	-	2	-	1	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	5	-	2	2	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 620	1 547	1 062	1 287	1 445	1 179	1 137	1 479	1 573

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
schwer verletzte Personen	Anzahl	302	296	180	206	300	229	207	293	324
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	136	137	127	119	144	128	114	139	126
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	72	70	10	26	84	23	31	74	101
Radfahrer	Anzahl	48	46	11	14	33	23	17	41	52
Fußgänger	Anzahl	32	29	23	28	20	41	35	22	27

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 263	11 881	14 286	13 483	12 698	10 260	14 553	13 094	12 799
darunter										
Krafträder	Anzahl	593	589	1 145	1 104	968	464	1 295	1 059	861
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 321	9 973	11 656	10 928	10 422	8 499	11 809	10 580	10 602
* Lastkraftwagen	Anzahl	943	904	1 030	901	868	893	897	958	850
Zugmaschinen	Anzahl	334	339	392	423	362	304	482	428	388

Personenbeförderung

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	52 780	53 338	45 803	54 393	53 786	55 824	48 007	55 733	58 819
Personenkilometer[3]	Mill.	454	479	391	442	437	522	444	512	546

Binnenschifffahrt

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Güterempfang	1 000 t	1 058	1 094	985	1 054	1 157	1 002	1 008	1 162	1 030
* Güterversand	1 000 t	815	821	650	937	845	770	803	839	757

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 858	3 887	3 724	3 885	4 115	3 916	3 792	3 881	3 925
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	296	294	266	292	298	279	277	285	310
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 529	3 538	3 391	3 540	3 770	3 553	3 422	3 476	3 495

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	22	21	23	24	24	23	23	26
* Halbwaren	Mill. EUR	175	169	163	184	180	154	139	165	150
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 332	3 347	3 207	3 333	3 566	3 375	3 259	3 287	3 320
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	954	945	940	973	972	995	913	908	947
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 378	2 402	2 267	2 360	2 595	2 381	2 346	2 379	2 373
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 584	2 659	2 591	2 678	2 733	2 701	2 590	2 678	2 711
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	2 197	2 287	2 214	2 291	2 318	2 378	2 265	2 308	2 332
Belgien	Mill. EUR	179	187	183	193	195	203	208	194	196
Luxemburg	Mill. EUR	57	53	46	48	58	46	47	54	49
Dänemark	Mill. EUR	38	35	33	34	37	35	31	36	36
Finnland	Mill. EUR	31	31	24	34	32	34	26	31	31
Frankreich	Mill. EUR	407	430	439	456	454	451	405	421	434
Griechenland	Mill. EUR	35	41	34	30	38	47	30	38	22
Großbritannien	Mill. EUR	223	241	207	229	222	267	251	251	238
Irland	Mill. EUR	10	12	11	14	12	11	11	14	12
Italien	Mill. EUR	226	218	211	225	219	225	213	207	224
Niederlande	Mill. EUR	218	225	235	221	225	224	223	223	244
Österreich	Mill. EUR	146	147	146	152	146	154	150	164	159
Schweden	Mill. EUR	65	63	55	61	67	65	65	67	74
Spanien	Mill. EUR	173	172	182	172	169	202	186	177	174
Portugal	Mill. EUR	21	33	29	34	33	32	39	27	31
* Afrika	Mill. EUR	94	99	101	102	110	83	108	93	105
* Amerika	Mill. EUR	559	533	438	491	620	580	516	513	508
darunter nach USA	Mill. EUR	369	343	248	309	416	414	332	351	335
* Asien	Mill. EUR	572	565	565	583	618	521	552	564	572
darunter nach China	Mill. EUR	154	147	164	140	147	133	139	152	150
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	49	31	29	31	34	32	26	34	28

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 616	2 613	2 404	2 679	2 851	2 637	2 660	2 803	2 696
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	267	265	265	271	285	266	245	253	267
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 263	2 215	2 022	2 259	2 453	2 184	2 218	2 274	2 196
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	82	43	40	43	43	44	40	42	33
* Halbwaren	Mill. EUR	324	309	245	390	370	224	235	279	249
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 857	1 863	1 737	1 826	2 041	1 917	1 944	1 953	1 915

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	532	534	514	548	614	558	590	537	503
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 325	1 329	1 223	1 278	1 427	1 359	1 354	1 416	1 412
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 904	1 912	1 748	1 929	2 082	1 905	2 003	2 021	1 946
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 612	1 682	1 542	1 679	1 811	1 619	1 711	1 769	1 753
Belgien	Mill. EUR	284	298	280	311	316	259	272	303	291
Luxemburg	Mill. EUR	42	42	37	42	43	43	41	45	46
Dänemark	Mill. EUR	17	18	15	18	17	19	19	20	22
Finnland	Mill. EUR	11	7	7	7	7	6	7	7	8
Frankreich	Mill. EUR	241	242	233	244	240	226	241	268	242
Griechenland	Mill. EUR	7	9	8	8	8	7	7	6	10
Großbritannien	Mill. EUR	86	98	85	88	94	105	112	112	113
Irland	Mill. EUR	11	21	10	10	11	16	33	11	29
Italien	Mill. EUR	154	162	159	170	172	141	169	175	179
Niederlande	Mill. EUR	264	254	222	249	338	253	237	247	250
Österreich	Mill. EUR	89	84	71	85	81	77	81	92	81
Schweden	Mill. EUR	35	41	42	36	45	40	42	40	50
Spanien	Mill. EUR	95	110	103	103	145	112	118	109	107
Portugal	Mill. EUR	16	17	14	23	19	14	17	19	18
* Afrika	Mill. EUR	49	70	50	112	84	37	45	81	90
* Amerika	Mill. EUR	286	262	256	258	330	279	241	279	262
darunter aus USA	Mill. EUR	201	192	199	205	237	218	199	194	172
* Asien	Mill. EUR	371	365	343	376	349	411	367	419	394
darunter aus China	Mill. EUR	158	161	160	160	155	179	154	158	139
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	7	4	5	4	5	4	4

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 039	3 017	3 071	3 331	2 862	2 932	3 142	2 916	2 832
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	475	509	518	426	486	512	465	433
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 971	2 005	2 014	2 224	1 958	1 921	2 111	1 903	1 924
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 086	2 985	2 943	3 132	2 511	3 047	2 924	2 675	2 458
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	470	452	477	463	378	446	426	373	334
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 089	2 027	1 981	2 083	1 678	2 016	2 040	1 757	1 623

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Insgesamt	Anzahl	578	567	516	595	528	568	548	546	482
davon										
* Unternehmen	Anzahl	91	90	100	89	72	99	85	100	78
* Verbraucher	Anzahl	377	354	288	379	357	313	345	343	286
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	91	103	110	114	84	131	97	86	95
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	19	20	18	13	15	25	21	17	23
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	144	91	81	99	62	89	110	87	111

Handwerk[2]

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,5	98,7	101,7	99,1	97,5	97,9	100,0	98,1	97,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	101,2	100,0	104,5	113,8	81,0	100,8	105,1	112,2	87,5

Preise

	Einheit	2012	2013			2014			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	104,3	105,8	105,6	105,8	106,3	106,6	106,5	106,9	107,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	102,1	103,4	103,1	103,4	103,6	104,5	104,6	104,8	104,9

Verdienste[7]

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 677	3 790	3 371	3 397	3 417	3 455	3 458	3 495	3 426
* Frauen	EUR	3 147	3 268	2 918	2 940	3 006	3 026	3 023	3 044	3 006
* Männer	EUR	3 891	4 003	3 551	3 584	3 585	3 631	3 635	3 681	3 593
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	6 509	6 925	5 786	5 831	5 986	6 113	6 125	6 166	6 107
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 209	4 352	3 893	3 927	3 956	4 005	4 023	4 058	3 986
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 165	3 183	2 917	2 927	2 878	2 919	2 929	2 963	2 933
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 653	2 641	2 481	2 493	2 400	2 444	2 462	2 496	2 416
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 026	2 047	1 928	1 958	1 911	1 935	1 951	1 975	1 885

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 939	4 078	3 523	3 555	3 525	3 623	3 636	3 681	3 622
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 748	3 899	3 404	3 402	3 338	3 497	3 626	3 584	3 448
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 077	4 245	3 600	3 634	3 670	3 734	3 734	3 792	3 756
* Energieversorgung	EUR	4 963	4 955	4 312	4 418	4 239	4 380	4 374	4 433	4 344
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 138	3 207	2 959	2 954	2 956	3 003	2 988	2 989	3 114
* Baugewerbe	EUR	3 207	3 156	3 113	3 086	2 684	2 985	3 095	3 086	2 922
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 503	3 596	3 268	3 292	3 343	3 343	3 338	3 371	3 298
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 425	3 535	3 131	3 136	3 206	3 166	3 162	3 214	2 998
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 994	2 978	2 769	2 786	2 822	2 711	2 747	2 775	2 570
* Gastgewerbe	EUR	(1 955)	(2 026)	1 893	1 909	1 949	1 948	1 955	2 003	2 030
* Information und Kommunikation	EUR	4 742	4 870	4 313	4 341	4 342	4 465	4 452	4 553	4 537
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 771)	4 907	(4 086)	(4 087)	4 121	4 104	4 152	4 222	4 086
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 762	3 739	(3 562)	(3 575)	3 345	3 411	3 366	3 301	(3 712)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 263	(4 670)	3 776	3 778	4 134	4 053	4 033	4 088	4 170
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 064)	/	2 010	2 082	2 048	2 087	2 114	2 113	2 059
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 385	3 450	3 280	3 288	3 333	3 354	3 361	3 368	3 389
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 030	4 105	3 950	3 953	4 009	4 040	4 032	4 033	4 034
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 563	3 678	3 372	3 378	3 403	3 465	3 461	3 491	3 430
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 401	4 257	3 290	3 269	3 997	4 072	3 897	3 926	(3 565)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 037	3 059	2 879	2 890	2 872	2 886	2 899	2 905	3 070

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 322	118 975	118 696	119 564	118 904	118 137	125 085	124 568	125 584
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 311	12 024	11 771	12 042	12 085	11 935	12 668	12 008	12 333

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2011	2012			2013				2014
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 643	15 080	14 983	14 601	14 273	13 753	14 474	13 508	13 476
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 369	91 871	91 942	92 921	92 546	92 449	97 943	99 052	99 775
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 341	110 263	110 406	110 893	110 469	110 111	116 437	116 350	117 767
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 143	99 772	99 954	100 152	99 940	99 761	104 866	105 312	106 449
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 198	10 492	10 452	10 741	10 529	10 350	11 571	11 038	11 318
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 981	8 712	8 290	8 671	8 435	8 026	8 648	8 218	7 817
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	111 359	113 249	113 388	116 085	112 938	112 603	111 883	114 631	112 837
Sichteinlagen	Mill. EUR	43 847	46 913	47 540	50 320	50 117	50 925	51 526	53 576	53 185
Termineinlagen	Mill. EUR	30 198	29 481	29 346	29 382	27 314	26 702	25 866	26 426	25 455
Sparbriefe	Mill. EUR	7 672	7 744	7 596	7 548	6 985	6 710	6 445	6 414	6 059
Spareinlagen	Mill. EUR	29 642	29 112	28 906	28 835	28 522	28 266	28 046	28 215	28 138
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	108 983	110 671	110 892	113 330	110 206	109 800	109 433	112 081	110 316
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 437	107 602	108 148	108 998	107 236	107 139	106 814	108 780	107 664
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 546	3 069	2 744	4 332	2 970	2 661	2 619	3 301	2 652
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 376	2 578	2 496	2 755	2 732	2 803	2 450	2 550	2 521

Steuern

	Einheit	2012	2013			2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 533	3 515	2 763	3 979	3 890	3 657	3 088	3 792	4 243
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 088	1 104	558	1 503	1 554	1 332	653	1 298	1 780
Lohnsteuer	Mill. EUR	728	761	542	1 059	687	553	596	1 091	689
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	147	149	-	437	-	-	-	450	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	161	157	- 38	7	427	509	20	- 15	464
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	78	72	30	351	143	14	20	60	368

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	32	10	75	11	8	10	81	5
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	16	-	68	-	-	-	75	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	87	83	13	11	287	248	7	81	253
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 1	- 4	-	- 4	-	-	-	22	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 444	2 411	2 205	2 476	2 336	2 325	2 435	2 494	2 464
Umsatzsteuer	Mill. EUR	462	480	358	463	447	358	439	556	539
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 982	1 931	1 847	2 013	1 889	1 967	1 996	1 937	1 925
Zölle	Mill. EUR	193	184	161	164	167	196	192	181	182
Bundessteuern	Mill. EUR	111	113	95	103	146	119	59	70	108
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	20	25	36	25	27	32	29
Kraftfahrzeugsteuer[1]	Mill. EUR	38	38	48	43	35	25	.	.	.
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	45	46	28	36	75	68	32	38	79
Landessteuern	Mill. EUR	55	66	60	63	56	85	70	69	138
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	18	18	15	12	27	21	21	84
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	25	31	26	31	25	33	33	33	33
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	11	13	12	12	14	16	11	11	16
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	6	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	3	3	2	2	3	3

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	601	603	582	590	576	641	632	561	524
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	4	5	6	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	122	125	142	111	116	125	144	115	113
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	462	458	420	462	443	497	465	426	390
sonstige Gemeindesteuern[2]	Mill. EUR	12	15	14	12	13	15	17	17	17

1 Im ersten Halbjahr 2014 wurde bundeseinheitlich die Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Zollverwaltung übertragen und wird daher nicht mehr nachgewiesen. -
2 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2012	2013	2012		2013				2014
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	889	909	849	1 149	632	962	935	1 107	593
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	377	379	314	321	432	421	373	290	380
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	336	348	339	621	65	362	352	614	70
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	38	37	33	79	2	35	42	68	8

	Einheit	2012	2013				2014			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	809	851	546	938	1 063	859	639	903	1 318
Landessteuern	Mill. EUR	55	66	60	63	56	85	70	69	138
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	411	418	183	559	634	528	217	456	740
Lohnsteuer	Mill. EUR	249	262	173	345	235	179	196	358	236
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	68	67	- 16	3	181	216	9	- 7	197
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	34	14	173	69	5	5	28	178
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	14	4	33	5	4	4	36	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	43	41	7	6	144	124	3	40	127
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	320	344	242	314	373	245	300	373	441
Umsatzsteuer	Mill. EUR	225	255	175	226	265	138	220	279	351
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	95	89	67	87	108	107	80	94	89
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	17	1	0	0	14	1	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	-	0	5	0	-
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	12	33	1	-	0	28	2	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	2	7	0	-	0	6	1	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 871	1 845	1 498	2 052	2 047	1 912	1 611	1 913	2 175
Bundessteuern	Mill. EUR	111	113	95	103	146	119	59	70	108
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	475	480	240	666	692	585	279	563	802
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 279	1 246	1 147	1 282	1 209	1 208	1 259	1 279	1 265
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	6	17	1	- 0	0	14	1	-

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Juli 2014

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 2. Vierteljahr 2013 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: A1013 201342

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2013/14 – Teil II: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Kennziffer: B1023 201300

Personal und Personalstellen an Hochschulen (Stand: 1. Dezember) sowie Neuhabilitierte 2013
Kennziffer: B3043 201300

Hochschulen 2012
Kennziffer: B3073 2012 00

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2014 – Vorläufiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung
Kennziffer: C1013 201400

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im Juli 2014
Kennziffer: C2013 201401

Ernteberichterstattung über Obst im Juni 2014
Kennziffer: C2033 201401

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2013
Kennziffer: C3113 201300

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Mai 2014
Kennziffer: D1023 201405

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2014 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201405

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Mai 2014
Kennziffer: E1033 201405

Bauhauptgewerbe im Mai 2014 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201405

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im April 2014
Kennziffer: E4023 201404

Gewinnung, Verwendung und Abgabe von Klärgas 2013 – Ergebnisse der Jahreserhebung bei Betreibern von Kläranlagen
Kennziffer: E4113 201300

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juni 2014
Kennziffer: F2033 201406

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Mai 2014
Kennziffer: G3023 201405

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Mai 2014
Kennziffer: G4023 201405

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im April 2014
Kennziffer: H1023 201404

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen
im 1. Vierteljahr 2014
Kennziffer: H1073 201441

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten
Dienstleistungsbereichen im 1. Quartal 2014
Kennziffer: J1033 201441

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Personal im öffentlichen Dienst 2013
Kennziffer: L3023 201300

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Juni 2014
Kennziffer: M1013 201406

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Mai 2014
Kennziffer: M1043 201442

Kaufwerte für Bauland 2013
Kennziffer: M1063 201300

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2013
Kennziffer: M1073 201300

Umwelt

Waren, Bau- und Dienstleistungen für den
Umweltschutz 2012
Kennziffer: Q3023 201200

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im April 2014
Kennziffer: Z1013 201404

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Juli 2014
Kennziffer: Z2201 201407

Amtliches Verzeichnis der Verbandsgemeinden
und Gemeinden (Stand: Juli 2014)
Kennziffer: A5014 201401

Broschüre: Rheinland-Pfalz heute 2014

Faltblätter:
Bildung 2014,
Landwirtschaft 2014,
Tourismus 2014,
Umwelt und Energie 2014,
Unternehmen, Branchen, Außenhandel 2014,
Weinbau 2014

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2013
(Statistische Analysen N° 32)
Kennziffer: Z2048 2013 00

Sonderdruck:
Ausblick auf die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Andreas Hermsdorf / pixelio.de
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.